

zeitung antirassistischer gruppen

OKTOBER BIS
DEZEMBER 1996
3. QUARTAL NR. 20

erscheint vierteljährlich
Postvertriebsstück A 12057 F

5,–DM

Thema: Ökologie

Raumschiff Erde:

Rassismus auf der Kommandobrücke – Verzweiflung im Maschinenraum

▶ Lübeck: Safwan ist unschuldig. Schluß mit den rassistischen Ermittlungen!

▶ Susanne Heim, Ulrike Schaz: Ökologie, Humanökologie und »Überbevölkerung«

Postvertriebsstück A 12057 F – Entgelt bezahlt

--°13024 --A12057F----------Bd 3

Infoladen im CI

Koburger Str. 3

04277 Leipzig

ZAG/Antirassistische Initiative e.V., Yorckstr. 59, HH, 10965 Berlin

Antirassistische und antifaschistische Telefone in der BRD

Aachen
Antifa/Antira Infobüro
0241/3 84 68
(in dringenden Fällen) fr ab 18.00

Berlin
Antirassistisches Telefon
030/785 72 81
mo ab 17.30, di 16.00-19.00,
fr 14.30-17.30

Bielefeld
AntiDiskriminierungsBüro
0521/64094
mo+fr 10.00-13.00, di+do
14.00-18.00 (sonst AB)

Bonn
Antirassistisches Telefon
0228/63 61 51
mo+mi+do 18.00-20.00

Braunschweig
Antirassistisches Telefon
0531/34 11 34
mi 16.00-18.00, sa 17.00-19.00

Bremen
Anti-Rassismus-Büro
0421/70 64 44
di 15.00-19.00, do 15.00-17.00

Delmenhorst
Infotelefon 04221/178 15

Dortmund
Infotelefon Dortmund
0231/41 66 65

Düsseldorf
Nottelefon gegen Rassismus
0211/992 00 00, rund um die Uhr

Erlangen
Infobüro gegen Rassismus
09131/20 22 68
di 10.00-12.00

Essen
Anti-Rassismus Telefon
0201/23 20 60

Giessen
Antirassistisches/antifaschistisches
Notruftelefon
0641/79 14 64
di 19.00-21.00, fr 19.00-23.00,
sa 11.00-13.00 und 19.00-23.00

Göttingen
Antifaschistisches Notruftelefon
0551/39 45 67

Hamburg
Antirassistisches Telefon
040/43 15 87, mo-sa 9.00-23.00

Heidelberg
Antirassistisches
Notruf- und Infotelefon
06221/290 82, werktags 19.00-7.00

Kassel
Infotelefon 0561/17919, 24 Std.

Köln
Kölntelefon 0221/881022

Lübeck
Antifaschistisches Telefon
0451/702 07 48
täglich außer so+di 18.00-21.00

Lüneburg
Antifatelefon Lüneburg
04131/40 54 10

Mannheim
Antirassistisches Notruftelefon
0621/156 41 41
fr+sa 19.00-6.00,
so und mo 19.00-24.00
Infotelefon 0621/217 05

München
Anti-rassistisches Telefon,
089/543 96 12
mo 10.00-12.00, di 18.30-20.30
und fr 15.00-17.00

Münster
Antifa-Infotelefon
0251/602 56
di 18.00-20.00, Fr 17.00-1.00

Passau
Infotelefon Antifa
0851/361 06
fr 16.00-19.00



Inhalt

ZAG
Zeitung antirassistischer Gruppen

Herausgeberin
Antirassistische Initiative e.V.

Redaktion
Georg, Heidje, Irmgard, Jürgen,
Michael, Sherin, Stefan, Tobias

Redaktionsanschrift
ZAG / Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59, HH, 10965 Berlin
Tel.: 030-785 72 81
(Antirassistisches Telefon)
FAX: 030-786 99 84
E-Mail: ZAG @ VLBERLIN.comlink.de

Konto
Antirassistische Initiative e.V.
Stichwort: ZAG
Bank für Sozialwirtschaft
Konto-Nr.: 303 96 01
Bankleitzahl: 100 205 00

Erscheinungsweise
vierteljährlich

V.i.S.d.P.
Peter Finger

Gestaltung
Ulrike Steglich, Rosenthaler Str. 13,
10119 Berlin

Druck
EinDruck

Redaktionsschluß
für die nächste Ausgabe: 16.11.96

»Vibration kontra Schädlinge«



Adreßhändler lesen manchmal sogar Editorials von Zeitschriften, die alles mögliche hierzulande zu untergraben trachten und werten sie aus, so scheint es. Jedenfalls bekommen wir, seitdem wir diesen Umweltschwerpunkt vorbereiten, ganz seltsame Werbepost ins Haus und in den Papierkorb hinterm Faxgerät:
Herr H. Gutermuth aus Bonn ist guten Mutes, daß sein elektronisches Maulwurfvertreibegerät, welches ohne Gift funktioniert (wg. der »schon ausreichend belasteten Umwelt«), für Euch »mit Sicherheit sehr interessant« sein dürfte.
Wir hingegen hoffen sehr, Ihr interessiert euch mehr ie seltsamen Vibrationen z.B. eines Rudolf Bahro, der aus der Umweltkrise ganz anderes entwickelt als einen mikroelektronischen Maulwurf-Schreck, der auch Wühlmäuse vertreiben soll (S.22).
Auf dem internationalen Markt geht es weniger zimperlich zu Werke. Auf ganz andere Weise ganzheitlich warb der Chemiekonzern BAYER in Guatemala (da unten nix mehr »Vibrationen statt Gift«) für sein Insektenspray »Baygon«: Mit der Parole »Der plötzliche Tod ist eine deutsche Spezialität« schafften es die Werbetexter, das Produkt, den deutschen Erfolg bei der Europameisterschaft und die eigene Firmengeschichte bis zurück zur immer noch nicht aufgelösten IG Farben allgemeinverständlich und in knappest möglicher Form zu verbinden. Meisterlich.
Mehr zum plötzlichen Tod als deutscher Spezialität im aktuellen Teil dieses Hefts: Das Lübecker Bündnis gegen Rassismus schickte uns einen ausführlichen Artikel zum beginnenden Prozeß gegen Safwan Eid. Und mehr zum internationalen Umweltmanagement und nachhaltiger Entwicklung (ob sich eigentlich BAYER auch schon als Umwelt-NGO versteht?) findet ihr in zwei Interviews auf den Seiten 25 und 27.
Bei der Beschäftigung mit dem rechten und vorherrschenden Verständnis von Ökologie taucht unweigerlich und immer wieder ein Wort aus dem Lexikon des Unmenschen auf: »Überbevölkerung«. Mit freundlicher Genehmigung des Verlages der Buchläden, die immer so schön viele ZAGs verkaufen (Schwarze Risse und Rote Straße in Göttingen), haben wir dazu einen Vorabdruck aus einem neuen Buch von Susanne Heim und Ulrike Schaz ins Heft genommen. Er beschäftigt sich mit Humanökologie und »Überbevölkerung« und beginnt ab Seite 18.

Die »VENCEREMOS«-GmbH freut sich über die dritte Kaffeepreissenkung und dient uns ihre »umweltfreundliche Version von Kaffeeaufgußbeuteln ... für ungetrübte Genußmöglichkeit« an. Wir hingegen dienen Euch diesmal einen ausufernden Debattenteil an und freuen uns auf qualifizierte Zuschriften zu unserem zweiten Aufguß in Sachen »Venceremos«, eine Replik auf die Replik zum Thema Vietnamsolidarität (S. 36) und unserem ersten Aufguß in Sachen »Gerede von den Arbeitsplätzen« (ZAG 19, S. 29). Die Redaktion streut da übrigens ein wenig Asche auf ihr Haupt, was die echauffierte Vorbemerkung zu Stefans Artikel angeht. Wenn das ganze allerdings noch mehr überläuft wie ein verstopfter Kaffeeaufgußbeutel, werden wir wohl Teile des Disputs in den Cyberspace auslagern müssen, wo unsere Adresse übrigens lautet: http://www.berlinet.de/zag. Mehr dazu ganz am Schluß des Serviceteils, der übrigens auch besonders fett geworden ist (S.38-42).
Apropos Fett: Die 1. ökologische Vermögensbildung in Berlin/Brandenburg bietet ihre Dienste an unter dem Motto: »Immer fetter - und trotzdem grün«. Nein, jetzt kommt nichts zu Joschka Fischer, sondern zu unserem Serviceteil mit kurzen Medienbesprechungen und Terminen, der auch in Zukunft so fett sein soll wie diesmal, aber auf gar keinen Fall grün.
Heft 21 erscheint Anfang Dezember und wird sich nun endgültig, beschlossen und verkündet, dem lange vorbereiteten Schwerpunkt zu Krise, Krieg und Flucht und den anlaufenden Abschiebungen ins atomisierte Jugoslawien zuwenden. Neben einem persönlichen Bericht einer in Berlin lebenden Jugoslawin bekommen wir dazu aus »Covert Action Quarterly«, Washington, einen ausführlichen Hintergrundartikel zur Rolle internationaler Finanzorganisationen beim Ausbruch des Krieges. Ansonsten, Militariahändler und alternative Überlebenstraining-Workshop-Veranstalter: Verschont uns mit euren Werbezetteln - nochmal besprechen wir sie nicht an so exponierter Stelle ...

Ehrenwort - Die Redaktion





Foto: Felix Schumann

More War for the Poor

»Die Entwicklung der amerikanischen Gesellschaft selbst erzeugt eine neue Form der Blindheit gegenüber Armut. Die Armen fallen zunehmend aus der Wahrnehmung und dem Bewußtsein der Nation heraus.«

Michael Harrington, The Other America: Poverty in the U.S. (1962)

In einem ebenso erschreckenden wie Malthusianischen Akt[1] hat der demokratische US-Präsident Bill »Bubba« Clinton eine sogenannte »Reform« (sprich: Zerstörung) des Sozialhilfegesetzes unterzeichnet, mit der weder Reagan noch Bush in ihren besten Zeiten durchgekommen wären.
Durch diese Tat, indem er seinen Namen unter diese legislative Obszönität gesetzt hat, hat »The Man from Hope«[2], um seinen Arsch als Politiker zu retten, die Hoffnungen von Millionen Armen zerschlagen.
In diesem Zeitalter des triumphierenden Kapitalismus ist »arm« sein ein Synonym für »schlecht« sein, ziemlich ironisch für einen Präsidenten, der in einer »New Age Lincolnesque«[3] gerne seine eigenen, armen Herkunftsverhältnisse herumposaunt.
Unter der rhetorischen Verkleidung der »Hilfe für die Armen« haben die Demokraten gemeinsam mit ihrem »Bruderbund«[4] in der Republikanischen Partei arme Männer, Frauen und Kinder auf dem Altar des politischen Ehrgeizes geopfert.

Der schottische Anthropologe und Religionsforscher Sir James G. Frazer hat in seinem Klassiker »The Golden Bough« (Erstveröffentlichung 1890) über antike Opferriten geschrieben:
»Als die Karthager von Agathokles bezwungen und eingekesselt wurden, schrieben sie ihr Unglück dem Zorn des Gottes Zeus zu, da sie diesem in früheren Zeiten ihre eigenen Kinder geopfert hatten, später jedoch die Gewohnheit annahmen, Kinder zu kaufen und diese als Opfer aufzuziehen. Also wurden, um den wütenden Gott zu besänftigen, zweihundert Kinder der adligsten Familien zum Opfer erwählt (...). Diese wurden geopfert, indem sie, eins nach dem anderen, auf die nach unten geneigten Hände des ehernen Abbildes gelegt wurden, von wo sie dann in eine Feuergrube rollten.« (S. 236)

Ich sage Euch, dies war ein nobleres Opfer als das Erstgenannte! Denn das Menschenopfer in der Antike geschah unter dem falschen Eindruck und Glauben, daß ein solcher Akt schlimmeres Chaos durch einen rachedürstenden Gott abwenden würde.

Warum sollen die Armen unter uns heutzutage geopfert werden? Um das nationale Budget auszugleichen? Kaum.
Weniger als zwei Prozent des amerikanischen Budgets werden für Sozialhilfe ausgegeben, also kann es nicht unter ihrem Gewicht zusammenbrechen.

Warum dann?
Erinnern wir uns, daß unlängst verbreitet wurde, die Beschäftigungsrate sei gestiegen. Diese Nachrichten haben zu einem panikartigen Börsensturz an der Wall Street geführt.
Während der Rückgang der Arbeitslosigkeit für die meisten von uns eine gute Nachricht ist, hat er auf den Finanzmärkten großes Stirnrunzeln hervorgerufen. Genau diese Märkte, die Energiezentren des Kapitals sind es, welche die Aktionen der Politiker diktieren, inklusive der Abschaffung sozialer Sicherungssysteme wie der Sozialhilfe.
Wenn Millionen hungern, werden Lohnarbeiter zu schweigendem Einverständnis diszipliniert, aus Angst, noch das bißchen zu verlieren, was sie haben.
Angst schafft eine befriedete Arbeiterschaft *(labor force)*, die angesichts von neuen Zumutungen noch nicht mal wimmert.
Hohe Armut = triumphierender Kapitalismus.

aus der Todeszelle,
Mumia Abu-Jamal, 13. August 1996

1 *Der englische Nationalökonom, Sozialphilosoph und Bevölkerungstheoretiker Thomas Robert Malthus (1766-1834) stellte die Theorie auf, daß die Menge der produzierten Nahrungsmittel einer Gesellschaft gesetzmäßig nicht mit dem Bevölkerungszuwachs Schritt halten könne und daß daher der Bevölkerungszuwachs begrenzt werden müsse. (Anm. des Übers.)*

2 *Wortspiel mit Clintons Herkunftsort namens Hope*

3 *Anspielung darauf, daß Abraham Lincoln (1809-65), der 16. Präsident der USA, ebenfalls aus ärmlichen Verhältnissen stammte*

4 *Im Original in deutsch, Jamal spielt hier mit den negativen Konnotationen der deutschen Sprache in den USA*



Wir trauern um May Ayim

Freundinnen von May Ayim aus dem Orlanda Frauenverlag haben für die Gedenkfeier am 24. August 1996 einen Text über ihr Leben veröffentlicht. Wir dokumentieren diesen Text in Auszügen. Wir hätten keine besseren Worte finden können.

»May Ayim ist tot. Am 9. August 1996 faßte sie den Entschluß, aus dem Leben zu gehen. Wir trauern um May Ayim als Autorin, Mitstreiterin und geliebte Freundin.
May Ayim, ghanaisch-deutscher Herkunft, wurde 1960 in Hamburg geboren, lebte die ersten eineinhalb Jahre im Heim und dann in einer Pflegefamilie. Sie studierte Pädagogik in Regensburg und schloß eine Ausbildung zur Logopädin in Berlin ab, wo sie seit 1984 lebte.
May Ayim war seit langem in der Schwarzen Community und in der Frauenbewegung aktiv. Mit ihrem Engagement und der ihr eigenen verbindenden Art trug sie immer wieder dazu bei, Menschen unterschiedlicher Kulturen und politischer Zusammenhänge zusammenzubringen. Sie gehörte 1985 zu den GründerInnen der inzwischen bundesweiten Initiative Schwarze Deutsche und Schwarze in Deutschland. In den letzten Jahren arbeitete sie als Lehrbeauftragte an Berliner Hochschulen, als Sprachtherapeutin und als Studienberaterin an der Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit.
Zahlreiche Gedichte und Essays von May Ayim wurden in Büchern und Zeitschriften veröffentlicht (vor 1992 unter May Opitz). Das 1986 erschienene Buch »Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte«, dessen Mitherausgeberin sie war, beruhte auf ihrer Diplomarbeit zur Geschichte und Gegenwart Schwarzer Deutscher. Das Buch »Entfernte Verbindungen. Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung« hat sie ebenfalls mitgeschrieben und -herausgegeben.
Bei vielen politischen Veranstaltungen, Demonstrationen und Diskussionen begeisterte und berührte May Ayim ihr Publikum. Sie begegnete ihren ZuhörerInnen in der Bundesrepublik, in den USA, in Kanada, Südafrika, England, der Schweiz, Österreich und den Niederlanden in immer wieder überraschender Weise mit ihrer Beobachtungsschärfe ihrem Humor und ihrer Ironie. (...) Mit ihrer Persönlichkeit, Ausstrahlung und dem ganz besonderen Stil ihrer Gedichte hat May Ayim Menschen über viele Grenzen hinweg berührt, sie zu neuen Sichtweisen bewegt, ihnen Mut und Kraft gegeben. (...)«

Von May Ayim sind folgende Bücher und Aufsätze beim Orlanda Frauenverlag Berlin erschienen:

***Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte**. hg. von Katharina Oguntoye. May Opitz und Dagmar Schultz. 1986*

***blues in schwarz weiß**. 1996.*

***Das Jahr 1990. Heimat und Einheit aus afro-deutscher Perspektive**. in: Ika Hügel u.a. (Hg.) Entfernte Verbindungen. Rassismus. Antisemitismus. Klassenunterdrückung.*

***Hanni und Nanni in der Lehranstalt. Die Ausbildung in einem Frauenberuf**. in: Claudia Koppert (Hg.) Glück. Alltag und Desaster. Über die Zusammenarbeit von Frauen.*

***Weißer Streß und Schwarze Nerven. Streßfaktor Rassismus**. in: Maria Schäfgen (Hg.) Streß beiseite.*

Die Freundinnen von May Ayim haben für sie am 24. August eine Gedenkfeier veranstaltet. die sehr viel Geld gekostet hat. Sie bitten deswegen um Spenden auf das Konto von Regina Stein: Spendenkonto: Berliner Commerzbank. BLZ 100 400 00 . Konto: 890 13 32 90

Alle in dieser ZAG veröffentlichten Gedichte sind dem Band »blues in schwarz weiß« von May Ayim. erschienen 1996 im Orlanda Frauenverlag. entnommen.

afro-deutsch I

Sie sind afro-deutsch?
... ah, ich verstehe: afrikanisch und deutsch.
Ist ja 'ne interessante Mischung!
Wissen Sie, manche, die denken ja immer noch,
die Mulatten, die würden's nicht
so weit bringen
wie die Weißen

Ich glaube das nicht.
Ich mein, bei entsprechender Erziehung ...
Sie haben ja echt Glück, daß Sie
hier aufgewachsen sind
Bei deutschen Eltern sogar. Schau an!

Wollen Sie denn mal zurück?
Wie, Sie waren noch nie in der Heimat vom Papa?
Ist ja traurig ... Also, wenn Se mich fragen:
So 'ne Herkunft, das prägt eben doch ganz schön.
Ich z.B., ich bin aus Westfalen,
und ich finde,
da gehör' ich auch hin ...

Ach Menschenskind! Dat ganze Elend in der Welt!
Sei'n Se froh,
daß Se nich im Busch geblieben sind.
Da wär'n Se heute nich so weit!

Ich meine, Sie sind ja wirklich ein
intelligentes Mädchen.
Wenn Se fleißig sind mit Studieren,
können Se ja Ihren Leuten
in Afrika helfen: Dafür
sind Sie doch prädestiniert,
auf Sie hör'n die doch bestimmt,
während unsereins –
ist ja so'n Kulturgefälle ...

Wie meinen Sie das? Hier was machen.
Was woll'n Se denn hier schon machen?
Ok., ok., es ist nicht alles eitel Sonnenschein.
Aber ich finde, jeder sollte erstmal
vor seiner eigenen Tür fegen!

1985



Safwan ist unschuldig. Schluß mit den rassistischen Ermittlungen!

Am 16. September beginnt der Prozeß gegen Safwan Eid. Sieben Monate nach dem Brandanschlag auf das Lübecker Flüchtlingsheim in der Hafenstraße wollen die Staatsanwälte Dr. Michael Böckenhauer und Klaus-Dieter Schultz allen Fakten zum Trotz den jungen Libanesen vor Gericht zerren. Die Richter der Jugendkammer, die diesen Prozeß zugelassen haben und ihm vorsitzen werden, ignorieren damit alle in den letzten Monaten bekannt gewordenen Ermittlungsskandale der Staatsanwälte, Dutzende von Tatsachen, die Safwans Unschuld belegen und die Spur auf die vier ursprünglich verhafteten Nazis aus Grevesmühlen lenken.
Gleichzeitig versuchen die Ermittlungsbehörden, den Vorwurf der »rassistischen Ermittlungen« zu unterdrücken, die KritikerInnen mundtot zu machen. Nach Durchsuchungen bei einem Hamburger Buchladen und beim Lübecker Bündnis gegen Rassismus folgte das Verbot und die brutale Zerschlagung einer antirassistischen Demonstration in Grevesmühlen am 31. August 1996.

Die Tat

Am 18. Januar 1996 brannte das Flüchtlingsheim in der Lübecker Hafenstraße. Zehn Menschen kamen bei dem Brand ums Leben, über 30 wurden zum Teil schwer verletzt (vgl. ZAG Nr. 18, S. 5 und 6). Kurz darauf werden vier junge Deutsche als mutmaßliche Brandstifter festgenommen - sie gehören zur rechten Skinheadszene von Grevesmühlen. Alles deutete auf den bis dahin folgenschwersten rassistischen Anschlag in der Geschichte der BRD hin. Entsprechend waren die Reaktionen im In- und Ausland: Es gab Kundgebungen und Demonstrationen, auf denen die Forderung nach einer Umkehr in der herrschenden, von Rassismus gekennzeichneten Politik gegenüber Flüchtlingen und EinwanderInnen gefordert wurde. Die internationale Öffentlichkeit schaute mit Sorge auf ein Deutschland, in dem 50 Jahre nach dem Ende des mörderischen NS-Regimes eine nicht enden wollende Kette rassistischer Gewalttaten stattfindet.

In dieser Situation kam Entlastung von der Lübecker Polizei und Staatsanwaltschaft: Bereits am 19. Januar wurden die Verdächtigen wieder freigelassen - angeblich hätten sie ein Alibi für die Tatzeit. Am folgenden Tag wird Safwan, der mit seinen Eltern und Geschwistern in dem Brandhaus lebte, festgenommen und der Brandstiftung beschuldigt. Der Rettungssanitäter Jens L. hatte ausgesagt, Safwan hätte ihm gegenüber gestanden: »Wir warn's«. Mit der Beschuldigung eines Hausbewohners brachen der öffentliche Druck und die Forderung nach Konsequenzen in sich zusammen, der für all jene so unangenehm war, die sich vor allem Sorgen um das »deutsche Ansehen in der Welt« machten und die an der Politik von Entrechtung, Ausgrenzung und Abschiebung gegenüber Flüchtlingen festhalten wollten. Die Erleichterung, daß es »keine Deutschen waren« ging durch den gesamten Blätterwald von FOCUS, FAZ über die Lübecker Nachrichten bis - peinlicherweise - zur TAZ. Die »Ausländer« zünden sich ihre Häuser selber an - Konsequenzen überflüssig, Problem gelöst!

Widersprüche in Ermittlungen und Anklage

Von Anfang an gab es jedoch massive Widersprüche in der Darstellung der Staatsanwaltschaft, die den Verdacht nahelegten, daß hier aus politischem Kalkül ein Opfer zum Täter gemacht werden sollte. Das begann mit dem fehlenden Motiv. Warum sollte jemand das Haus anzünden, in dem seine gesamte Familie wohnt und sich anschließend selbst über dem Brandherd ins Bett legen und dort abwarten, bis ihn die Flammen erreichen? Safwan wurde jedenfalls, nachdem er anderen BewohnerInnen geholfen hatte, selbst als letzter aus lebensgefährlicher Situation vom Dach des brennenden Hauses gerettet. Dabei trug er nur ein Nachthemd. Doch wo es kein Motiv gibt, muß eines erfunden werden: Ethnische Konflikte habe es in dem Haus gegeben und Streit um eine

Frau. Diese Geschichten wurden in zahlreichen Presseorganen breitgetreten. Doch obwohl Polizei und Staatsanwaltschaft die überlebenden HausbewohnerInnen wieder und wieder zum Teil aggressiv verhörten, einzelne gar mit Abschiebung bedrohten, ließ sich von diesen Spekulationen nichts belegen. In ihrem Beschluß zur Freilassung Safwans aus der fünfmonatigen Untersuchungshaft stellte die jetzt zuständige Jugendkammer des Lübecker Landgerichts fest: »Die Streitigkeiten im Haus gingen nicht über das hinaus, was im Zusammenleben so vieler Menschen auf engstem Raum zu erwarten gewesen ist. Rache des Angeschuldigten an einer bestimmten Person ist ebenfalls nicht nachgewiesen.«

Zweifel an den Zeugen

So stützt sich die Anklage ausschließlich auf das angebliche Geständnis. Doch wie glaubwürdig ist die Aussage des Rettungssanitäters? Hat er in der Hektik der Brandnacht wirklich korrekt verstanden, was Safwan ihm gesagt hat? Konnte er vor der Geräuschkulisse sicher zwischen »wir warn's« und »die warn's« unterscheiden? Das, was Safwan nach Angaben von Jens L. noch gesagt haben soll, ist mit dem Brandverlauf jedenfalls nicht zur Deckung zu bringen: Benzin soll an eine Tür gekippt worden sein und dann brennend die Treppe hinuntergelaufen sein. Selbst an dem von der Staatsanwaltschaft behaupteten Brandausbruchsort befindet sich weder Tür noch Treppe. Um diese hinunterzulaufen, müßte das Benzin zehn Meter weit und dreizehn Zentimeter bergauf geflossen sein! Fast zwei Tage hat Jens L. gezögert, bis er seine Aussage machte - inzwischen waren auch 50.000 DM Belohnung ausgesetzt worden. Den Kontakt zur Polizei stellte schließlich sein Freund Matthias H. her, in der Brandnacht gleichfalls als Rettungssanitäter im Einsatz. Dieser hatte zumindest 1989 Kontakt zu Rechtsextremisten gehabt. Damals waren in seinem Spind im Malteser-Hilfsdienst faschistische Wahlpropaganda, selbstgefertigte Werbezettel für eine Art Wehrsportgruppe, ein Schlagstock und eine Gaspistole gefunden worden. Bis heute betreibt er wehrsportähnliche Übungen in einem sogenannten Paintball-Club. Ob es sich tatsächlich um eine abgesprochene Falschaussage der beiden handelt, wie bestimmte Widersprüche nahelegen, können wir nicht mit Sicherheit sagen. Es wirft jedoch ein bezeichnendes Licht auf die Arbeit der Staatsanwaltschaft, daß sie diesen Hinweisen erst nachging, als sie in der Presse bekannt wurden. (Die u.a. von Spiegel-TV aufgestellte Behauptung, daß sich die Namen von Jens L. und Matthias H. auf einer Telefonliste des Grevesmühlener Verdächtigen Maik W. befinden, hat sich allerdings als Ente herausgestellt.)
Außer der dubiosen Aussage von Jens L. gibt es keine weiteren Indizien gegen Safwan. Weder haben sich Spuren von Benzin an seiner Kleidung gefunden, noch sprechen seine Verletzungen dafür, daß er mit einem Brandbeschleuniger hantiert hätte.

Indizien gegen die verdächtigten Deutschen

Ganz anders bei den ursprünglich verdächtigten Deutschen. Drei der vier hatten frische Versengungen an Haaren, Augenbrauen und Wimpern. Der Lübecker Gerichtsmediziner Professor Oehmichen, der die Untersuchung am 18. Januar durchgeführt hatte, präzisierte auf Nachfrage des Gerichts: Die Brandspuren seien wenige Stunden alt, maximal jedoch 24 Stunden. In anderen Worten: Die Versengungen stammen aus der Brandnacht!
Das widerspricht den Einlassungen der Beschuldigten: Maik W. will mit einer Flamme einen Hund geärgert, Rene B. mit einem Feuerzeug in einen Mofatank geleuchtet haben. Dirk T. kann sich hingegen nicht so genau erinnern, wahrscheinlich sei es beim Anheizen seines Ofens passiert. Alle diese behaupteten Ereignisse liegen aber mehrere Tage vor dem 18. Januar, dennoch stellte die Staatsanwaltschaft am 8. Mai offiziell die Ermittlungen gegen die vier ein. Bis heute sind sie nicht wieder aufgenommen worden, obwohl auch das angebliche Alibi längst geplatzt ist, da der Zeitpunkt der Brandlegung gar nicht genau bestimmbar ist.

Die Arbeit der internationalen Kommission

Diese und viele andere Widersprüche (die hier aus Platzgründen unerwähnt bleiben müssen) konnten erst durch das Engagement der Überlebenden, die Arbeit antirassistischer Initiativen und (zunächst weniger) kritischer JournalistInnen aufgedeckt werden. Besondere Verdienste hat sich hierbei auch die Internationale Unabhängige Kommission erworben. In ihr haben sich insgesamt neun JuristInnen und BürgerrechtlerInnen aus Italien, Frankreich, Israel, den Niederlanden und Großbritannien zusammengefunden, um die Arbeit der Ermittlungsbehörden kritisch zu beobachten. Die Kommission tagte bislang zweimal in Lübeck, setzte sich ausführlich und kompetent mit den Akten auseinander und sprach mit ZeugInnen. Leider verweigerte die Staatsanwaltschaft jede Kooperation. In ihren Stellungnahmen forderte die Kommission die Freilassung von Safwan und einen sicheren Aufenthalt ohne Abschiebedrohung für alle ZeugInnen.

Repression gegen AntirassistInnen

Im Vorfeld des Prozesses reagierte die Staatsanwaltschaft zusehends nervös. Weil sie sich durch ein Plakat des Lübecker Bündnisses gegen Rassismus beleidigt fühlte, schickte sie am 24. Juli die Polizei los, brach unser Büro auf und beschlagnahmte nicht nur einen Restbestand der Plakate, sondern auch zwei Computer sowie zahlreiche Datenträger. Diese Arbeitsmaterialien sind bis heute nicht zurückgegeben worden - damit soll offenkundig die Arbeitsfähigkeit einer kritischen Initiative getroffen werden. Gleichzeitig soll deutliche Kritik an den Ermittlungsbehörden in die kriminelle Ecke gerückt werden.

Zum Vorwurf der rassistischen Ermittlungen

Aufhänger für das Ermittlungsverfahren gegen das Lübecker Bündnis gegen Rassismus ist unser Vorwurf der rassistischen Ermittlungen in Zusammenhang mit den ermittelnden Staatsanwälten. Diese Formulierung ist aber keineswegs aus beleidigender Absicht oder aus Lust an der Übertreibung entstanden - nach unserer Auffassung charakterisiert der Begriff »rassistische Ermittlungen« zutreffend das Handeln der Lübecker Staatsanwaltschaft. Denn was tut diese anderes, als Verdächtige je nach ihrer Herkunft ganz un-

terschiedlich zu behandeln: Während für die beschuldigten Deutschen alles Entlastende gesucht wird, ist bei einem Flüchtling keine Konstruktion absurd genug, um sich nicht in der Anklageschrift wiederzufinden. Diese Praxis der rassistischen Ermittlungen setzt sich auch in jüngster Zeit fort: Um die mehr als wakkelige These zu belegen, daß der Brand im ersten Stock des Flüchtlingsheims entstanden sei, ließ die Staatsanwaltschaft eine Computersimulation durch das BKA durchführen. Ein Brandherd im ersten Stock soll beweisen, daß der Brandstifter aus dem Inneren des Hauses gekommen sein muß und ein Anschlag von außen somit ausscheidet. Die Simulation der Ankläger ist jedoch nicht viel mehr als ein Computerspiel auf Gameboy-Niveau. Um ein so komplexes Geschehen wie einen Brandverlauf auf Rechnern zu simulieren, müssen so viele Vereinfachungen vorgenommen werden, daß der Erkenntniswert äußerst gering bleibt. Das verwendete Programm »Kobra 3D« befindet sich noch in der Erprobung und soll eigentlich eingesetzt werden, um Brandschutzmaßnahmen beim Bau von Häusern vorzuschlagen, aber nicht, um im Nachhinein einen Brandherd festzustellen. Für die Simulation müssen Räume als Quader (also völlig regelmäßig geformt ohne Verwinklungen und Schrägen) angenommen werden. Dieses Modell muß schon am Treppenhaus scheitern, das bei dem Brand vom 18. Januar eine entscheidende Rolle gespielt hat.
Noch entscheidender ist allerdings, daß diese ohnehin schon ungeeignete Methode nur auf den Angaben der LKA-Brandexperten beruht - denselben, die die Bodenplatte, auf der angeblich der Brand entstanden sein soll, als »unerheblich« einfach weggeworfen haben, anstatt sie als Beweisstück zu sichern. Diese »Experten« hatten die stärksten Brandfolgen im ersten Stock festgestellt, eine These, die der von der Verteidigung beauftragte Brandsachverständige Professor Achilles bestreitet. Er fand tiefe Einbrennungen im Vorbau des Erdgeschosses, demgegenüber seien die Brandzehrungen im ersten Stock geringer. Schon die Ausgangsdaten für das Computerspiel sind also höchstwahrscheinlich falsch. Achilles geht von einem Brandherd im Erdgeschoß aus - was einen Anschlag von außen nahelegt.

kommentar

Die Lübecker Vertuschung

Hansestadt Lübeck in Schleswig-Holstein, Deutschland, 18. Januar 1996, Zwei Uhr Dreißig: Ein Kneipier sieht einen braunen Wartburg mit Grevesmühlener Kennzeichen mit überhöhter Geschwindigkeit aus Richtung Hafenstraße kommen, wo zur selben Zeit zehn Menschen in einem abgewrackten Haus verbrennen, welches die »Ausländerbehörden« für gut und abgelegen genug befand, darin Asylsuchende unterzubringen.
Am Tag danach, aber noch in Unkenntnis der zitierten Zeugenaussage, wissen alle, was passiert sein muß. Die einen wissen: Es muß ein rassistischer Brandanschlag gewesen sein. Die deutsche Staatsräson sagt: Die Täter müssen unter den Opfern sein, weil sonst deutsches Ansehen leidet. Als sie sich mit ihrer niederträchtigen Version durchsetzt, die Grevesmühlener mit angesengten Haaren auf freien Fuß setzt und ein Opfer des Brandes in Untersuchungshaft bringt, bricht folgerichtig die anfängliche Mobilisierung der deutschen antirassistischen Linken empfindlich ein. Am 20. Januar fährt ein halb besetzter Bus aus Berlin zum Trauermarsch nach Lübeck. Aufgewühlte und radikalisierte Stimmung.
Lübeck, 23. März: Auf der zweiten Demonstration wird ein Flugblatt verteilt, vermutlich von MigrantInnen-Gruppen, in dem begründet wird, warum das Lübecker Bündnis gegen Rassismus dort nicht reden sollte: Weil es den Brand als Chance sehe, mal wieder ein paar nette Lichterketten auf die Straße zu bringen.
Untersuchungshaftanstalt Lübeck, 2. Juli 1996: Während sich die Hinweise auf einen faschistischen Brandanschlag trotz Inaktivität der Polizei mehren, muß Safwan E. mangels dringenden Tatverdachts auf freien Fuß gesetzt werden. Dennoch wird ihm der Prozeß gemacht. Mit seiner Freilassung bekommt die Lübecker Vertuschung eine neue Dimension: Anders als in Stammheim oder Bad Kleinen wird nicht versucht, die offizielle Version des Tathergangs juristisch, propagandistisch und zur Not repressiv durchzusetzen. Es wird nur noch auf Zeit gespielt, darauf, daß Widersprüche und Zwielicht die Szenerie bestimmen, bis Gras drüber gewachsen ist. Die internationale Öffentlichkeit läßt es sich gefallen, die nationale sowieso, und die linke, die antirassistische?
Grevesmühlen in Mecklenburg-Vorpommern, Deutschland, 31. August: Politisch isoliert und angefeindet von vielen Linken und - wie du mir so ich dir - unsolidarisch kommentiert aus Lübeck, mobilisieren Antinationale Gruppen und Café Morgenland dreihundert Hanseln nach Grevesmühlen und werden von der Staatsmacht ohne auch nur einen Vorwand abzuwarten, brutal eingemacht. Örtliche Faschos klatschen der Polizei Beifall.
Landgericht Lübeck, 16.9.1996: Safwan Eid steht vor Gericht. Ein massive bundesweite Mobilisierung gegen diese hoffentlich letzte große deutsche Farce dieses Jahrhunderts bleibt aus. Das Lübecker Bündnis ist nicht an einer bundesweiten Mobilisierung interessiert, die Hamburger Soligruppen sind paralysiert, die Grevesmühlen-AufruferInnen lecken wohl schmollend ihre Wunden und in anderen Städten übt man sich in Lokalpolitik.
Landgericht Lübeck, vielleicht ein Jahr nach dem Brandanschlag: Safwan E. wird freigesprochen. Am besten mangels Beweisen. Die Mörder laufen weiter frei herum. Die Wenigen in diesem verruchten Landstrich, die dem etwas hätten entgegensetzen können, beschäftigten sich mit sich selbst und exkommunizieren sich gegenseitig. Deutsche Vereinsmeierei scheint unabhängig davon zu funktionieren, vor wievielen Generationen die Vorfahren migrierten. Alle haben ihr Quentchen beigetragen, die Lübecker Vertuschung ist vollendet - Schweigen in Deutschland - war da was?

Micha Wilde, Berlin

Für die deutschen Verdächtigen beantragte die Staatsanwaltschaft jetzt gar ein Gefälligkeitsgutachten. Lediglich anhand von Fotos soll das LKA Bayern feststellen, daß die Versengungen vielleicht doch schon einige Tage alt waren. Die Staatsanwaltschaft als Anwalt von mutmaßlichen Brandstiftern? Die allerneueste Argumentation der Anklage gegen Safwan Eid ist nun, sein Motiv könne gewesen sein, durch die Brandlegung einen neuen Wohnort für die Familie erlangen zu können.

Die Demonstration in Grevesmnhlen

Skandalöser Höhepunkt der Repressionen gegen AntirassistInnen war die Zerschlagung einer Demonstration in Grevesmühlen am 31. August. In der antirassistischen Bewegung war diese Demonstration nicht unumstritten. Das Lübecker Bündnis gegen Rassismus hat u.a. kritisiert, daß wir es nicht sinnvoll finden, die Bevölkerung eines Ortes pauschal anzugreifen, anstatt vorhandene Widersprüche wahrzunehmen und zu nutzen. Diese Differenzen und die sicherlich notwendige Debatte um eine erfolgversprechende antirassistische Strategie dürfen aber nicht die Solidarität gegen die Angriffe der Staatsmacht verhindern.
Aus einzelnen Passagen des Aufrufs konstruierte die Ordnungsbehörde des Landkreises Nordwestmecklenburg einen »Aufruf zur Gewalt« und untersagte die Demonstration. Dieses Verbot wurde gerichtlich bestätigt, als Begründung mußte gar der Vorwurf der »Volksverhetzung« herhalten, also jener Paragraph, der eigentlich Minderheiten vor Hetze schützen soll, nicht aber Staat und Gesellschaft vor berechtigter Kritik.
Die ca. 300 TeilnehmerInnen sammelten sich wegen des Verbots zunächst in Lübeck, wo nach anderthalb Stunden Verzögerung wegen der Durchsuchung eines Busses aus Berlin eine Kundgebung mit anschließendem Demonstrationszug stattfinden konnte. Hier hielt sich die Polizei im Hintergrund - und daher blieben die an die Wand gemalten Gewalttätigkeiten aus.
Anders in Grevesmühlen, wo ein großer Teil der DemoteilnehmerInnen anschließend mit dem Zug ankam. Noch auf dem Bahnsteig wurden die AntirassistInnen von einer Übermacht von Bereitschaftspolizei angegriffen. Verhandlungsangebote wurden schroff zurückgewiesen, stattdessen hieß es ohne Vorwarnung »Knüppel frei«. Es gab zahlreiche Verletzte, schließlich wurden alle TeilnehmerInnen festgenommen und zum Teil bis zum nächsten Tag festgehalten. Diese Vorfälle fanden vor der Kulisse einer beifallklatschenden Menge von etwa 50 Neonazis (die es dort ja angeblich gar nicht gibt) und zahlreichen Schaulustigen statt. Durch diese Vorgänge wurde recht eindrucksvoll deutlich, auf wessen Seite sich die mecklenburgische Polizei gestellt hat. Bei den umstehenden BürgerInnen war die Reaktion auf den brutalen Polizeiüberfall durchaus geteilt. Insbesondere, nachdem die Neonazis abgezogen waren, äußerten zumindest Einzelne ihre Empörung über die Brutalität der Staatsmacht. Hieran sollten zukünftige Aktivitäten in Grevesmühlen versuchen anzuknüpfen.

Neue Hinweise

Eine interessante Beobachtung teilte ein Lübecker Kneipenwirt erst vor kurzem der Polizei mit: Als er am 18. Januar gegen 2 Uhr 30 sein Lokal schloß und auf die Straße trat, fielen ihm zwei Autos auf, die mit stark überhöhter Geschwindigkeit von dem Brandhaus wegfuhren. Es handelte sich um einen beigen Wartburg mit Grevesmühlener Kennzeichen und einen schwarzen Golf aus Lübeck. Ein solches Fahrzeug hatten die deutschen Verdächtigen kurz zuvor gestohlen, der Wartburg gehört Rene B. Nach ihren bisherigen Einlassungen wollen die Verdächtigen um diese Zeit ganz woanders gewesen sein. Und gegen 2 Uhr 30 könnte der Brand durchaus gelegt worden sein. Kommentar von Oberstaatsanwalt Wille: Keine neuen Erkenntnisse, er hält die Grevesmühlener für unschuldig. Alles nur Irrtümer und Pannen?
Wir können heute nicht sicher sagen, wer die Brandstifter von Lübeck waren. Alle Fakten sprechen jedoch für einen rassistischen Brandanschlag, der aus politischem Kalkül heraus einem der Opfer in die Schuhe geschoben werden soll. Der Kampf gegen diesen Versuch der Umdeutung der Wahrheit hat Bedeutung über den konkreten Fall hinaus: Es geht darum, ob die - nicht nur in Lübeck zu beobachtende - Neigung von Polizei und Staatsanwaltschaft durchbrochen werden kann, Brände in Flüchtlingsunterkünften oder in von EinwanderInnen bewohnten Häusern selbst dann für technische Defekte oder gar selbstverschuldet zu erklären, wenn es deutliche Hinweise auf rassistische Gewalttaten gibt.

Keine weiteren Abschiebungen der Überlebenden des Brandes!

Neben der kritischen Begleitung und Kommentierung des Prozesses ist der Kampf um das Bleiberecht der Überlebenden eine unserer dringendsten Aufgaben. Trotz der öffentlichen Zusagen gleich nach dem Anschlag ist der Aufenthalt der Flüchtlinge nämlich keineswegs gesichert. Victor Atoe wurde bereits abgeschoben, für die meisten der Übrigen laufen die Duldungen bis zum 8. November. Auf einer vom Runden Tisch (einem halboffiziellen Zusammenschluß von Behörden, Kirchen, Institutionen und Initiativen) am 22. August in Lübeck veranstalteten Podiumsdiskussion weigerte sich Schleswig-Holsteins Innenminister Wienholtz (SPD) stur, eine entsprechende Zusage zu machen. Stattdessen griff er Lübecks Bürgermeister Bouteiller an, der sich für das Bleiberecht der Überlebenden engagiert und notfalls »zivilen Ungehorsam« für gerechtfertigt hält. Es bleibt zu hoffen, daß die einmütige Ablehnung des immerhin fast dreihundertköpfigen Publikums den Minister beeindruckt hat. Falls das nicht der Fall sein sollte, sehen wir unsere Aufgabe darin, den »zivilen Ungehorsam«, also den praktischen, direkten Widerstand gegen Abschiebungen konkret zu organisieren. Auch sieben Monate nach dem Anschlag ist das Thema also noch aktuell - die entscheidenden Auseinandersetzungen stehen uns erst noch bevor.

Lübecker Bündnis gegen Rassismus

Gegen rassistische Gewalt und staatliches Wegschauen demonstrierten am 27.7.1996 in Mahlow etwa 600 Menschen, unter ihnen auch einige MahlowerInnen. Begleitet von einem umfänglichen Medientroß, der etwa der Zahl der ursprünglich erwarteten TeilnehmerInnen entsprach, ging der Demonstrationszug vom Bahnhof - wo Mitte Juni der folgenschwere Angriff auf drei britische Bauarbeiter seinen Ausgang genommen hatte - zu der Stelle etwas außerhalb des Ortes, wo sich der Angriff ereignete, bei dem Noel Martin eine Querschnittslähmung davontrug. Dort wurde der folgende Redebeitrag eines Freundes der Angegriffenen verlesen. Die Demonstration verlief weitgehend ohne Zwischenfälle. Lediglich ein Versuch von acht behelmten Polizeibeamten, einen Teilnehmer der Demonstration festzunehmen, mußte durch Kettenbildung unterbunden werden.



Foto: Jörg Möller

»Seid vorsichtig und meidet die Sonne«

Redebeitrag von Arthur B. auf der Demonstration am 27.07.1996 in Mahlow

Meine Freunde und ich, drei Briten jamaikanischer Herkunft, kamen das erste Mal im Juli '94 nach Mahlow. Wir kamen nach Mahlow, um Wohnhäuser und Geschäfte zu bauen, wir selbst lebten in Containern.
Auf der Straße sahen uns die Leute an, als wenn wir Außerirdische seien. Sie zeigen uns freundliche Gesichter, in ihren Herzen hassen sie uns aber. Wenn man als Schwarzer aufwächst, lernt man, wie einige Weiße einen ansehen und ihren Haß gegenüber Schwarzen ausdrücken.
Einige Menschen hießen uns auch willkommen. Das war ein sehr schönes Gefühl, so weit entfernt von Zuhause.
Nach einiger Zeit in Mahlow blieben die Menschen nicht mehr in Gruppen gaffend stehen, wenn ein Schwarzer über die Straße ging. Der Ruf »Nigger« war nicht mehr ganz so oft zu hören, obwohl es uns nicht möglich war, an der Schule oder am Bahnhof vorbei zu gehen, ohne als »Nigger« beschimpft zu werden. Vielleicht, weil sie sich an uns gewöhnt hatten; vielleicht, weil sie sahen, daß wir keine Taschen und Portemonnaies stehlen; vielleicht, weil uns niemand schaukelnd in den Bäumen von Mahlow sah.
Mahlow ist ein kleiner Ort mit guten wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten, mit den neuen Gebäuden, dem Flughafen Schönefeld in der Nähe, BMW, Rolls Royce und anderen Unternehmen.
Aber ein Ort kann nicht wachsen ohne junge Menschen und Mahlow hat eine Menge Jugendliche. Die Kinder sind die Zukunft und sie, die Mütter und Väter dieser Kinder, erlauben ihnen, auf der Straße Menschen wegen ihrer Hautfarbe oder ihrer Herkunft zu beleidigen und zu verletzen.
Diese Kinder haben keine Zukunft. Jeder Ort braucht Wirtschaft und Handel. Wenn diese jungen Menschen weiterhin so gewalttätig gegen andere Menschen vorgehen, dann werden keine weiteren Geschäftsleute nach Mahlow kommen oder werden Mahlow verlassen und wo werden ihre Kinder dann Arbeit finden?
Ohne Arbeit gibt es kein Geld und ohne Geld nichts zu essen. Dieselben Kinder, denen sie jetzt erlauben, andere zu terrorisieren, werden sich irgendwann mit ihrer Gewalt gegen sie selbst wenden. Diese Gewalt ist blind und wird sich daher auch gegen die eigenen Leute richten. Sie werden gewalttätige Gruppen auf der Straße haben und dann werden sie selbst nicht mehr sicher auf der Straße gehen können.
Was wird aus Mahlow werden? Ein zwielichtiger Bezirk, Menschen werden nur auf der Durchreise anhalten und sie werden sich hinter ihren Vorhängen verstecken und Angst davor haben, die Straße zu betreten, aus Furcht vor dem Virus, den sie heute züchten.
Dieser Virus wird ihre Straßen verseuchen. Ich erinnere mich an einen solchen Virus, er hieß »Hitler« und wegen dieses Virus können Deutsche sich nicht ohne Schande in Frieden und Einigkeit in der Welt bewegen, allein schon aufgrund der Erinnerung an den Haß und die Verletzungen, die sie unschuldigen Menschen beigebracht haben.
Der unschuldige Mensch Noel Martin liegt nun in ihrem Krankenhaus, und ihre Ärzte und Krankenpfleger senken ihren Blick wegen der Schande, die Mahlow diesem Menschen angetan hat. Und warum wurde ihm dies angetan? Weil er schwarz ist!
Ich sage den Menschen aus Mahlow: Sie haben Noel Martin verletzt und er wird nie wieder durch Mahlow gehen. Aber immer, wenn sie ihre Häuser anschauen, werden sie an Noel denken müssen. Er ist Teil ihres Lebens und Teil ihrer Zukunft, weil sie sich an den schwarzen Mann erinnen müssen, den sie verletzt haben, als er versucht hat, ihnen ein Dach über dem Kopf zu bauen und ihre Stadt lebenswerter zu gestalten.
Ich sage den Menschen, die Noel dies angetan haben: Seid vorsichtig und meidet die Sonne. Eure Hautfarbe wird sich verändern und jemandem wird eurer Aussehen nicht gefallen. Dann wird euch selbst ein Stein durchs Fenster geworfen oder euer Haus wird niedergebrannt oder ihr werdet hinterrücks erschossen!

grenzenlos und unverschämt

ein gedicht gegen die deutsche sch–einheit

ich werde trotzdem
afrikanisch
sein auch wenn ihr
mich gerne
deutsch
haben wollt
und werde trotzdem
deutsch sein
auch wenn euch
meine schwärze
nicht paßt
ich werde
noch einen schritt weitergehen
bis an den äußersten rand
wo meine schwestern sind
wo meine brüder stehen
wo
unsere
FREIHEIT
beginnt
ich werde
noch einen schritt weitergehen und
noch einen schritt
weiter
und wiederkehren
wann
ich will
wenn
ich will
grenzenlos und unverschämt
bleiben

May Ayim, 1990

Gefährliche Orte und polizeiliche Willkür in Berlin

In den letzten Monaten gingen beim Antirassistischen Telefon in Berlin wieder vermehrt Meldungen über Polizeiübergriffe auf ImmigrantInnen und Flüchtlinge ein. Dabei handelt es sich immer nur um die Spitze eines Eisberges. Für viele ImmigrantInnen und Flüchtlinge, Obdachlose und UserInnen ist die tägliche Schikane so selbstverständlich geworden, daß sich kaum jemand beschwert. In Berlin gibt es 24 von der Polizei als »gefährlich« definierte Zonen. Nur von einigen ist bekannt, wo sie sich befinden (z.B. Breitscheidplatz, Kurfürstendamm und Bahnhof Zoo, Nollendorfplatz, Alexanderplatz, Oranienburger Straße, Potsdamer Straße und Kottbusser Tor). Alle anderen sind »geheim«. Das heißt, überall in der Stadt kann es einer/einem passieren, ohne Angabe von irgendwelchen Gründen kontrolliert zu werden und auch des Ortes verwiesen zu werden. Selbst Wohnungsdurchsuchungen sind ohne richterlichen Durchsuchungsbeschluß möglich. Eine rechtliche Grundlage für diese Definition von »gefährlichen Orten« gibt es jedoch nicht. Aber solange sich niemand beschwert und die Rechtmäßigkeit dieser Übergriffen nicht vor Gericht klären läßt, gibt es auch keinen Grund anzunehmen, daß diese Praxis im Zuge der Hauptstadtsäuberungen nicht noch heftiger wird.

Ein Zentrum der Säuberungsaktionen der Berliner Polizei ist offenbar der Breitscheid-Platz bzw. das Europa-Center. Dort werden immer wieder alle Schwarzen mit Paßkontrollen belästigt, festgenommen und geschlagen. Es gibt aber auch andere grundsätzlich verdächtige Bevölkerungsgruppen, beispielsweise männliche, ausländische Jugendliche. In der nebligen Grauzone rassistisch begründeter Polizeigewalt in Berlin stößt man immer wieder auf den Polizeiabschnitt 16 in der Weddinger Pankstraße. Erst Anfang des Jahres hatte die ermittelnde Staatsanwaltschaft den Beamten der Pankstraße eine Art Blankoscheck für ihre Gewalt ausgestellt. Die staatsanwaltliche Begründung lautete, sie hätten eine afrikanische Geschäftsfrau zwar erheblich verletzt, dies jedoch verhältnismäßig getan. Wie jetzt bekannt wurde, haben im März 1996 BeamtInnen dieses Abschnitts einen Flüchtling aus dem Libanon mißhandelt. Der Flüchtling hatte im Sozialamt Wedding friedlich gegen die Verweigerung der Mietübernahme protestiert, als er von den PolizistInnen verletzt, festgenommen und ihm die ärztliche Versorgung verweigert wurde.

Wir dokumentieren im Folgenden einen der zahlreichen Fälle:

Am Pfingstsonntag gegen 22.00 Uhr klingelten zwei PolizeibeamtInnen an der Wohnungstür von Frau D. Sie wiesen sich nicht aus, waren allerdings uniformiert. Die BeamtInnen wollten ihren Cousin sprechen und von ihm 1800.-DM Strafe kassieren, die er nach Landshut zu zahlen hatte. Frau D. erklärte, daß sie nicht so viel Geld im Haus habe, aber mit den Beamten zum Bankautomaten gehen würde, um Geld zu holen. Auf diesen Vorschlag gingen die PolizistInnen nicht weiter ein, weil sie das Geld von ihrem Cousin haben wollten. Dieser war während des »Besuchs« auch zuhause.

Frau D. wurde nach ihrem Paß gefragt. Sie weigerte sich zunächst, ihren Paß zu zeigen, da die Polizei, nach eigenen Angaben wegen ihres Cousins gekommen war und sie mit der Geschichte nichts zu tun hatte. Demzufolge müßte sie auch nicht ihren Paß vorzeigen.

Die Polizistin ging in das Schlafzimmer und suchte angeblich nach dem Paß. Sie kam mit der Handtasche von Frau D. zurück in den Flur. Frau D. wollte die Tasche wieder haben bzw. den Paß nur selbst herausgeben und versuchte, der Polizistin die Tasche wieder abzunehmen. Daraufhin begann ein »Handgemenge« um die Handtasche, wobei sich nun auch der Polizist einmischte und Frau D. würgte. Die Polizistin drehte ihr den Arm auf den Rücken, mit dem sie die Tasche festhielt, zwang sie so zu Boden und trat ihr mit dem Fuß in ihren Magen. Durch den Würgegriff zerrissen ihre Kette und ihr T-Shirt. Danach wurde Frau D. wieder losgelassen und zeigte ihren Ausweis. Die Polizistin sah ihn sich an, warf ihn auf den Boden und trat mit den Füßen drauf.

Anscheinend von den beiden BeamtInnen alarmiert trafen weitere drei PolizistInnen ein. Frau D. beschwerte sich bei diesen über die brutale Behandlung, worauf ihr nur lapidar entgegnet wurde, daß nichts zu machen sei.

Wegen starker Magenschmerzen rief Frau D. noch in derselben Nacht den Notarzt an, der ihr riet, ins Urban-Krankenhaus zu gehen. Dort wurde sie über Nacht behandelt. Der Arzt riet ihr, eine Anzeige gegen die PolizistInnen zu stellen, und rief deswegen die Polizei, die die Anzeige im Krankenhaus aufnahm.

Als Frau D. am Montagmorgen wieder in ihre Wohnung kam, bemerkte sie, daß 36.000 US-Dollar, die sie für eine Betriebsgründung verwenden wollte, nicht mehr in ihrem Schlafzimmer zu finden waren. Frau D. erstattete Anzeige wegen Diebstahls.

Am Dienstag ließ Frau D. durch ihre Anwältin klären, wieviel Geld sie nach Landshut schicken muß, um ihren Cousin zu entschulden. Sie überwies 1350.-DM nach Landshut und löste mit dem Überweisungsvormular ihren Cousin bei der Polizei in der Seestraße wieder aus. Gemeinsam mit ihm suchte sie am Dienstag noch einmal nach dem vermißten Geld, konnte es aber auch diesmal nicht finden.

Gegen Frau D. läuft in der Zwischenzeit ein Ermittlungsverfahren wegen »versuchter Strafvereitelung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und falscher Verdächtigung«.

AG Polizei und Rassismus, ARI

29.7.1996, Fürstenwalde bei Berlin
Rassistische Ausschreitungen

Ein Wochende lang terrorisierten etwa 40 Neo-Nazis ImmigrantInnen in der Kleinstadt östlich von Berlin. Zunächst attackierten sie eine Palästinenserin und versuchten, ihr das Kopftuch herunterzureißen. Im Laufe der darauf folgenden Auseinandersetzungen steckten die Täter einen türkischen Imbiß in Brand. Dabei gab es gab vier Verletzte, unter ihnen zwei Libanesen aus Berlin. Die Polizei nahm neben den Angegriffenen auch mehrere Täter fest, setzte sie jedoch umgehend wieder auf freien Fuß.

Berlin-Tempelhof 19.8.1996
»Freiwillige« Massenabschiebung per Charterflug

Am Montag, den 19. August wurden - überraschend per Charterflug über den Flughafen Tempelhof - 72 Menschen nach Vietnam abgeschoben. Bei den Abgeschobenen handelt es sich großteils um abgelehnte AsylbewerberInnen, die bisher größte Gruppe von VietnamesInnen aus dem Land Brandenburg, das bis dato insgesamt nur 19 VietnamesInnen abgeschoben hatte. Antirassistische Gruppen mobilisierten in den frühen Morgenstunden zu einer Protestaktion zum Flughafen Tegel, mußten jedoch unverrichteter Dinge wieder abziehen, als bekannt wurde, daß für die Abschiebung nicht die dort abgehenden Linienflüge der Lufthansa genutzt wurden.
Schon seit längerem wurden die Abgeschobenen nach eigenen Angaben auf den Behörden erpreßt, Anträge auf »Freiwillige Ausreise« zu stellen. Andernfalls würde ihnen Sozialhilfe oder Aufenthaltsverlängerung verweigert. Die Betroffenen wurden dann Anfang August in ihren Unterkünften, in Ausländerbehörden oder gar auf dem Sozialamt verhaftet und saßen bis zu der Abschiebung im Abschiebeknast Grünau. Frauen und Kinder der Abschiebehäftlinge mußten sich am Freitag, den 16. August, in der ZAST Eisenhüttenstadt einfinden, um mit abgeschoben zu werden.
Die Abschiebung erfolgte über Frankfurt, Paris, Bangkok nach Hanoi mit einer thailändischen Fluggesellschaft. Durch die erpreßten Erklärungen zur »freiwilligen Ausreise« umgehen die Abschiebebehörden die langwierigen und komplizierten Regelungen des »Rückführungsabkommens« mit Vietnam.

Bonn 21.8.1996
Abschiebestop nach Nigeria!

Mit der Forderung nach Freilassung des Nigerianers Felix E. und einem Abschiebestopp nach Nigeria besetzten »Antirassistischen Gruppen in Bonn« (ArGiB) das dortige Büro der Grünen-Ratsfraktion im Alten Rathaus. Als Oppositionellem drohen Felix E., der am 25.06.96 in Bonn in der Abschiebehaft genommen wurde und seitdem im Abschiebeknast Düsseldorf - Gerresheim sitzt, Folter und Mord durch die dortige Militärdiktatur.
Die Innenministerkonferenz wurde aufgefordert, einen Abschiebestopp nach Nigeria zu erlassen. Bis dahin müßten alle Abschiebungen nach Nigeria ausgesetzt werden, entsprechend der Zusage an die 22 nigerianischen Hungerstreikenden in Hannover. Darüber hinaus legten die Antirassistischen Gruppen den Grünen nahe, ihre Forderungen zu unterstützen. Die Besetzungsaktion endete ohne Zwischenfälle.

Die »Antirassistischen Gruppen in Bonn« (ArGiB) sind unter Fon: 0228-636151 (Antirassistisches Telefon) erreichbar.



Eine Familie türkischer Immigranten grillt im Berliner Tiergarten, unweit von Schloß Bellevue, dem Amtssitz des Bundespräsidenten. Stellen sie eine Umweltbelastung dar, wie manche meinen? Bei unserem Schwerpunkt interessieren uns Verbindungen und Überschneidungen von Ökologie und Rassismus. Ist die Erde übervölkert? Und wer soll dann zuerst verschwinden? Das Argument von der »Überbevölkerung« täuscht zu Unrecht wissenschaftliche Neutralität vor. Auch hier spielen ökologische Begründungen eine große Rolle. Je nachdem, in welcher Weltgegend man sich befindet, bedeuten Ökologie und das Schlagwort der »nachhaltigen Entwicklung« etwas ganz anderes. Diesem Widerspruch gehen wir in zwei Gesprächen nach.



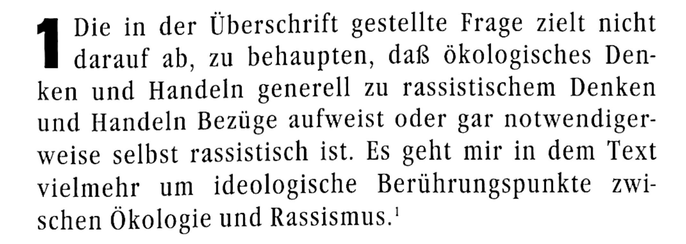
Thema: Ökologie und Rassismus

Foto: Jörg Möller



Was hat Ökologie mit Rassismus zu tun?

Ökologie: (griech.) Lehre von den Beziehungen der Lebewesen zu ihrer Umwelt (Knaurs Fremdwörterlexikon, 1977)



1 Die in der Überschrift gestellte Frage zielt nicht darauf ab, zu behaupten, daß ökologisches Denken und Handeln generell zu rassistischem Denken und Handeln Bezüge aufweist oder gar notwendigerweise selbst rassistisch ist. Es geht mir in dem Text vielmehr um ideologische Berührungspunkte zwischen Ökologie und Rassismus.[1]

2 Am Anfang machen wir zur Entspannung ein kleines Ratespielchen mit zwei Textstellen:

Nummer eins:

»Bioregionalisten sind überzeugt, daß die Zerstörung bioregionaler Identität mit gleichzeitiger Einebnung kultureller und ethnischer Unterschiede zu einer globalen Vermassung in einer seichten, von den großen kapitalistischen Zentren beherrschten Welteinheitszivilisation führt, die wurzellose, heimatlose und in letzter Konsequenz nicht mehr verantwortungsfähige Menschen ›erzeugt‹.«

Nummer zwei:

»Völker, die auf die Erhaltung ihrer rassischen Reinheit verzichten, leisten damit auch Verzicht auf die Einheit ihrer Seele in all ihren Äußerungen. Die Zerrissenheit ihres Wesens ist die naturnotwendige Folge der Zerrissenheit ihres Blutes, und die Veränderung ihrer geistigen und schöpferischen Kraft ist nur die Wirkung der Änderung ihrer rassischen Grundlagen.«

Von wem sind diese beiden Zitate? Das erste stammt aus dem neuen Buch der beiden österreichischen Autoren Eduard Gugenberger und Roman Schweidlenka »Bioregionalismus. Bewegung für das 21. Jahrhundert.«[2] Das zweite stammt aus Hitlers »Mein Kampf«[3].

Schauen wir uns das erste Zitat genauer an. An der Textstelle lassen sich in exemplarischer Form ideologische Berührungspunkte zwischen scheinbar progressivem, ökologischen Denken und rassistischer und faschistischer Weltanschauung klar machen.

Es geht damit los, daß von der »Zerstörung bioregionaler Identität« die Rede ist. Das hört sich erstmal gut an. Man denkt wahlweise an den Amazonas oder das Wattenmeer. Welcher Mensch, der seine fünf Sinne beieinander hat, würde bestreiten, daß weltweit im Zuge kapitalistischer Eroberung und Brandschatzung biologische Regionen (ich meine: die Biologie von Regionen) zerstört werden? Aber dann steht da eben auch das Wörtchen »Identität«, und dem Leser/der Leserin dämmert, daß sich das Zitat in erster Linie auf Menschengruppen bezieht. Auf etwas anderes als Menschen bezogen, macht das Wort Identität keinen Sinn.[4] Aber zentral ist hier etwas anderes, nämlich daß die »Identität« umstandslos an »Bioregionen« angebunden wird. Die Bioregionen machen also die menschliche Identität. Dadurch, daß ich aus der »Bioregion Deutschland« oder meinetwegen nördliches Mitteleuropa komme, schlußfolgere ich, beziehe ich zwangsweise eine Bio-Identität als Deutscher oder nördlicher Mitteleuropäer. Wie ich aufgewachsen bin, aus welcher Klasse ich komme, welches Geschlecht ich habe und was für eine Entwicklung und Erfahrungen ich hinter mir habe ist ganz egal, denn Identitäten sind biologisch, sagt das Zitat.

Im Fortgang des Zitats wird vollends deutlich, daß es keineswegs um ökologische Zerstörung geht, sondern um eine Argumentation gegen die globalen, nicht zuletzt vom Kapitalismus hervorgerufenen Wanderungsbewegungen und damit Vermischungstenden-



zen unterschiedlicher Menschen. Der geneigte Leser/die geneigte Leserin erfährt, daß die »Zerstörung bioregionaler Identität« gleichzeitig die »Einebnung kultureller und ethnischer Unterschiede zu einer globalen Vermassung« bedeutet. Das heißt erstens, daß kulturelle und ethnische Unterschiede in der Lesart dieses Textes praktisch das gleiche sind, zumindest sich aber gegenseitig bedingen. Kultur ist statisches Merkmal einer Bevölkerung. Sie wird hier nicht als vielschichtiger Prozeß der Selbstäußerung, sondern als ethnische Eigenschaft verstanden.[5]

Diese schreckliche »Einebnung«, man denkt unwillkürlich an eine Planierraupe, führt also zu einer »globalen Vermassung«. Was es auch sein soll, was hier mit globaler Vermassung gemeint ist, etwas Gutes ist es bestimmt nicht. Denn der »Massenmensch«, so wissen wir intuitiv aus der Sprache der politischen Symbole und Stereotype, ist gesichtslos und hat keinen eigenen Willen, ist irgendwie sozialistisch und gleichgemacht. Identität und Individualität wird hier der grauen Masse gegenübergestellt, ein gern verwendeter Klassiker politischer Rhetorik. Wenn sich also ein Tansanier und eine Deutsche zusammentun und Kinder zeugen, so zerstören sie damit ihre jeweiligen bioregionalen Identitäten und produzieren einen bioregionalen »Bastard«. Das ist völkisches Denken in Reinkultur, angereichert um den ebenso neumodischen wie verschwommenen Begriff der »Bioregion« und gewürzt mit einer Prise Ökologie (wobei die in diesem Zitat nur am Rande anklingt.)
Hitler hat zur »globalen Vermassung« geschrieben:

»Doch ist die Gefahr sehr groß, daß der einmal gewordene Mensch die Rasseschranken immer mehr einreißt, bis endlich auch der letzte Rest seines besten Teils verloren ist. Dann bleibt wirklich nur mehr ein Einheitsbrei übrig, wie er den famosen Weltverbesserern unserer Tage als Ideal vorschwebt; er würde aber aus dieser Welt in kurzer Zeit die Ideale verjagen. Freilich: eine große Herde könnte so gebildet werden, ein Herdentier kann man zusammenbrauen, einen Menschen als Kulturträger aber und besser noch als Kulturbegründer und Kulturschöpfer ergibt eine solche Mischung niemals.« [6]

Auch hier finden wir also wieder die Herde, die Masse im Gegensatz zum verantwortungsfähigen Individuum mit Identität, oder, wie es hier heißt, dem »Kulturbegründer und Kulturschöpfer«. Statt »bioregionaler Identität«, unter der man sich alles mögliche vorstellen kann, steht hier klipp und klar »Rasseschranken« (ein Vorteil der klaren Rede ist, daß man/frau seine/ihre Feinde besser identifizieren kann). Gemeint ist aber das Gleiche, oder zumindest etwas sehr ähnliches, denn die Vorstellung, daß ethnische Unterschiede kulturelle Unterschiede bedingen und das Leben menschlicher Gruppen (»Völker«) kollektiv determinieren, kommt den »Rasse«-Ideen, wie sie weit über Nazi-Kreise hinaus »wissenschaftlicher« Standard waren, zumindest sehr nahe.

Allein, man bedient sich heute eines unklareren Vokabulars. Was die beiden Begriffe »bioregionale Identität« und »Rasseschranken« zu Verwandten macht, ist also, daß von einem determinierenden »Wesen« (oder meinethalben einer »kulturellen Identität«) der Menschen ausgegangen wird, das an ihre natürliche Herkunft geknüpft ist.[7] Der Unterschied der Zitate ist, daß Hitler nicht an Ökologie anknüpft, obwohl ökologisch-völkische Ideen den Nazis durchaus nicht fremd waren. Das spricht nicht gegen Ökologie, aber durchaus gegen zu einfache Weltbilder, nämlich daß Ökologie immer positiv sei und man nicht auf den Kontext zu achten brauche, in dem sie auftaucht.

Weiter im Text: Die »globale Vermassung«, oder, wie Hitler klarer gesagt hätte, der »Einheitsbrei«, das »Bastardgemisch« entwickelt sich in einer »seichten, von den großen kapitalistischen Zentren beherrschten Welteinheitszivilisation«, welche »wurzellose, heimatlose und in letzter Konsequenz nicht mehr verantwortungsfähige Menschen erzeugt.« An dieser Stelle wird eine neue Zutat eingerührt, die Kapitalismuskritik (hatten die Nazis auch schon drauf, zumindest am Anfang). Hier wird Richtiges und Falsches vermengt. Denn es gibt sie ja wirklich, die kapitalistischen Zentren, die eine zunehmend einheitliche Warenkultur/ Kulturware produzieren, man denke nur an Coca Cola und die diesjährige Olympiade. Falsch und latent rassistisch ist dagegen die Aussage, daß die tendenziell entstehende »Welteinheitszivilisation« (hier muß man sicher eine Menge Abstriche machen, die ich mir und den LeserInnen an dieser Stelle erspare) aus per se schwachen, entwurzelten Menschen besteht, denen durch die Vermischung ihre »bioregionale Identität« geraubt worden ist. Im Zitat sind diese »Mischlinge« minderwertig, denn sie sind »nicht mehr verantwortungsfähig«.

In diesem Bild fehlen noch die Juden, die die kapitalistischen Zentren kontrollieren. Derartige gegen die (westlich bestimmte) Moderne und gegen die Auf-

klärung[8] gerichtete Weltbilder verbinden sich hervorragend mit den überlieferten Verschwörungstheorien des Antisemitismus, die nie ihre Wirksamkeit eingebüßt haben.[9]

Es läßt sich also festhalten, daß die Verbindung von Ökologie und Rassismus in dem besprochenen Zitat dadurch zustande kommt, daß menschliches Leben nicht als komplexer und widersprüchlicher sozialer Prozeß interpretiert wird, sondern daß eine statische Vorstellung menschlicher Identität und Kultur an Begriffe von biologischem Lebensraum und Ethnizität angebunden wird. »Bioregion« heißt das Schlagwort, es impliziert, daß Menschengruppen (»Völker«) ebenso »natürliche Lebensräume« haben wie Kröten oder andere Tiere und diese tunlichst nicht verlassen sollten. Der Mensch wird damit zum Bestandteil regionaler Ökosysteme reduziert. Diese Argumentation richtet sich zuallererst gegen MigrantInnen und in einem weiteren Sinn gegen jede Form der »Vermischung«.

3 Statt ständig über die Schlechtigkeit der Welt zu jammern: Was ist die Aufgabe linker Politik gegenüber solchen Ideologien?

a. Ökologie muß von der Linken in einem universalistischen Sinne für sich reklamiert werden als existentielles Lebensinteresse aller Menschen.

b. Ökologie muß von biologistischen Vorstellungen menschlicher Gesellschaft (wie der der »Bioregion«) abgelöst werden. Die Linke muß weiter in der Lage sein, deutlich zu machen, daß die Menschen zwar auf die natürliche Umwelt angewiesen sind, daß aber andererseits die »Natur« nicht zum Modell einer besseren Welt taugt. Der Mensch ist der wichtigste Bezugspunkt linker Politik, nicht die »Natur« oder die Tierwelt. Zwischen Menschen und Tieren gibt es eine klare Grenze, Gerede von »Hühner-KZ's« und ähnliches sind eine eklatante Verharmlosung von Verbrechen gegen Menschen.
Zweitens lassen sich aus Mechanismen der natürlichen Umwelt keine Aussagen über »richtig« und »falsch« in der menschlichen Gesellschaft ableiten (wie das etwa der Sozialdarwinismus versucht hat). Genausowenig läßt sich aus der »Natur« eine menschliche Ethik ableiten (Stichwort »Bioethik«), die Linke vertreten können.

c. Im Gegensatz zu Ideologien (und Ideologen) der »Reinheit« muß die Linke sich auf (im weitesten Sinne) die Seite der Grenzüberschreitungen und »Vermischungen« stellen und das Positive dieser sozialen Phänomene betonen und verteidigen.

d. Nicht zuletzt muß deutlich gemacht werden, daß die ökologische Zerstörung und der irreversible Verbrauch von Ressourcen in der heutigen Form täglich die Unhaltbarkeit des Kapitalismus vor Augen führen.

Georg Rohde

1 *Ein guter Text, der sich auch mit dem Geflecht der Organisationen in diesem Feld auseinandersetzt, ist Peter Bierl: Statt Befreiung des Menschen die Mystifikation der Erde. In: ökolinx 23, Sommer 1996, Frankfurt, S. 36-45. Bierl bespricht auch einige Zeitschriften und Bücher aus diesem Bereich*

2 *Eduard Gugenberger/Roman Schweidlenka: Bioregionalismus. Bewegung für das 21. Jahrhundert. Osnabrück: Packpapier Verlag, 1995. Zitiert nach Oliver Geden: Identität mit Wurzeln, in der jW vom 21. August 1996. Der Packpapier Verlag hat Anfang der achtziger Jahre übrigens auch Titel wie »Die freie Vereinbarung« des anarchistischen Theoretikers Kropotkin veröffentlicht. Jugendsünden?*

3 *Adolf Hitler: Mein Kampf. München: Verlag Franz Eher Nachfolger, 1933, S. 372*

4 *Identität: (...) 2. die als leiblich-seelisch-geistige Einheit erlebte eigene, ihrer selbst bewußte Persönlichkeit. (Knaurs Fremdwörterlexikon, 1977) Vgl. Stuart Hall: Die Frage der kulturellen Identität. In (Ders.): Rassismus und kulturelle Identität. Hamburg und Berlin: Argument-Verlag, 1994, S. 180-222*

5 *Etienne Balibar: Gibt es einen »Neo-Rassismus«? In: Etienne Balibar und Immanuel Wallerstein: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. 2. Auflage. Hamburg und Berlin: Argument-Verlag, 1992*

6 *Adolf Hitler: Mein Kampf. Verlag Franz Eher Nachfolger, München 1933, S. 444*

7 *Man kann hier einwenden, daß »kulturelle Identität« und »ethnische Unterschiede« in der Realität sehr unterschiedliche Aspekte bezeichnen. Ich habe jedoch anhand des Gugenberger/Schweidlenka Zitates zu erklären versucht, wie hier auf subtile Weise kulturelle Differenz ethnisiert wird und wie daraus ein sehr fragwürdiger Begriff menschlicher Kultur spricht.*

8 *Ich verwende hier »Moderne« und »Aufklärung« als positive Begriffe, ohne sie genauer zu hinterfragen. Zu beiden Begriffen gibt es wichtige Kontroversen. Die Auseinandersetzung um das zerstörerische Potential der Aufklärung steht im Zentrum der Arbeit der sog. Frankfurter Schule bzw. kritischen Theorie. Vgl. Horkheimer, Max , Adorno, Theodor Wiesengrund: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt am Main: Fischer, 1988. Andere haben hervorgehoben, daß gerade die Aufklärung (verbunden mit der Kolonisierung der Welt durch die europäischen Nationen) zu einem Begriff der »Rasse« und zum modernen Rassismus geführt habe. Vgl. Gates, Henry Louis Jr.: Writing »Race« and the Difference it Makes. In: Diedrich Diederichsen (Hg.): Yo! Hermeneutics! Schwarze Kulturkritik. Berlin und Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1993, S. 71-88.*
Bei der sogenannten »Modernisierungsdebatte« ging es darum, daß rechte Historiker wie z.B. Rainer Zitelmann dem NS einen modernisierenden Effekt zusprachen und ihn damit neu bewerteten. Vgl. Zitelmann, Rainer: Die totalitäre Seite der Moderne. In: Michael Prinz und Rainer Zitelmann: Nationalsozialismus und Modernisierung. Darmstadt 1991. Gegen Zitelmann argumentiert Karl Heinz Roth: Verklärung des Abgrunds. Zur nachträglichen »Revolutionierung« der NS-Diktatur durch die Gruppe um Rainer Zitelmann. In: 1999, Heft 1/92, S. 7-11.

9 *Der Zusammenhang zwischen dem Denken mancher »Ökologen« und Tierschützer mit Antisemitismus wird genauer beleuchtet von Uli Krug: Böse Juden, liebes Vieh. In: Konkret, Heft 9/96, S. 54-57. Der Text ist leider auf die Konkret-typische Weise ziemlich unzugänglich geschrieben, aber durchaus interessant*

Ökologie, Humanökologie und »Überbevölkerung«

Der folgende Text erscheint mit freundlicher Genehmigung des Verlags der Buchläden Schwarze Risse/Rote Strasse als Vorabdruck aus dem Ende September erscheinenden Buch von Susanne Heim und Ulrike Schaz: »Berechnung und Beschwörung. Überbevölkerung – Kritik einer Debatte«.
Die Zwischenüberschriften wurden von uns wegen der besseren Lesbarkeit eingefügt.

Ökologie als neue Leitwissenschaft

Seit den frühen 70er Jahren trat an die Stelle der Auffassung, wonach die »Dritte Welt« Erziehungsobjekt der »Ersten« sei, schrittweise das Paradigma der »globalen Verantwortung«. Dieser Wandel vollzog sich vor dem Hintergrund eines wachsenden Umweltbewußtseins in Westeuropa und den USA. Die Ökologie wurde zu einer neuen Leitwissenschaft, die den Anspruch erhob, die Probleme der Welt ebenso zu definieren wie Wege zu deren Lösung anzubieten oder zumindest »eine verbindliche Orientierung für die vielfältigen Krisen des ausgehenden Jahrhunderts, die in der ökologischen Krise zu kulminieren scheinen«.[1] Damit einher ging der Trend zu einer globalen Betrachtungsweise nicht nur der ökologischen, sondern auch der Bevölkerungsfrage. Vom »Raumschiff Erde« war die Rede, derzufolge die Erde ein geschlossenes ökologisches System ist, das sowohl in bezug auf die Ressourcen, als auch hinsichtlich der Fähigkeit zur Regeneration bei ökologischer Belastung begrenzt ist. Die Metapher vom »Raumschiff Erde« brachte die Vorstellung einer »Zwangs-Interessensgemeinschaft aller Menschen der Welt«[2] zum Ausdruck. (...)

»Bevölkerungswachstum und Umweltkrise«

Im Jahr 1972 erschien das Buch von Paul und Anne Ehrlich »Bevölkerungswachstum und Umweltkrise« in deutscher Übersetzung. Das Biologenpaar warnte vor einem ganzen Konglomerat von Katastrophen: vor den Folgen der Umweltverschmutzung ebenso wie vor einer drastischen Reduzierung der Artenvielfalt; die Erschöpfung der Energiequellen sowie der nichterneuerbaren Ressourcen entziehe künftigen Generationen die Existenzgrundlage. Hungerkatastrophen seien zu befürchten, Aufstände und vor allem Kriege, wahrscheinlich sogar ein Atomkrieg. Die Ursachen für diese Katastrophen seien vielfältig miteinander verknüpft: die größte Bedrohung allen irdischen Lebens gehe jedoch vom »explosiven« Bevölkerungswachstum aus. Trotz dramatischer Weltuntergangsprophezeiungen endeten die Ehrlichs mit dem, was sie »ein positives Programm« nannten. Sie forderten, daß »die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Verantwortung wahrnimmt und das Wachstum der amerikanischen Bevölkerung stoppt.« Sobald die USA damit begonnen (!) hätten »im eigenen Hause Ordnung zu schaffen, können sie dazu übergehen, die Probleme der Rückentwicklung (de-development) der übrigen Industrieländer, der Bevölkerungskontrolle und des ökologisch begrenzten partiellen industriellen Aufbaus in den Entwicklungsländern ins Auge zu fassen.«[3]

Die US-Regierung, so Paul Ehrlich in einem Interview mit der Zeitschrift Playboy, müsse propagieren, daß jede amerikanische Familie, die patriotisch gesinnt sei, nicht mehr als zwei Kinder haben dürfe. (...) Er hoffe zwar, so Ehrlich weiter, daß die Senkung der Geburtenzahlen auf freiwilliger Basis möglich sein werde, der Tenor seiner Ausführungen ist jedoch ein anderer: Zur Not müsse eben Gewalt angewandt werden. (...) Paul Ehrlich hatte seit jeher eine intime Nähe zur US-amerikanischen Bevölkerungslobby. Bei allem wissenschaftlichen Anspruch war er sich für keine noch so platte bevölkerungspolitische Propaganda zu schade. Sein Buch »Die Bevölkerungsbombe« ist eine abenteuerliche Mischung aus ökologischen Erkenntnissen, politischen Schlußfolgerungen und einer Projektion der eigenen Ängste auf den ganzen Planeten und die Zukunft der Menschheit. Als Populationsbiologe läßt er seinen Blick von den Wanderratten über die Stubenfliegen zu den Kolumbianern schweifen. So erfährt man von Ehrlich, daß in Kolumbien »jedes Kind die unerträgliche finanzielle Last der Familie und die Verzweiflung der Mutter« vergrößert. »Das Verhängnis beginnt mit wirkungslosen einheimischen Mitteln zur Empfängnisverhütung, es folgen Abtreibungen durch Quacksalber und Kurpfuscher, Kindsmord, Frigidität, und am Ende steht nur allzuoft der Selbstmord.«[4]
Die Darstellung von Menschen (insbesondere denen außerhalb Westeuropas und Nordamerikas) als wimmelndes Getier fördert den Fatalismus. Obwohl bisweilen ins Groteske übertrieben, enthalten die Schrekkensszenarien immer auch Versatzstücke einer realen Problembeschreibung, und nicht jede Katastrophenprognose, die zu (bevölkerungs-)politischen Zwecken funktionalisiert wird, ist deswegen frei erfunden.[5] Das Problem liegt gerade in dem Sammelsurium von Fakten, Meinungen und politischen Konsequenzen, die daraus gezogen werden sowie in der Anmaßung, biologische Antworten auf gesellschaftliche Fragen geben zu können.

Kritik der »Humanökologie«

Hans Magnus Enzensberger hat das Programm der Ehrlichs 1973 einer Kritik unterzogen, die sinngemäß auch auf die unzähligen anderen Studien zutrifft, die die ökologische und die Bevölkerungsfrage miteinander verknüpfen. Die Ökologie als Teildisziplin der Biologie, so Enzensberger, sei angetreten, um die wechselseitige Abhängigkeit und Balance zwischen verschiedenen Bewohnern eines Ökosystems zu analysieren. Erst als sie den Menschen in ihre Betrachtungen mit einbezog, mit Entstehung der »Humanökologie« also, sei »dieser Wissenschaft ein Totalitätsanspruch zugewachsen (...), dem sie in keiner Hinsicht gewachsen ist. Je größer die Tragweite ihrer Ergebnisse, desto geringer ihre Zuverlässigkeit.« Indem die Humanökologie komplexe, gesellschaftlich vermittelte Beziehungen zwischen Mensch und Umwelt auf Biologisches reduziere, werde sie dem eigenen Hegemonieanspruch nicht gerecht und kapituliere vor der Größe der Probleme, die sie selbst aufgeworfen habe.[6] Natur- und sozialwissenschaftliche Kategorien und Methoden würden unreflektiert nebeneinanderher angewandt. Unter dem Druck der öffentlichen Diskussion und unter Verweis auf die Dringlichkeit

des Ziels erlangten die Aussagen der Ökologen trotz des methodischen Wirrwarrs mehr und mehr prognostische Züge. Der Mensch als Gegenstand der Humanökologie wird nicht als gesellschaftlich geprägtes Wesen begriffen, sondern Erkenntnisse aus der Forschung an Ameisen, Ratten oder Fruchtfliegen auf ihn übertragen. »Die gesellschaftliche Neutralität«, so Enzensberger weiter, »welche die ökologische Argumentation für sich in Anspruch nimmt, indem sie auf naturwissenschaftliche Beweisstrategie rekurriert, ist eine Fiktion«.[7] Gerade die Metapher vom Raumschiff Erde aber verfestigt die Vorstellung des »Wir sitzen alle in einem Boot« und verleugnet so den »Unterschied zwischen Erster Klasse und Zwischendeck, Kommandobrücke und Maschinenraum.« (...)

Die Logik der Globalstudien

Fünfundzwanzig Jahre nach den Schreckensszenarien der Eheleute Ehrlich sind deren Ansichten weitgehend zum Gemeinplatz in der Diskussion um Ökologie und Bevölkerung geworden. In den USA hat die Überzeugungskraft der Katastrophenszenarien ausgereicht, um 1985 ein breites Bündnis zwischen Umweltgruppen und Bevölkerungslobby entstehen zu lassen, das sich die Bekämpfung von Umweltzerstörung und Bevölkerungswachstum zum Ziel gesetzt hat.[8]

Trotz aller scharfsinnigen Kritik hat sich der Biologismus in der Gesellschaftswissenschaft ebenso wie in der Politikberatung einen festen Platz erobert. Dazu beigetragen haben nicht zuletzt die zahlreichen Globalstudien über die Begrenztheit der Ressourcenvorräte, die zunehmende Umweltverschmutzung und das Bevölkerungswachstum, die seit den 70er Jahren entstanden sind und von denen hier nur die bekanntesten genannt werden können: Der Club of Rome, ein Verein illustrer Männer aus Industrie und Wissenschaft, gab 1972 den vom Massachussetts Institute of Technology erarbeiteten Bericht »Die Grenzen des Wachstums« heraus[9]; im Jahr 1979 erschien die Studie »Global 2000: Bericht an den Präsidenten«, zwei Jahre später der sogenannte Brandt-Report »Das Überleben sichern« als Bericht der Nord-Süd-Kommission. Der Brundtland-Report führte 1987 eine neue Komponente in die Debatte um Ressourcen und Bevölkerung ein: Die Idee der »nachhaltigen Entwicklung« ist seither zum festen Bestandteil ökologischer und ökonomischer Entwicklungsmodelle geworden. Ziel ist eine Entwicklung, so der Brundtland-Report, »die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß zukünftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können«.[10] Sowohl die Definition von »nachhaltiger Entwicklung« als auch die Antwort auf die Frage, was zu deren Realisierung zu tun sei, hängt vom Standpunkt des Betrachters ab. So variieren die Positionen, welche Ressourcen als knapp und lebenswichtig für künftige Generationen angesehen werden ebenso wie die Ansichten darüber, ob die Veränderung der Umwelt nicht auch unter dem Gesichtspunkt ihrer sozialen Konsequenzen betrachtet werden müßte. Wenn zum Beispiel Abholzungen zugunsten eines Staudammprojekts durch Anpflanzungen an anderer Stelle kompensiert werden, so könnten sie - unter ökologischen Gesichtspunkten - als »neutral« gelten. Unbedenklich sind sie deswegen noch lange nicht: Wenn die Frauen in den angrenzenden Dörfern aufgrund der Abholzungen gezwungen werden, zum Feuerholzsammeln einen wesentlich weiteren Weg zurückzulegen, so kann von »Neutralität« keine Rede mehr sein.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang vor allem, daß die Globalanalysen »Entwicklung« ebenso wie Umweltverschmutzung und Ressourcenverbrauch als meßbare Größen behandeln. Sie haben so zu der Erkenntnis beigetragen, daß die Menschen in den Industrieländern die Ressourcen im Pro-Kopf-Durchschnitt weit mehr beanspruchen, als diejenigen in den Ländern des Südens. Auf diese Weise werden aber nicht nur die Unterschiede zwischen Arm und Reich innerhalb der westlichen Metropolen ignoriert, vielmehr werden die verschiedenen »Maßeinheiten« als kompatibel angesehen: Demnach wäre also eine Verordnung zur Reduzierung des CO_2-Ausstoßes im privaten Autoverkehr gleichermaßen ein Beitrag zur »Nachhaltigkeit« wie eine Familienplanungskampagne oder die Einführung von Langzeitverhütungsmitteln in einem asiatischen Land. Eben dies aber müßte eigentlich dazu führen, die Frage nach den Machtverhältnissen zu stellen, die in fast allen Globalstudien ausgeblendet bleibt: Wer hat die ökonomische oder politische Macht, wem welche Vorschriften zur Rettung des Planeten zu machen? Die Kritik trifft nicht nur auf die Globalstudien, sondern auch auf Studien über nachhaltiges Wirtschaften in einzelnen Industriestaaten zu.[11] Die Szenarien abstrahieren in der Regel ebenso von den politischen Machtverhältnissen wie von den Geschlechterverhältnissen und den Unterschieden zwischen Frauen und Männern im Umgang mit den Ressourcen.

Das Denken in Globalkategorien hat die Vorstellung gefördert, daß »Bevölkerung« ein Faktor sei, der in die Welt-Ressourcen- und Verschmutzungsgleichung mit einbezogen werden müsse. Daraus ist meist im nächsten Schritt abgeleitet worden, daß Bevölkerungspolitik im Zentrum aller Maßnahmen zur Sicherung der ökologischen Zukunft stehen müsse - in erster Linie selbstverständlich in denjenigen Ländern, in denen das Bevölkerungswachstum besonders hoch ist.

Diese Sichtweise hat sich auch in der neueren bevölkerungspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik durchgesetzt. (...)

Die ökonomische Logik des Überbevölkerungs-Arguments

Obwohl in vielen Schriften zum Thema Bevölkerung und Umwelt davon ausgegangen wird, daß selbst geringfügige Veränderungen von Konsumgewohnheiten und Produktionsmethoden im Norden weit mehr zum ökologischen Schutz der Erde beitragen würden, steht am Ende der meisten Betrachtungen immer wieder die Forderung nach einer Einschränkung des Bevölkerungwachstums in den Ländern des Südens. Der logische Bruch in der Argumentation wird mit folgendem argumentativen Hilfsmittel überwunden, auf das schon die deutschen Ökonomen der frühen 40er Jahre im besetzten Osteuropa zurückgriffen, um Mord mit ökonomischer Rationalität zu rechtfertigen: Zum entscheidenden Kriterium für die »Überbevölkerung« wird das Pro-Kopf-Einkommen gemacht. Ist es niedrig, so die Annahme, müsse alles für die Grundbedürf-

nisse aufgewendet werden; es könne kein Kapital akkumuliert werden und die Wirtschaft stagniere oder rotiere im »Zirkel der Armut« (...)
Schon der Maßstab des »Pro-Kopf-Einkommens« ist problematisch, denn er suggeriert, daß sich Wohlergehen (und damit wird ein hoher Lebensstandard oder ein hohes Pro-Kopf-Einkommen im westlichen Entwicklungsmodell gleichgesetzt) quantifizieren ließe und so alle verschiedenen Lebensweisen auf der Erde nach einem universal gültigen Maßstab miteinander verglichen werden könnten.[12] Zudem basiert die Argumentation auf sogenannten aggregierten makro-ökonomischen Größen: Das Pro-Kopf-Einkommen wird (ebenso wie die Nachfrage und andere Größen) im jeweiligen Landesdurchschnitt errechnet, wobei dann die erheblichen Unterschiede zwischen Angehörigen einer superreichen Oberschicht und Besitzlosen in der Statistik zu einem niedrigen Durchschnitt zusammengerechnet werden. (...)
Auch die Annahme, daß die Kapitalbildung in den »Entwicklungsländern« dadurch verhindert wird, daß alle Überschüsse von einer wachsenden Bevölkerung konsumiert werden, ist eher fraglich. Häufig werden die Überschüsse zwar erwirtschaftet, nur nicht im Lande selbst produktiv investiert, sondern ins Ausland transferiert oder von Angehörigen der Oberschicht in Luxuskonsumgüter umgesetzt.[13] Zudem bleiben wichtige Bereiche der Volkswirtschaft wie etwa die Selbstversorgungslandwirtschaft ganz aus der Analyse ausgeklammert, weil die dort geschaffenen Werte nicht in Geld oder »Pro-Kopf-Einkommen« umgerechnet in die Statistik eingehen.
(...) Reiche Länder können nach dieser Logik gar nicht »überbevölkert« sein. Die Identifikation von Armut mit »Überbevölkerung« läßt die Forderung nach weitreichenden Eingriffen gegenüber den »überbevölkerten« Ländern umso gerechtfertigter erscheinen, weil ihre »Unfähigkeit«, mit den Problemen des eigenen Landes fertig zu werden, scheinbar offenkundig ist. Bevormundung braucht daher nicht erst legitimiert zu werden, sondern wird von denen, die sie ausüben, als Hilfe verstanden. Ein Leser der FAZ dachte diese autoritäre Logik wie folgt weiter: »Können die 960 Millionen Analphabeten wirklich gleichberechtigt dazugehören? Muß nicht auch für die weiteren fünf Millliarden Menschen in den Entwicklungsländern (...) Vormundschaft übernommen werden? Es wird Zeit, daß die demokratisch regierten Industrienationen ihre Skrupel beiseite legen und sich zu einer Weltregierung aufschwingen, die sich von Wissen und Vernunft leiten läßt, um das Leben auf dem erreichten Niveau zu retten.«[14]

Ökologie auf Abwegen: Kritik am Anthropozentrismus und Soziobiologie

Im Kontext der Ökologiedebatte ist auch das herkömmliche Verständnis vom Menschen, der sich die Erde untertan macht, hinterfragt worden. Die Kritik am anthropozentrischen Weltbild und die Anerkennung der Tatsache, daß der Mensch nur eine unter vielen Spezies sei, die die Erde bewohnen, gingen bisweilen seltsame Wege. So ist in ökobewegten Kreisen mitunter von »Bruder Igel« und »Schwester Linde« die Rede, die von der »Biomasse Mensch« bedroht würden.[15]
Manche UmweltschützerInnen begreifen sich als Anwälte der Natur und glauben, diese gegen den Aggressor »Mensch« in Schutz nehmen zu müssen. Dabei wird der Mensch in Gegensatz zur Natur gestellt und - unabhängig von sozialen Verhältnissen und individuellem Verhalten - als wandelndes Zerstörungspotential begriffen.[16] Seine Vermehrung, das Bevölkerungswachstum, gilt als unnatürlich und als Gefahr für die Natur; und so erscheint jeder Eingriff - auch der in den Körper von Frauen in den Ländern des Südens - gerechtfertigt, um diese Gefahr abzuwenden.
Von einer Vorstellung des Menschen als biologisch determiniertem Lebewesen gehen auch die SoziobiologInnen und VerhaltensforscherInnen aus, deren Erkenntnisse im Kontext der Überbevölkerungsdebatte eine neue Popularität erfahren haben. Aggressivität, Egoismus, Machtstreben und ein »ausbeuterischer Drang« gegenüber der Natur sind nach Ansicht des Verhaltensforschers und Konrad-Lorenz-Schülers Irenäus Eibl-Eibesfeldt ebenso angeboren wie das Bestreben, den »Fortpflanzungserfolg« zu maximieren. Ähnlich wie in der Populationsbiologie wird zur Untermauerung dieser These der Mensch mit allen möglichen anderen Lebewesen von der Graugans bis zur Bakterie gleichgesetzt. »Organismen«, so der Verhaltensforscher, »nutzen opportunistisch jede Chance, möglichst viele Nachkommen in die Welt zu setzen, und zwar ohne jede Voraussicht«.[17] Mit einer etwas anderen Begründung nähert sich die Soziobiologie so wieder an die Positionen von Malthus an: »Überbevölkerung« als Ausdruck eines ehernen Naturgesetzes entwickelt sich quasi von allein, es sei denn, dem menschlichen Trieb wird Einhalt geboten. Was zunächst noch als purer Biologismus erscheint, geht im Fall des Biologen Eibl-Eibesfeldt auch in offenkundigen Rassismus über, wenn vom Geburtenrückgang in Europa die Rede ist. Dieser wird nicht als Linderung des zuvor rein biologisch begründeten Bevölkerungsproblems begrüßt, sondern als erster Schritt zum Aussterben eines Volkes gefürchtet. Mögliche positive Auswirkungen sinkender Geburtenraten werden laut Eibl-Eibesfeldt von einer »völlig irrationalen Einwanderungspolitik zunichte gemacht«, die zudem die Gefahr »massiver biologischer Unterwanderung« mit sich bringe.[18]

Susanne Heim und Ulrike Schaz: Berechnung und Beschwörung: Überbevölkerung - Kritik einer Debatte Berlin; Göttingen: Verlag der Buchläden Schwarze Risse / Rote Strasse 1996; 248 Seiten, 29.80 DM
ISBN 3-924737-33-9

1 *Mechthild Oechsle, Der ökologische Naturalismus, Frankfurt am Main/New York 1988, S. 37, zit. nach: Cornelia Schlebusch, Bevölkerungspolitik als Entwicklungsstrategie. Historisches und Aktuelles zu einem fragwürdigen Argument, Frankfurt am Main 1994, S.49.*
2 *Herwig Birg, Der Konflikt zwischen Spaceship Ethics und Lifeboat Ethics in Bevölkerungstheorie und Humanökologie, in: TU Berlin International Nr. 16 17 Juli 1992, S.14.*
3 *Paul Ehrlich Anne Ehrlich, Bevölkerungswachstum und Umweltkrise, Frankfurt 1972, S.428f. zitiert nach: H. M. Enzensberger, Kritik der politischen Ökologie, in: Kursbuch 33, Berlin, 1973 S.30*
4 *Ehrlich, Bevölkerungsbombe, S.31.*
5 *Eine derartige Position vertritt Gunnar Heinsohn. Sein gemeinsam mit Otto Steiger verfaßtes Buch »Die Vernichtung*

der weisen Frauen« (Herbstein 1985) gehörte jahrelang zu den in der Frauenbewegung meistdiskutierten Büchern zur »Bevölkerungsfrage«. Heute ist Heinsohn »Genozid-Forscher« an der Universität Bremen. Die Warnungen vor ökologischen Katastrophen haben seiner Ansicht nach lediglich die Funktion, in der Ersten Welt eine »Genozidtoleranz« zu schaffen, damit nach den »mächtigen Megatötungsbewegungen des Marxismus und des Faschismus/Nationalsozialismus« nunmehr »grüne Todesschwadrone« in einem »Ökokrieg« erneut einen Völkermord, diesmal in der »Dritten Welt«, begehen könnten. Heinsohn selbst hält zwar das Weltbevölkerungswachstum auch für gefährlich, jedoch nicht weil Öko-Katastrophen, sondern weil Migrationen, Bürgerkriege und Völkermorde zu befürchten seien. Vgl. Gunnar Heinsohn, »Die mit den besten Waffen werden überleben«? Ökorealismus gegen globale Untergangsszenarien. Vortrag an der Universität Stuttgart am 21.6.1995. Für die Überlassung des Manuskripts danken wir Ingrid Augenstein.

6 Vgl. Enzensberger, Kritik der politischen Ökologie, S. 20.

7 Ebenda, S. 8.

8 Die Initiative trägt die Wir-sitzen-alle-in-einem-Boot-Ideologie schon im Namen: Making Common Cause. Etwa 100 Gruppen und Organisationen, von Friends of the Earth und World Wildlife Fund über den Pathfinder Fund, das Population Crisis Committee (heute Population Action International) und das World Women in Defense of the Environment bis hin zur Umweltabteilung der Weltbank gehören dem Bündnis an. Vgl. Ute Sprenger, Wer hat Angst vor schwarzen Frauen? Internationale Zusammenarbeit an der neuen Familienplanungsfront in Afrika, in: AK (Analyse und Kritik, vormals »Arbeiterkampf«) Nr. 315, 5.2.1990. Ein anderes Beispiel, wie die »Bevölkerungsfrage« mit der Umweltkrise verknüpft und mittels massiver Lobby-Arbeit und -Gelder ins öffentliche Bewußtsein gehämmert wird, stellt Betsy Hartmann vor: Reproductive Rights and Wrongs. The Global Politics of Population Control, New York 1992 S.148-151.

9 Zur Kritik des Berichts sowie zur Zusammensetzung des Club of Rome siehe: Schlebusch, S. 50-55, sowie Christian Glaß, Bevölkerungswachstum als Katastrophe. Die ideologische Kontinuität der demographischen und ökologischen Diskussion, Frankfurt/ New York, 1978, S.87-133.

10 Zitiert nach: Schlebusch, S.58.

11 In bezug auf Deutschland vgl. die Studie, die das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH im Auftrag von BUND und Misereor erstellt hat: Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Kurzfassung 1995 (vgl. diese ZAG S. 27). Zur Kritik daran: Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), »Zukunftsfähiges Deutschland« - ein Technokratenmärchen, in: Schwarzer Faden. Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit, 16 (1995), Nr. 56, S.5-14. An einer Kritik aus feministischer Sicht arbeitet die AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung.

12 Vgl. Serge Latouche, Lebensstandard, in: Wolfgang Sachs (Hg.), Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik, Reinbek 1993, S.195-217, insbesondere, S.199. Zur Fragwürdigkeit des Konzepts »Entwicklung« vgl. auch Gabriela Simon, Wenn Deutschland ein Entwicklungsland wäre, in: Die Zeit vom 28.5.1993.

13 Vgl. Glaß, S.21.

14 Das Raumschiff Erde retten, in: FAZ vom 22.7.1995. Der FAZ-Leser war nicht der erste, der auf diese Idee gekommen ist. Bereits zwanzig Jahre vorher hatte die »Wirtschaftswoche« einen Vorschlag zur personellen Besetzung einer solchen Weltregierung veröffentlicht, in der neben Henry Ford II die damaligen Chefs von Siemens, ITT, der First National City Bank und des Nestlé-Konzerns vertreten sein sollten. Vgl. Glaß, S.75.

15 Ursula Pattberg, Mitarbeiterin von Terre des Hommes, berichtete auf der Fachtagung »Bevölkerungsentwicklung und Umwelt« der Aktionsgemeinschaft solidarische Welt im März 1992 über eine Diskussion mit Öko-Engagierten, in der derartig familiäre Bezeichnungen für Tiere und Pflanzen, für den Menschen dagegen der technokratische Begriff »Biomasse« verwendet wurden.

16 Vgl. Donald Fleming, Wurzeln der New Conservation-Bewegung, in: Rolf Peter Sieferle (Hg.), Fortschritte und Naturzerstörung, Frankfurt am Main 1988, S.216-306.

17 Irenäus Eibl-Eibesfeldt, Der Mensch. Das riskierte Wesen, München 1994, S.37, zitiert nach: Hummel, S.107.

18 Zur kritischen Auseinandersetzung mit Eibl-Eibesfeldt sowie zur Kontinuität rassistischer Denkmuster in Anthropologie und Verhaltensforschung siehe: Irmgard Pinn, Michael Nebelung, Das Menschenbild der Bevölkerungstheorie und Bevölkerungspolitik. Deutsche Traditionslinien vom »klassischen« Rassismus bis zur Gegenwart, in: Peripherie Nr. 37 (1989), S. 21-50, insbesondere S.32f. Und: Irmgard Pinn, Rassismus und Bevölkerungspolitik, in: Forum Wissenschaft 3/1992, S.12-16.

Ganzheitlich leben mit Rudi



Eine deutsche Variante des Bioregionalismus bietet Rudolf Bahro. Sein großes Ziel, die Verhinderung des Untergangs von »Mutter Erde«, ist für ihn nur dann möglich, wenn die Gesellschaft auf einer höheren Bewußtseinsebene zurück zur Natur, zurück zu *»biologischen Ganzheiten wie Horde oder Stamm«* findet. Das hört sich erstmal ziemlich irre an, aber zur Zeit kann nichts irre genug sein, um nicht doch Resonanz zu finden. Und Resonanz hat und hatte Bahro genug. Schon in den 70ern wurde Bahro vor allem als Autor von »Die Alternative« bekannt, einer Kritik am real existierenden Sozialismus. Bahro, zu dieser Zeit SED-Funktionär, stellt darin seine gesellschaftlichen und ökonomischen Zukunftsvisionen vor. Schon dort argumentiert er, zwar nicht so deutlich wie in seinen späteren Büchern, mit ganzheitlich und spirituell eingefärbten biologistischen Begriffen. So äußert sich Bahro zu seinem Gesellschaftsbild:

»Jedes komplexere lebendige System bildet ein Gehirn heraus, das über seine Gesamtfunktion wacht. Technisch und informationell sind auch die gesellschaftlichen Arbeitsfunktionen einander notwendig subordiniert.«[1]

Für Bahro kommt es darauf an, diese Hierarchien *»von unten und oben zugleich gesellschaftlich zu durchdringen«*. Das »genossenschaftlich-egalitäre« Konzept verwirft er, da dieses am »Standpunkt der Subalternität« festhält; auch das Rätesystem hält er für unfähig, »wirklich die Nation zu organisieren«. Bahro fordert eine »Kulturrevolution«, die auf der »menschlichen Natur« basiert, denn *»wir haben zum ersten Mal in der Geschichte wirklich massenhaft ›überschüssiges Bewußtsein‹, nämlich energische psychische Kapazität, die nicht mehr von den unmittelbaren Notwendigkeiten und Gefahren der menschlichen Existenz absorbiert wird (...)«*.

Verzicht und Einkehr zur Rettung der Welt

Bahros Konzept einer individuellen Transformation von Bewußtsein, einer Suche nach einer »anderen inneren Verfassung und Lebensform, die im wesentlichen auf Selbstbegrenzung« ausgelegt ist, steht in bester Tradition. Durchweg alle esoterischen und lebensreformerischen Strömungen der letzten hundert Jahre haben die Nabelschau als Weg zur Erlösung der Welt gepredigt; ob nun wie in den 20ern von der »Ich-Werdung des Menschen« geredet wird, oder wie beim ehemaligen Ökonomen Bahro von einer »Überproduktion von Bewußtsein« bleibt sich gleich, jede Zeit hat die ihr eigene Phraseologie. Doch Bahro will mehr. *»Es gilt, die objektiven Bedingungen dafür zu schaffen, daß es Menschen vorziehen können, zu wissen und zu sein, statt zu besitzen«*, zitiert Bahro den Jesuiten Teilhard de Chardin, der schon die Nationalsozialisten inspirierte und ergänzt mit Zitaten des amerikanischen Romantikers Henry Thoreau:

»Fast jeder Luxus und viele sogenannte Annehmlichkeiten des Lebens sind nicht nur entbehrlich, sondern hindern tatsächlich den Aufstieg der Menschheit – Niemand kann unparteiisch und weise das menschliche Leben betrachten, der nicht die günstige Voraussetzung hat, die wir freiwillige Armut nennen müssen. – Ein Mensch ist um so reicher, je mehr Dinge zu entbehren er sich leisten kann.«

Alles klar. Ein besseres Leben, ein höherer Lebensstandard, weniger Arbeit, mehr Lohn, eine bessere Wohnung – all dies verhindert nur den »Aufstieg der Menschheit« zu »Wissenden« und »Seienden«. Gebt dem Kapitalisten Sekt, her mit der Selters. Oder, im Bahro-Jargon: Durch diese »Reise nach Innen« soll »die Aufhebung des Privateigentums als Versöhnung von Kultur und Natur« erreicht werden. Im wissenden Ist-Zustand macht sich Bahro dann noch die beliebten Sorgen um »Mutter Erde«. In bioregionalistischer Manier schlägt er eine Gesellschaft regional begrenzter, spirituell-völkisch begründeter Stämme vor, die in weitgehender regionaler Selbstversorgung in den Grundbedürfnissen leben, um *»den Druck von Bevölkerungskonzentration und Massentransport auf die Biosphäre zu begrenzen.«*[2] Da ein solch selbstbegrenztes Leben manchmal doch sehr hart und grausam sein kann, hält Bahro eine gemeinsame spirituelle Praxis für wichtig, *»um sich regelmäßig an den Existenzgrund zu erinnern«*. Ein Konzept, das nur nach dem Geschmack der Herrschenden sein kann, mit in »Selbstbegrenzung« naturnah lebenden Untertanen läßt sich das Herrschaftsverhältnis leicht aufrechterhalten, der Sozialabbau kann dann nicht schnell ge-

nug kommen; Armut ist doch der Weg zum ›Wissen‹ und zum ›Sein‹. Im Zeitalter des Toyotismus ist nichts unmööglich: Mittlerweile gibts mitten in Sachsen den ersten Stamm nach Bahros Strickmuster.

Mit dem spirituellen Erbe des Nationalsozialismus zum natürlichen Leben heute

Nach seiner Ausweisung in die BRD, zwischenzeitlichen Intermezzi bei den Grünen und bei Bhagwan, widmet sich Bahro fortan dem Aufbau »ökospiritueller Kommunen und Klöster«, von denen »umwälzender Einfluß auf das allgemeine Bewußtsein der Gesellschaft« ausgehen sollte. In seinem eigenen Kloster in der Eifel, »Lernwerkstatt« genannt, beginnt Bahro, das »allgemeine Bewußtsein der Gesellschaft umzuwälzen«. Er agitiert gegen die jüdisch-christliche Religion, »die die ökologische Krise mit hervorgerufen habe« und startet den Versuch, den historischen Faschismus spirituell zu rehabilitieren – mit Erfolg! Bahros Forderung nach einem »aus der Volkstiefe rufenden grünen Adolf«, der allein die »ökologische Krise« lösen kann und seine antisemitischen Angriffe auf die »jüdisch-christliche Religion«[3], ernten ebensowenig Widerspruch wie Klosterbruder Rainer Langhans auf seine Äußerungen in einem Interview der alternativen »tageszeitung«. Der Faschismus *»sei eine fehlgeschlagene Gottsuche«* und man müsse *»die spirituelle Mission des Faschismus, den Aufstand gegen den Materialismus«* betrachten.[4] In seinen auf »Die Alternative« folgenden Büchern zeigt sich Bahro offen als ein pantheistischer, ganzheitlicher Esoteriker. Die »Natur« wird mit »Gottheit« gleichgesetzt, bestehende »natürliche« Hierarchien sind »göttlich« und nicht zu hinterfragen. Bahro bekennt sich zum »spirituellen Erbe« des Nationalsozialismus. Das Endergebnis dieser »Spiritualität«, die Vernichtung der europäischen Juden und die Ermordung von Millionen anderer Menschen im Zweiten Weltkrieg, wird von Bahro ignoriert. In seinen Büchern bezieht er sich ausführlich auf jene Vertreter der völkischen Alternativszene (damals hieß das noch Lebensreformbewegung), die durch die »Gnade des frühen Todes« zwar nicht durch den Nationalsozialismus »belastet« sind, zu diesem jedoch ihren Teil beigetragen haben. Aber auch bei Altnazis wie Sigrid Hunke, Julius Evola und anderen hat Bahro keine Hemmungen, sich deren Ideologien zu bedienen, um daraus seine eigene zu basteln.[5] Dies vertritt Bahro bewußt, in »Die Logik der Rettung« schreibt er: *»Eine ökologische Wende ist ganz unmöglich ohne das Moment einer konservativen Revolution.«*

Bahro benutzt die bei Esoterikern übliche ganzheitliche, organizistische Terminologie. Die Natur erklärt er als eine personifizierte Ganzheit, die als Ganzheit mehr ist als die Summe der Einzelteile. Auf diese Weise leitet er einen »Volkscharakter« aus der Ganzheit »Volk« ab. Durch das Bild des Körpers, des Organismus, des Organischen wird eine bestehende Hierarchie festgeschrieben. In der Ganzheit »Organismus« gibt es verschiedene Funktionen, die alle zu einem imaginären Höheren zusammenführen. Wenn man dies, wie Bahro es tut, auf eine Gesellschaft bezieht, arbeitet jeder Mensch egal an welcher Position einem Höheren Ganzen zu. Und um es mit Bahros Organmetaphorik zu sagen: Meines Wissens hat noch nie der Kopf mit dem Arsch die Aufgaben getauscht. Mit diesem Naturbild betreibt Bahro offen faschistische, autoritäre Propaganda, die Gesellschaft soll »natürlichen« Regeln unterliegen, das Individuum soll sich »natürlich« unterordnen oder »natürlich« herrschen, es wird »natürlich« gelebt (»natürlich« in Europa) und verhungert (»natürlich« im Trikont), die Rolle der Frau ist – natürlich »natürlich«. Bahro nennt dies »die archaische Richtigkeit der Verhältnisse«.[6]

Vorlesungsreihen als rechtspropagandistisches Forum

Nach dem Anschluß der DDR hat sich Bahro auf die Missionsarbeit in den Anschlußgebieten gestürzt. Hier hat er noch den Dissidentenbonus und seit dem Wintersemester 90/91 die Möglichkeit als Professor am neugegründeten »Institut für Sozialökologie« der Berliner Humboldt-Universität, das gesellschaftliche Bewußtsein der Gesellschaft umzuwälzen. Die Referenten und Referentinnen seiner sozialökologischen Vorlesungsreihen repräsentieren einen Querschnitt aus der ökofaschistischen, faschistischen und alternativ-esoterischen Szene. Hier finden Antisemiten wie Johan Galtung (der es mit Thesen wie: das Raketenabwehrsystem SDI sei eine Erfindung des Weltjudentums zur Ausrottung aller Nichtjuden, immerhin zu einer Honorarprofessur an der Freien Universität Berlin geschafft hat), der Schweizer Volkswirtschaftler und Anhänger der Freiwirtschaftstheorie Silvio Gesell, Hans Christoph Binswanger, der atomkraftbefürwortende Kieler Physikprofessor Wolfgang Deppert, von der Altnazisekte »Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft« und andere Gestalten ähnlichen Kalibers ein Forum zur Verbreitung ihrer Ideen.

Von der Linken in der ehemaligen BRD wird Bahro eher belächelt und als Spinner abgetan. In der ehemaligen DDR, dort lebt er noch von seinem Ruf als Sozialismuskritiker, sieht Bahro eher ein Potential für seine Ideen. Die DDR-Bewohner seien »vielfach wärmer und weniger pointiert egozentrisch« und so für seine »sozialen Experimente« eher geeignet als die egomanischen Wessis.

Unabhängig von Ostspezifika existiert gesamtgesellschaftlich eine diffuse ›Kritik‹ an der herrschenden Lebensform. Diese verschwommene Zivilisationskritik bedient Bahro mit einfachen, individualisierten Antworten. Hier gilt es für die Linke sich solchen »Bewußtseinsrevolutionören« argumentativ entgegenzustellen.

Andreas Lindhauer (ZAG Redaktion)

1 *Alle folgenden Zitate stammen, wenn nicht anders angegeben, aus Bahro: Die Alternative, Köln Frankfurt M. 1977*

2 *Bahro: Über kommunitäre Subsistenzwirtschaft…. Aufsatz in Bauwelt 1992 Heft 43*

3 *»Die deutschen Linken und die nationale Frage oder Unsere Ölinteressen am Golf«. Gespräch mit Rudolf Bahro in Streitschrift zur Erneuerung der Politik Heft 3 90*

4 *Es gibt nichts zu tun, packen wirs an! Die fehlgeschlagene Gottsuche der Nazis und der heillose Antifaschismus der Linken. Ein Gespräch mit Rainer Langhans in taz vom 12.04.89, S.11 ff.*

5 *Für alle, die zu Evola, Hunke und Co. ausführlicher nachlesen wollen, können das bei Peter Kratz tun Die Götter des New Age. Elefantenpress 1994 siehe Besprechung in ZAG 12*

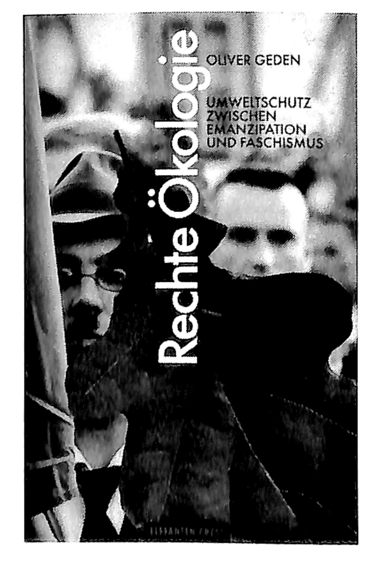
6 *alles zitiert nach Bahro, Rudolf Logik der Rettung, Stuttgart 1987*

»Rechte Ökologie« – Eine Buchrezension

Bei Elefantenpress ist ein Buch erschienen mit dem Titel »Rechte Ökologie – Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus«. Oliver Geden beleuchtet darin die hundertjährige Geschichte von Umweltbewegungen und Ökologie, zieht Parallelen von anno dunnemals bis heute und räumt gründlich mit dem Irrtum auf, die Themen Ökologie und Umwelt wären von den Linken gepachtet. In diesem Sinne gibt es zehn Gründe, warum dieses Buch lesenwert ist.

- Das Buch paßt sowohl für Sonnentage als auch für verregnete Wochenenden. Die übliche Mühsal bei der Lektüre inhaltsschwerer Schwarten entfällt.
- Es eignet sich auch für Flugreisen: 300 Gramm bzw. 252 Seiten für 29,90 DM.
- Oliver Geden regt die Auseinandersetzung mit den konservativen Elementen der Ökologiebewegung an – entgegen dem Mainstream, denn *gerade die jüngere Generation der Umweltaktivisten, und mit ihr auch die bundesrepublikanische Öffentlichkeit, hält den Gedanken rechter Ökologiekonzeptionen ohnehin für reichlich absurd, denn seit dem Bestehen der Partei Die Grünen gilt Umweltschutz in Deutschland gemeinhin als klassisches Thema der Linken. Ein Diskussionsbedarf wird deshalb innerhalb der Umweltbewegung bis heute kaum gesehen.* (S. 7, 8) Es wird allgemein davon ausgegangen, daß es *neben einem linken und emanzipatorischen Ökologieverständnis allenfalls noch eine unpolitische Deutung ökologischer Zusammenhänge* gibt.(S. 10)
- Damit die LeserInnen fürderhin die rechtskonservativen Traditionsbestände des ökologischen Denkens erkennen, vermittelt das Buch einen Überblick über die Geschichte der wissenschaftlichen und der politischen Ökologie. Die Geschichte der wissenschaftlichen Ökologie beginnt übrigens 1866 mit der erstmaligen Definition durch Ernst Haeckel (Wissenschaft von den Beziehungen des Organismus zur umgebenden Außenwelt). Die Anfänge der politischen Ökologie liegen in der Jahrhundertwende und richten sich gegen die negativen Auswirkungen der Industrialisierung. Der Bund Heimatschutz forderte zum Beispiel neben der Denkmalpflege auch den Schutz der Sitten, Gebräuche, Feste und Trachten. (S.14, 21)
- »Rechte Ökologie« können Anfänger und Fortgeschrittene lesen. Die AnfängerInnen profitieren von der Einführung in die Ideologie der neuen Rechten und sind dadurch in der Lage, den rechtsintellektuellen Kontext der aktuellen Rechtsökologie einzuschätzen. Die Fortgeschrittenen überspringen dieses Kapitel und vertiefen sich gleich in die Darstellung der rechtsökologischen Praxis, in der sechs Organisationen genauer unter die Lupe genommen werden.
- Das Buch bringt Ordnung ins Durcheinander rechter Standpunkte. Als da sind: Bevölkerungspolitik, Ökodiktatur, Lebensschutz, Entfremdung und Ausländer als ökologisches Problem.
- »Rechte Ökologie« eignet sich zum Durchlesen und Nachschlagen. Das Kapitel zur Anthroposophie verleiht zum Beispiel Argumente gegen diejenigen Mitmenschen, deren Herz bisher beim Anblick von in pastellfarbenen Kitteln herumhüpfenden Kindern warm für die Walddorfschulen schlug. Oliver Geden zeigt uns jedoch die andere Seite der Anthroposophie, indem er die Rassentheorien Rudolf Steiner darstellt – und zwar in geradezu elegischer Breite, so daß die Anthroposophen-Fans diese nicht als einmaligen und unwesentlichen Ausrutscher ihres Genies Rudolf Steiners abtun können. Rudolf Steiner (1861-1925) erfand nämlich nicht nur die biologisch-dynamische Gemüseanbauweise, sondern auch die Wurzelrassenlehre. Demnach ist die europäische Rasse natürlich die hochwertigste Rasse, die anderen Rassen sind minderwertig – besonders die afrikanische Rasse wegen ihrer schwarzen Haut. ›*Diese Schwarzen in Afrika haben die Eigentümlichkeit, daß sie alles Licht und alle Wärme vom Weltraum aufsaugen.(...) Daher ist beim Neger namentlich alles das, was mit dem Körper und dem Stoffwechsel zusammenhängt, lebhaft ausgebildet. Er hat, wie man sagt, ein starkes Triebleben, Instinktleben.*‹ (S. 127)
- Es geht aber auch um andere Gruppen. So werden beispielsweise bedenkliche Entwicklungen im BUND und die Verwirrungen in der rechtsökologischen Parteienlandschaft um Herbert Gruhl aufgezeigt.
- Ein umfangreiches Register enthebt die LeserInnen von der mühsamen Aufgabe, sich bei der Lektüre sogleich alles sorgsam einzuprägen. So kann man zum Beispiel im Personenregister beim Report-Frontmann Franz Alt nachschlagen und nachlesen, daß er in der ÖDP-Parteizeitung einen wohlwollenden Artikel zum 70. Geburtstag von Herbert Gruhl veröffentlicht hat. (S. 93) Unter Bayernpartei findet man im Sachregister den Hinweis auf Seite 91, wo es um die Bündnispolitik der UÖD (Unabhängige Ökologen Deutschlands) geht, die Kontakte sowohl zum rechtsextremen Lager (Junge Freiheit, Republikaner) wie auch zu regionalistischen Gruppierungen (Bayernpartei, Fränkischer Bund) pflegt.
- Das Buch eignet sich zum Hereinschnuppern in die rechte Ökologie ebenso wie es für andere absolut sättigend wirken wird, die danach erstmal nichts mehr von europäisch-pantheistischer Naturreligiösität und Eugenik hören wollen. Wer mehr zum Thema wissen will, schlägt im überreichlichen Literaturverzeichnis von »Rechte Ökologie« nach.

Heidje Beutel



Rechte Ökologie – Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus, Oliver Geden, Elefantenpress, Antifa Edition, 1996, 252 Seiten, 29,90 DM



Foto: Mathis Beutel

Der Norden soll sich nur daran beteiligen, wenn er gefragt wird

Partnerschaft zwischen Süd und Nord durch gegenseitiges Verstehen

Simba Muzuva und Mostead Venge gehören zum Natural Farming Network aus Simbabwe (Südafrika). Das Natural Farming Network ist eine NichtRegierungsOrganisation, die sich für nachhaltige Landwirtschaft einsetzt. Der Verzicht auf Düngemittel hat hier allerdings keinen Naturkost-Vollwert-Hintergrund. Er soll in erster Linie dazu führen, daß die Bauern nicht die Kosten für chemische Düngung aufbringen müssen. Simba Muzuva und Mostead Venge besuchten Berlin im Rahmen eines Projektbesuchs des Weltfriedensdienstes.

ZAG: In der Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« wird die Partnerschaft zwischen dem Norden und dem Süden angesprochen. Durch diese Partnerschaft soll der ökologische Kollaps der Erde verhindert werden. Was sind Ihre Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit dem Norden?

Muzuva: Es geht darum, die Probleme der beiden Partner zu verstehen. Die Partner im Norden müssen die Probleme der Partner im Süden verstehen. Und das bedeutet auch, daß die Partner im Süden die Probleme der Partner im Norden verstehen müssen, bevor irgendwelche Vereinbarungen gemacht werden.

Es läuft aber so, daß man ausführliche und lange Anträge schreiben muß, um vom Norden akzeptiert zu werden. Es ist von Anfang an einseitig. Der Norden wählt aus, mit wem er in Partnerschaft treten möchte, sie haben ihre eigenen Kriterien für ihre Wahl, die nichts mit den Kriterien des Südens zu tun haben. Sie wählen zum Beispiel eine Organisation aus, weil sie mit alten Frauen arbeitet. Damit ist der Süden nicht einverstanden. Wenn der Süden eine Partnerschaft mit dem Norden will, sollte es der Süden sein, der die Verhältnisse bestimmt, weil der Süden der benachteiligte Partner ist.

Beispielsweise kommen mitten in Simbabwe Bauern zusammen und wollen ein Infrastrukturzentrum mit Alphabetisierungskursen für Erwachsene und Ausbildungsmöglichkeiten für Bauern. Diese Community versteht, was sie tun wollen und warum sie es tun. Sie sammeln alles und schreiben einen Projektantrag. In Deutschland lesen es die Leute zum Beispiel im Büro der GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit). Sie analysieren den Vorschlag, sie haben aber keine Ahnung von dem Szenario in Afrika und können nicht direkt mit uns kommunizieren. Die Entscheidungen werden also im Norden aufgrund einer Funktion und nicht aus einer richtigen Erfahrung mit dem Leben im Süden gemacht. Deswegen schlagen wir ein gegenseitiges Verstehen vor.

Der Norden tritt lediglich als Finanzier auf, aber der Süden muß sich um das persönliche Überleben kümmern. Das sind zwei verschiedene Ebenen. Die Ebene des Nordens ist die Perfektion, das Leben besser zu machen. Für den Süden sind es die grundlegenden Dinge, die Frage, wie werden wir überleben. Es werden also Brot, Kartoffeln gebraucht - irgendetwas, um gegen den Hunger vorzugehen. Das ist der Unterschied in der Technologie. Bei dem Aufholen des Fortschritts sollten wir das Tempo haben dürfen, das auch der Norden bei der Entwicklung hatte. Wenn wir versuchen, Stufen zu überspringen, führt es zu mehr Durcheinander.

Welche Vorschläge haben Sie denn, wie die Probleme des Nordens gelöst werden sollten?
Muzuva: Ich kann dem Norden nicht sagen, wie sie ihre eigenen Probleme lösen sollen, weil wir aus dem Süden sind. So wie der Norden nicht sagen kann, wie wir unsere Probleme lösen sollen, weil sie aus dem Norden sind. Der Norden soll seine eigenen Probleme lösen, weil sie so viele haben. Der Norden soll sich nur daran beteiligen, wenn er gefragt wird.

Simba Muzuva, Sie sagten einmal, daß »Ökologie« das gemeinsame Thema zwischen Nord und Süd sein könnte. Wie soll das funktionieren angesichts der unterschiedlichen Interessenlage?
Muzuva: Die Umweltprobleme des Nordens sind vollkommen unterschiedlich von den Umweltproblemen des Südens. Es ist aufgezwungen, wenn der Norden mit seinen Meinungen über Umwelt zum Süden kommt und den Organisationen im Süden vorschlägt, dies und jenes zu machen, um dieses oder jenes Geld zu bekommen. Das hat nichts mit der realen Entwicklung im Süden zu tun. Ihr Verständnis von Umwelt ist vollkommen unterschiedlich. Sie reden von Emmissionen, von Technologien, Flugzeugen, Nuklearenergie. Da sind wir noch nicht angekommen.Wir brauchen es auch nicht. Das Verbindende ist also die Umwelt, aber nicht die Umweltthemen. Wir reden über Bodenerosion, Vermindern des Chemikalienimports etc.
Venge: Es gibt immer Modeprobleme, jetzt ist es die Umwelt. Vor einiger Zeit war es »Bevölkerung«. Ich glaube nicht, daß es ein Bevölkerungsproblem gibt. Die Größe von Simbabwe ist ähnlich wie die von Deutschland. In der BRD gibt es 81 Millionen Einwohner und in Simbabwe 10 Millionen; in New York leben allein 16 Millionen Einwohner. Dewegen glaube ich auch nicht, daß wir die gleichen Probleme haben.

Weil Ihr Network gut organisiert ist, können Sie sich aussuchen, mit wem sie zusammenarbeiten wollen. Warum haben Sie sich für den Weltfriedensdienst entschieden?
Muzuwa: Die Situation hier ermöglicht es uns, als ein Netzwerk die beiden Ebenen zu verstehen. Laß uns sagen, wir sind in der Mitte zwischen Süden und Norden. Wir verstehen den Süden, weil wir dort leben. Wir verstehen den Norden, weil wir interagieren auf einem intellektuellen Niveau. Wir sind eine Brücke, wenn man es so nennen will. Deswegen ist es für uns einfacher, die beiden Seiten auszubilden. Wir bilden den Süden aus im nördlichen Denken, und den Norden über das südliche Denken.

Wir haben seit vier Jahren Kontakt mit dem WFD (Weltfriedensdienst) - das ist Dialog. Langsam. Dieser Dialog ist das Ergebnis davon, daß wir hier sind. Wir geben mehr Informationen, weil sie direkt von uns kommen und nicht von jemandem, der uns repräsentiert. Wenn wir zurückkommen, treffen wir in Simbabwe viele Menschen und erzählen, was in Deutschland los war. Wir haben viele Fragen, die bei dem entstehen, was wir hier in Deutschland erleben. Wir gehen zurück und denken darüber nach, was diese Leute hier erzählt haben und haben viele Fragen.
Es gibt viele Informationslücken, wenn diese Lücken gefüllt werden, weißt Du, was Dialog ist. Ein Dialog nicht nur zwischen Süd und Nord, auch innerhalb des Südens. Die Organisationen kennen sich auch nicht. Sie müssen ein Strategie ausarbeiten, um Menschen zu helfen und zusammenzuarbeiten. Es muß Plattformen geben und Verbindungen, die ähnliche Interessen haben.



Das Interview führten
Heidje Beutel und Irmgard Geyer

Nachhaltigkeit

Der Begriff der Nachhaltigkeit kommt ursprünglich aus der Holzwirtschaft. Seit dem Brundlandbericht in den 80er Jahren hat er eine aktuelle Brisanz in den internationalen Diskussionen erlangt und ist seitdem zu einem Schlagwort geworden, unter dem sehr viele Menschen bisweilen etwas sehr unterschiedliches verstehen. Mit Nachhaltigkeit ist gemeint, daß man heute so wirtschaftet, lebt und die Grundlagen der jetzigen Generation so wenig belastet, daß auch zukünftige Generationen überleben können.

Marshallplan für den Norden – Morgenthau-Plan für den Süden

Internationalistische Kritik an der Wuppertaler Studie »Zukunftsfähiges Deutschland«

Im Oktober 1995 wurde die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland - ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung« der Öffentlichkeit vorgestellt. Diese Studie wurde im Auftrag von Misereor und BUND (Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland) durch das Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie erarbeitet. Nach einer Analyse des Ressourcenverbrauchs einzelner Wirtschaftssektoren wurde errechnet, daß Deutschland immer noch zu viel verbraucht und verschwendet. Gleichzeitig werden drastische Reduktionen eingefordert. Beispielsweise sollen die Schwefeldioxid-Emissionen bis zum Jahr 2005 um 87% gegenüber den Emissionswerten von 1980 reduziert werden.

Die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« wurde von der breiten Öffentlichkeit positiv aufgenommen, von entwicklungspolitischen Gruppen jedoch kritisiert. In der »Berliner Erklärung«, die von 20 entwicklungspolitischen, internationalistischen und Umwelt-Gruppen unterzeichnet wurde, heißt es unter anderem: »Die Studie wird ihrem eigenen Anspruch nicht gerecht. Die Aussagen zu den Nord-Süd-Beziehungen sind unzureichend, weil sie die gesellschaftspolitischen und ökonomischen Realitäten nicht benennen, die einem global gerechten, ökologischen Wandel entgegenwirken. Die gesellschaftlichen Widersprüche, d.h. unterschiedliche Interessenlagen, werden in der Studie nicht klar benannt oder bleiben ganz ausgeblendet.« Unter dem Oberbegriff der Ökologie werden verschiedenen Regionen unterschiedliche Rollen zugewiesen, wobei es wieder der industrialisierte Norden ist, der dem Rest der Welt erklärt, was er zu tun und zu lassen hat.

Zu den AutorInnen der »Berliner Erklärung« gehört auch das FDCL (Forschungs - und Dokumentationszentrum Chile/Lateinamerika), mit dessen Mitarbeiter Robert Große die ZAG Ende August in Berlin sprach.

ZAG: Was bedeutet der Begriff der Nachhaltigkeit für das FDCL?

Robert Große: Es ist natürlich überraschend, daß sich das FDCL, das sich seit 17 Jahren in der Internationalismusarbeit verortet, auf einmal mit dem Thema Nachhaltigkeit bzw. mit dem Themenfeld Umwelt und Entwicklung auseinandersetzt. Tatsächlich hat das FDCL in den letzten Jahren im Gespräch mit vielen anderen Gruppen festgestellt, daß es bei vielen Menschen, die sich seit Jahren mit der Nord-Süd-Arbeit auseinandersetzen, ein Bedürfnis gibt, stärker das Themenfeld Umwelt und Entwicklung zu bearbeiten. Es gibt dazu zwei Gründe: Einmal sehen wir, daß die ökologischen Lebensgrundlagen sowohl im Norden als auch bei unseren Partnerinnen und Partnern im Süden bedroht sind. Und zum zweiten gibt es eine aktuelle Debatte, vorwiegend getragen von Menschen, die in der Ökologiebewegung aktiv sind, die gerade sehr dominant ist, und wo wir uns zur Aufgabe gestellt haben, unsere ureigentlichen Themen - also die soziale Frage und die Demokratiefrage - einzuarbeiten, da dies - nach unserer Einschätzung - bisher hinten runterfällt.

Ökologie – der Begriff wird ja oft recht zweifelhaft gebraucht. Er unterscheidet sich oft nicht von rechter Ideologie. Wie geht Ihr damit um?

Ökologie ist ein großer Begriff, und auch Nachhaltigkeit ist ein großer Begriff geworden. Sie sind beide zu Container-Begriffen verkommen. Das heißt: Jeder packt in diesen Begriff rein, was er darunter versteht. Es ist tatsächlich so, daß aus allen ideologischen und politischen Strömungen diese Begrifflichkeiten benutzt werden, ohne daß eine genauere Definition stattfindet. Vor diesem Problem stehen wir gerade, weil tatsächlich viele Traditionen der Ökologiebewegung aus einem Ökologieverständnis herauswachsen, mit dem wir überhaupt nichts anfangen können. Aus diesem Grund sind wir bemüht, ein eigenes Verständnis zu erarbeiten, bestehende Unterschiede herauszuarbeiten und sie zu benennen, aber auch um Berührungsängste und Mißverständnisse zwischen »Öko-« und »Soliszene« abzubauen.

Was sind die Kernpunkte gemäß Eurem eigenen Verständnis?

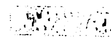
Die grundlegende Frage ist, daß wir die Umweltdebatte nicht von der Wirtschaftsdebatte, die wir in den letzten Jahren geführt haben, entkoppeln können. Das heißt: Sie muß sowohl in eine Wirtschaftskritik als auch in eine Rassismuskritik und Patriarchatskritik eingebunden werden.

Bei der Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« werden ja sehr große Ziele genannt, was die Reduktion des Verbrauchs fossiler Ressourcen betrifft. Um diese Ziele durchzusetzen, ist die globale Zusammenarbeit gefragt: Man soll voneinander lernen. Dabei ist vor allem die Gefahr sehr groß, daß der Norden die globale Zusammenarbeit mißbraucht und seine Interessen durchdrückt. Was haltet Ihr davon?

Das Positive an der Studie ist, daß sie mit diesen Reduktionsszenarien deutlich darauf hinweist, daß der »Crashkurs«, auf dem wir uns alle befinden, gestoppt werden muß. Die aufgeführten quantitativen Ergebnisse sind in ihrer Dramatik durchaus deutlich und fordern im Grunde zu radikalem Denken und Handeln auf. Das Problem ist jedoch die Umsetzungsstrategie, die empfohlen wird. Die VerfasserInnen der Studie und die Auftraggeber entschärfen die Brisanz ihrer eigenen Ergebnisse, indem sie reale gesellschaftliche Widersprüche auf nationaler und globaler Ebene ausblenden und letztlich ahistorisch argumentieren. Ihr großes Dilemma ist, daß sie auf eine marktwirtschaftliche Dynamik als Hauptinstrument der Ökologisierung der Gesellschaft und der Wirtschaft setzen, obwohl hier der Motor für den globalen Wachstumswahnsinn liegt.

Wie ist die Wirkung der Wuppertaler Studie bis jetzt gewesen? Gibt es seit der Veröffentlichung vor einem Jahr Ergebnisse?

Es gab in der Bundesrepublik etliche Foren und Veranstaltungen, sowohl vom BUND als auch von MISEREOR und dem Wuppertaler Institut selbst. Wir haben aber den Eindruck, daß die Kritik, wie sie etwa in der »Berliner Erklärung« oder vom Bundeskongreß ent



wicklungspolitischer Aktionsgruppen« (BUKO) formuliert wurde, nicht aufgenommen wurde. Es schien in der Planung der Kampagne wichtiger zu sein, sich als seriöse Ansprechpartner für Politik und Wirtschaft zu profilieren, als die politische Auseinandersetzung mit den KritikerInnen zu suchen.

Die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« geht zu sehr von der Perspektive des Nordens aus, sagt Ihr. Wobei der Norden der Welt sein Heilmittel aufdrückt. Was heißt das konkret?
Bezeichnend dafür ist allein das Zustandekommen der Studie, an der fast ausschließlich Männerund keine Menschen aus dem Süden teilgenommen haben. Es wäre nicht nur wünschenswert, sondern aus unserer Sicht notwendig gewesen, auch WissenschaftlerInnen und engagierte Menschen aus dem Süden über die »Zukunftsfähigkeit Deutschlands« und seinen »Beitrag für eine global nachhaltige Entwicklung« vor der Veröffentlichung zu hören.
Aber es gibt auch eine andere Ebene der Kritik: Wenn man sich diese Studie anguckt, ist sie in den Bereichen, die sich auf den Süden beziehen, überaus widersprüchlich. Auf der einen Seite wird eine drastische Einschränkung des Welthandels gefordert und somit eine Abkopplung ganzer Volkswirtschaften vom Weltmarkt. Gleichzeitig wird die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe propagiert – was durchaus diskussionswürdig ist. Allerdings kann man bei den »regionalen Wirtschaftskreisläufen« á la Wuppertal nicht erkennen, ob es sich um eine Hinterhofbegrünung in einem Barrio handeln soll, oder um Zusammenschlüsse wie etwa die NAFTA (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen) oder den MERCOSUR (Gemeinsamer Wirtschaftsraum im südlichen Lateinamerika). Die Studie bleibt hier unklar und nimmt die in den vergangenen Jahren auch in Deutschland heftig geführte Debatte um Chancen und Risiken der Weltmarktintegration peripherer Länder überhaupt nicht auf.
Insofern ist unsere Kritik auch die, daß wir sagen: Bei den Empfehlungen und Strategien handelt es sich um einen ökologischen Marshallplan für den Norden, der über den Markt vermittelt letztlich Wettbewerbsvorteile für die deutsche Volkswirtschaft sichern soll. Gleichzeitig wird aber für den Süden eine Art Morgenthauplan verabschiedet, in dem industrielle Entwicklung für den Süden, nun aus hehren ökologischen Zielen, per se nicht mehr gewollt werden kann.

Wie setzt Ihr diese Erkenntnis im FDCL um?
Man muß sagen, das Positive an der Studie ist, daß sie auf wunde Punkte hingewiesen hat, die in der Internationalismusdebatte bisher zu wenig oder kaum berücksichtigt wurden. Wir versuchen also diese Defizite in der Diskussion mit Menschen aus der Umweltbewegung und aus der Nord-Süd-Arbeit gemeinsam zu benennen und daher ein Stück weit voranzukommen. Natürlich haben wir noch keine perfekten Antworten, aber wir machen es uns persönlich immer klarer, wo die Themenfelder sind, an denen es gilt weiterzuarbeiten.

Gibt es denn aus dem Süden Gegenentwürfe zu der Wuppertaler Studie?
Die politische Relevanz dieser Studie »für die Welt« ist natürlich nicht das entscheidende Faktum. Sie kollidiert aber mit den Debatten, die sonst über die Chancen des Südens laufen. Natürlich gibt es da unterschiedliche Vorstellungen. Es gibt bei Menschen in der »dritten Welt« ebenso wie hier eine hohe Markteuphorie. Sie erhoffen sich, über die hegemonialen Strukturen vom Neoliberalismus tatsächlich zu einer Entwicklungsstrategie zu kommen. Genauso gibt es im Süden wie hier im Norden zunehmend Menschen, die von diesen Modellen ausgegrenzt werden, Widerstand leisten und auch versuchen, Gegenstrategien zu entwickeln.

In der Berliner Erklärung wird kritisiert, daß in der Wuppertaler Studie gesellschaftliche Widersprüche ausgeblendet werden. Die Kritiker der Berliner Erklärung wiederum heben hervor, daß zur Zeit überhaupt keine sozialen Bewegungen vorhanden sind und daß es deswegen illusorisch ist, zu meinen, daß nun auch der Kapitalismus abgeschafft werden soll. Wo seht Ihr denn die sozialen Bewegungen, die Eure Position unterstützen?
Die Wuppertaler Studie ist an das politische Establishment gerichtet, an Führungskräfte in Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Bei ihnen treten die sozialen Akteure (Gewerkschaften, Frauen-, Friedens-, Nord-Süd-Bewegungen) überhaupt nicht mehr auf. Unser Vorwurf an die Wuppertaler ist, daß deren Debatten nicht einbezogen wurden. Durch das Ausblenden wird die Studie unseriös.
Wir sind uns natürlich bewußt, daß wir aus einer defensiven Position heraus arbeiten. Wir haben versucht, auf lokaler Ebene Diskussionszusammenhänge herzustellen und dabei gleichzeitig neue Themen einzuführen. Die Diskussionszusammenhänge sind aber auseinandergebrochen. Die sozialen Bewegungen sind zur Zeit schwach, das stimmt. Eine Mobilisierungsfähigkeit sieht man kaum. Davon sind wir nicht ausgenommen.

Im letzten Absatz der Berliner Erklärung heißt es, es bestünde noch erheblicher Diskussionsbedarf – auch unter den Unterzeichnern der Berliner Erklärung – Was ist denn seit der Veröffentlichung im letzten Herbst geschehen?
Als Reaktion auf den Diskussionsbedarf haben wir eine klassische Anwort gegeben: Wir haben Diskussionen organisiert. Seit Oktober führen wir die Seminarreihe »Nachhaltiger Weltmarkttango« durch. Wir ziehen Experten heran und schaffen ein Diskussionklima, in dem wir über strittige und offene Fragen weiterdiskutieren können.

Was ist da am strittigsten zur Zeit?
Es ist strittig, ob man eine erneute Kapitalismuskritik in den Vordergrund stellen sollte, wo Begrifflichkeiten neu bestimmt werden müßten, oder ob man tatsächlich Chancen sieht für Entwicklungsmodelle, die über politische Bündnisse andere Gesellschaftsentwürfe entwickeln könnten als die, die wir klassisch als linke verstanden haben. Es ist letztlich die Frage der Radikalität.

Interview: Irmgard Geyer, Heidje Beutel

gedicht in erinnerung an Martin Luther King

die zeit danach

daß es eines tages anders sein wird
besser
das hast du geträumt, Bruder
schwarz wie mitternacht blutrot und grün
wie die bäume
die bald nicht mehr stehen
- die wahren farben
malen vielleicht nur die kinder
im mutterleib
vielleicht -

auch ich habe einen traum, Bruder
daß menschen eines tages
nicht mehr schreiend zur welt kommen
sondern lachend
lachend
in regenbogenfarben

ich trage meinen traum
hinter
erhobener faust
gegen den tod und für die zeit danach
denn
reden hilft kaum noch, Bruder
sie nennen das meinungsfreiheit
und auch demonstrationen und protestmärsche
die brauchen sie
für ihre demokratie
und machen weiter und machen weiter und
machen weiter

sie haben deinen traum konserviert
konserviert und verkauft, Bruder
postkarten und poster
dreizeiler in einem geschichtsbuch
»I Have A Dream«
ein abgeschlossener roman

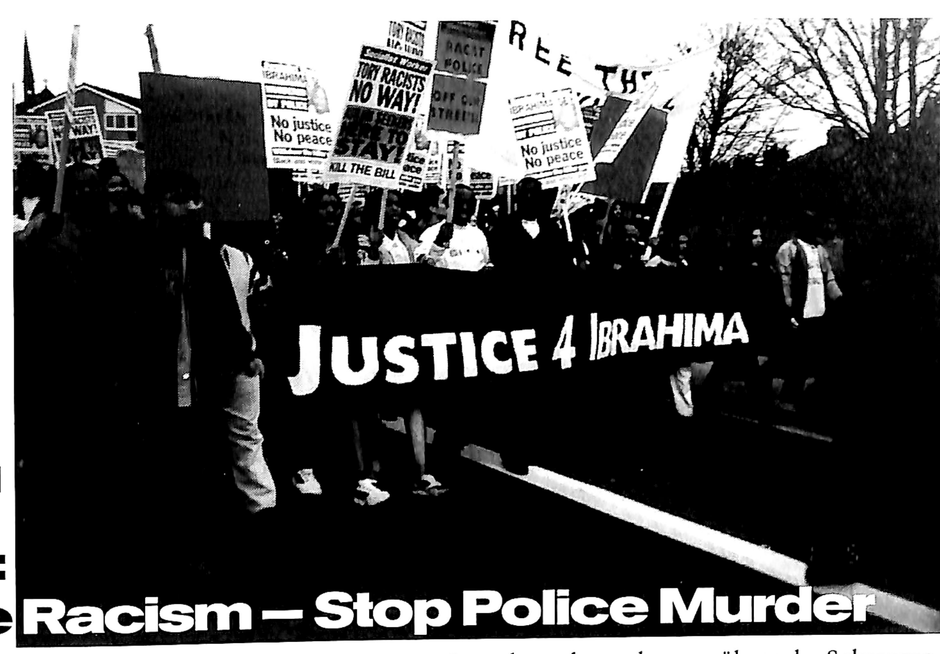
sie haben
vergangenheit daraus gemacht
weiß wie tränensalz
und da wo ich lebe
würden sie es »bewältigt« nennen, Bruder

ich trage meinen traum
hinter erhobener faust
in pfefferfarben
und fange ganz klein an
fange endlich an
mit meiner schwester
und meiner freundin an der hand mit
meinen brüdern und
wenn es sein soll
auch allein
- damit es endlich anders werden
muß!

ich habe einen traum
da kommen menschen nicht mehr schreiend
zur Welt
und eine vision
da lieg ich mit friedlichen augen
und einem loch im kopf

AMEN - A LUTA CONTINUA

May Ayim, 1987



Franck Düvell

England: Stop Police Racism – Stop Police Murder

Satpal Ram – Kriminalisierung von Notwehr

Satpal Ram, ein asiatischer Jugendlicher aus Birmingham, wurde am 16. November 1986 in einem Restaurant von einer sechsköpfigen Gruppe weißer Rassisten angegriffen, beschimpft und mit einem zerbrochenen Glas in Arm und Gesicht gestochen. Satpal Ram verteidigte sich mit seinem Arbeitsmesser. Während Satpal im Krankenhaus behandelt wurde, verweigerte sein Angreifer jede Untersuchung, er starb später an hohem Blutverlust.

Satpal Rams Verhalten wurde nicht als Notwehr anerkannt, er wurde wegen Mordes angeklagt. In dem Prozeß gegen ihn wurden den unabhängigen bengalischen Zeugen keine Dolmetscher gestellt. Satpal Ram selbst wurde nicht als Zeuge gehört, jedoch alle Personen aus der Gruppe der Angreifer. Die Jury setzte sich ausschließlich aus Weißen zusammen, die überdies unter dem Einfluß einer aufgeheizten öffentlichen Stimmung standen: Nach den vielen landesweiten Aufständen gegen Rassismus und Polizeischikane 1985 - auch in Birmingham - wurden »schwarze« Jugendliche in den Medien als gesetzlose Randalierer stigmatisiert. Satpal Ram wurde des Mordes für schuldig befunden und erhielt eine lebenslange Haftstrafe. Seither kämpfen er und seine Familie, unterstützt von der »Free Satpal Ram Campaign« um eine Wiederaufnahme des Verfahrens und für seine Freilassung. Sein Vergehen bestand in der Verteidigung gegen eine Verletzung seiner Persönlichkeit, gegen Gewalt, die vielfach öffentlich nicht anerkannt wird: weiße, rassistische Gewalt gegen Schwarze. Er hatte sich verteidigt, ein Weißer verlor sein Leben.

Self Defence is no Offence

1978 wurden die Brüder Virk, während sie ihr Auto reparierten, von einer Gruppe Skinheads angegriffen. Sie verteidigten sich mit einem Wagenheber und wurden zu hohen Haftstrafen verurteilt, während ihre Angreifer frei ausgingen.

Seither ist die Parole »Self Defence is no Offence« Bestandteil »schwarzer« Bewegung. Die Kampagnen der Newham 7, Bradford 12, Newham 8, Dewsbury 82 und Tower Hamlets 12 forderten die Anerkennung des Rechtes auf Selbstverteidigung gegen rassistische Angriffe und neofaschistische Überfälle. Sie kritisierten die Haltung der Polizei, rassistischen Taten kaum oder nur ungenügend nachzugehen, während »Schwarze« mit aller Härte verfolgt werden. Ebenso kritisierten sie die juristische Praxis, »Schwarze« von ausschließlich oder mehrheitlich »weißen« Geschworenen verurteilen zu lassen, von Vertretern jener gesellschaftlichen Gruppe, die das Problem Rassismus repräsentiert. Rassismus und rassistische Gewalt werden häufig nicht als Tatbestand anerkannt, für »Schwarze« gilt das gesetzlich verankerte Notwehrrecht nicht. Sie fühlen sich zur Demut und Untätigkeit verurteilt, auf ewig in die Rolle der unterlegenen, wehrlosen Opfer gedrängt, wie »Weiße« sie gerne hätten.

Die rassistischen Strukturen der britischen Strafverfolgung haben zur Folge, daß »Schwarze« unterdurchschnittlich häufig Bewährungsstrafen erhalten, überdurchschnittlich häufig Haftstrafen bzw. höhere Strafen. Ihr Anteil unter der Gefangenenpopulation ist viermal höher als der in der Bevölkerung (4% zu 16%, bei Frauen sogar 26%).

Ibrahim Sey – getötet durch die Polizei

Ibrahim Sey, 29 Jahre alt, lebte in London, war verheiratet und Vater zweier Kinder, er stammte aus Gambia. Wegen eines Anrufs »weißer« Nachbarn, die sich über Ruhestörung beschwerten, kamen über 20 Polizeibeamte zu seinem Reihenhaus in Ilford. Er erklärte sich widerstandslos bereit, den Beamten zu folgen, ein Freund begleitete ihn. Diesem wurde vor der Ilford Police Station erklärt, er könne nicht mit hineinkommen.

Noch im Foyer stürzten sich die Beamten auf Ibrahim Sey, drückten ihn zu Boden, knieten auf seiner Brust, dem Hals, auf den Beinen, dann wurde er weggeschleift. Sein Freund und Zeuge konnte dies durch die verglaste Front des Gebäudes beobachten.

Wenige Stunden später wurde die Familie von dem Tod Ibrahims unterichtet. Mit Unterstützung des Newham Monitoring Projects wurde eine Kampagne organisiert, zwei Tage später demonstrierten 100 Menschen vor der Polizeiwache, sechs Tage später demonstrierten 800, angeführt von der gambischen Community, durch Newham, im April protestierten Betroffene vor der High Commission in Gambia. Der Protest und die Wut und die Trauer wurde getragen von dem Bewußtsein, daß es jeden »Schwarzen« hätte treffen können.

Bis heute ist unklar, wie Ibrahim Sey zu Tode kam.

Nach dem offiziellen Bericht wurde gegen ihn auch CS-Gas eingesetzt. Erst wenige Wochen vor seiner Verhaftung, war die Polizei mit einer neuen Form dieser Waffe ausgerüstet worden und hat sie gegen Ibrahim Sey erstmals eingesetzt. Es wurde nie aufgeklärt, ob er erdrückt oder erwürgt wurde und die Polizei mit dem Gaseinsatz ihre Brutalität nur vertuschen wollte, oder ob er tatsächlich als »schwarzes« Versuchskaninchen für das neue Gas herhalten mußte. Die beteiligten Beamten sind alle noch im Dienst.
Dieser Tod hat eine ganze Community erschüttert, mit erschreckender Klarheit hat er die ganze Tragweite polizeilichen Rassismus verdeutlicht, die Praxis überzogener Einsätze, wenn es um »Schwarze« geht, deren Demütigung und Mißhandlung. Die Polizei hat vor »Schwarzen« keine Achtung und keinen Respekt, sie werden wahlweise als Kriminelle, als Bedrohung für die Gesellschaft oder als Affen betrachtet und nicht selten wie Tiere behandelt.

Alton Manning – getötet von Gefängniswärtern

Alton Manning, Jugendtrainer und Inhaber eines karibischen Imbisses, war in der »schwarzen« Community von Birmingham bekannt, und er glaubte an seine Rechte. Nach vier Jahren anhaltender Schikane durch die Polizei, nach wiederholten unbegründeten Festnahmen und nach zahlreichen offiziellen Beschwerden gegen einzelne Beamte wurde Alton Manning im Dezember 1995 im Gefängnis von Blakenhurst getötet. Die unabhängige Untersuchung ergab, daß er von Gefängniswärtern im Zuge einer entwürdigenden Ganzkörperdurchsuchung erwürgt wurde. In den Jahren zuvor mußte er mehrfach nach Festnahmen oder Untersuchungshaft im Krankenhaus behandelt werden, man hatte ihn mit Rassisten zusammen in eine Zelle gesteckt, Polizisten und Wärter hatten ihn verprügelt. Er hatte um Gerechtigkeit gekämpft und verloren, er wurde getötet. Bis heute wurde kein einziger Beamter zur Verantwortung gezogen.

Dies sind nicht alle

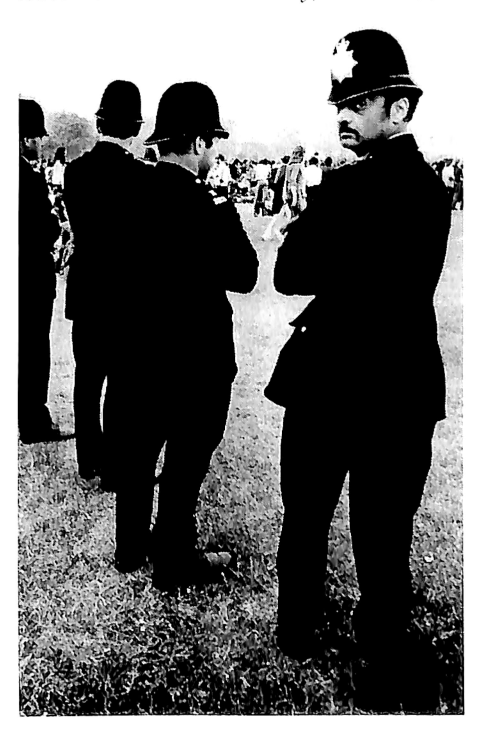
Im Juli 1993 sollte Joy Gardener von Polizisten und Einwanderungsbeamten abgeholt und deportiert werden. Dabei wurde sie von den Beamten der Sondereinheit Alien Deportation Group erwürgt.
Im September 1994 wurde der Cousin von Alton Manning, Bunson Manning, im Gefängnis von Long Lartin während des Unterrichts im Beisein von Wärtern von zwei »weißen« Gefangenen erstochen.
Im Dezember 1994 wurde der nigerianische Flüchtling Shiji Lapite in London von der Polizei verhaftet, 30 Minuten später war er tot.
Im Mai 1995 wurde Brian Douglas in London verhaftet. Stunden später wurde er mit zertrümmertem Schädel im Krankenhaus eingeliefert, wo er kurz darauf starb. Polizeibeamte hatten ihn mit den erst kurz zuvor eingeführten neuen Knüppeln erschlagen.
Im März 1996 wurden in Manchester asiatische Jugendliche auf dem Weg zum Ramadan-Eröffnungsfest Eid verhaftet, zur Wache gebracht und dort mißhandelt. Amer Rafiqu überlebte nur schwer verletzt, die Beamten hatten ihm ein Auge ausgeschlagen.
Zwischen 1980 und 1990 wurden 60 »Schwarze« auf diese oder ähnliche Art getötet, allein innerhalb der vergangenen 18 Monate waren es sechs Menschen.
In allen Fällen bemühen sich Kampagnen um die Aufklärung der Vorgänge, um Gerechtigkeit und um die Bestrafung der Täter. Einzig im Fall Lapite hat das Untersuchungsgericht die »ungesetzliche Tötung« festgestellt und den Weg für eine Strafverfolgung der Polizeibeamten freigemacht. Im Fall Gardener wurden die Beamten nach einem Verfahren freigesprochen, im Fall Manning nicht einmal die Untersuchung zugelassen.
Im März stand Großbritannien wegen dieser zahlreichen Fälle von getöteten »Schwarzen« durch Polizisten, im Gewahrsam oder im Gefängnis sowie der Praxis der Justiz, solche Fälle in aller Regel einzustellen, vor der UN-Menschenrechtskommission.

Unterstützung der Kampagnen

Die »Free Satpal Ram Campaign« ist eine Schnittstelle für den Kampf gegen rassistische Gewalt, Rassismus im Gericht, durch die Jurys, im Gefängnis.
Im November jährt sich zum zehnten Mal der Tag des Zwischenfalles, seit beinahe 10 Jahren sitzt Satpal Ram im Gefängnis, er hat alle Widersprüche verloren. Nun wird ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof vorbereitet. Internationale Solidarität ist notwendig. Die britische Justiz muß spüren, daß ihre Praxis auch in Europa auf Kritik stößt. Es muß eine Untersuchung aller Vorfälle geben, die Täter müssen suspendiert, angeklagt und verurteilt werden!

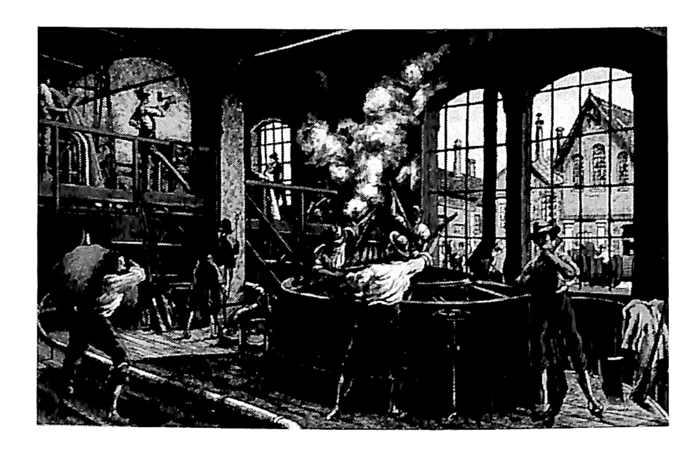
Tragt euch als Unterstützer der Kampagne ein, schreibt an:
Inquest/United Campaigns for Justice, Alexandra National House, 330 Seven Sisters Road, London, N4 2PJ;
Ibrahim Sey Memorian Campaign, PO Box 273, Forest Gate, London E7;
Free Satpal Ram Campaign, c/o 101 Villa Road, Birmingham B19 1NH;
Alton Manning Campaign, Birmingham Racist Monitoring Unit, 339 Dudley Road, Birmingham, B18 4HB;
Amer Rafiq Defence Campaign, Deop. 107, 1 Newton St. Manchester M1 1HW.

Weiterführende Literatur: Institut of Race Relations, deadly silence - black death in custody, London 1991

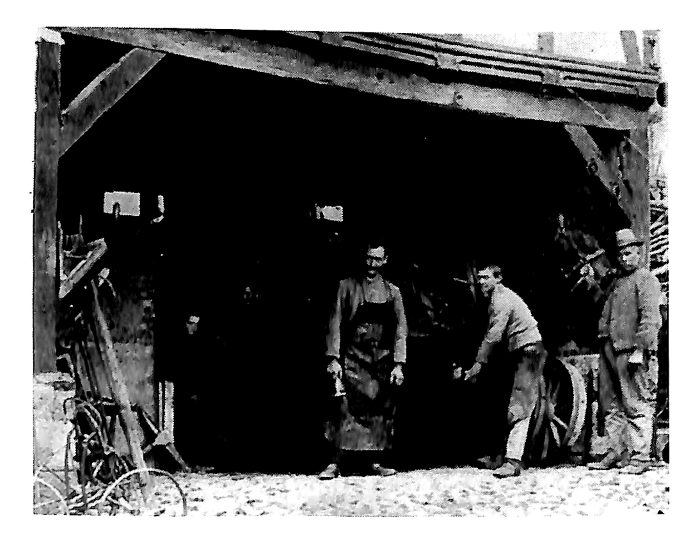


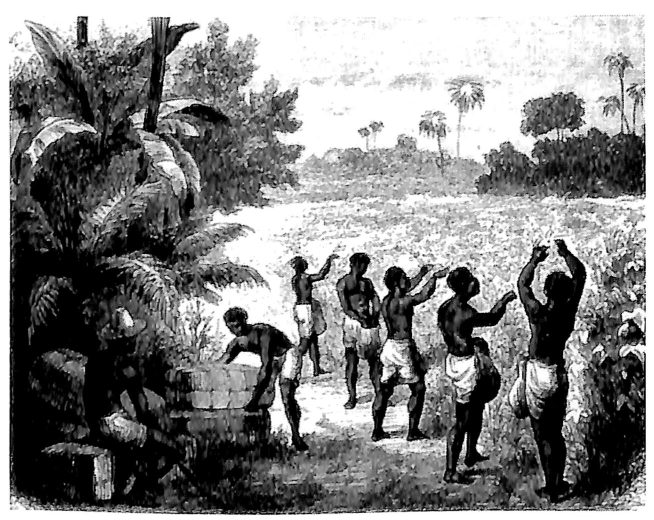
Vom Baum der Erkenntnis?

Neuigkeiten aus der politischen Rhetorik









Es macht wenig Sinn, die zahlreichen Platitüden, den Betroffenheitsjargon, die Schaum- und Gesinnungssprache[1], die reichlich seltsam definierten Begriffe, die keinerlei Realität tangierenden spekulativen Konjunktive und die theoretischen Bauchlandungen des Debattenbeitrags »Das Gerede von den Arbeitsplätzen« aufzulisten oder zu erörtern. Das Thema tangiert antirassistische Arbeit eher peripher. Natürlich hat der öffentliche Arbeitsdiskurs Auswirkungen auch und gerade auf Nichtdeutsche, der Kern des Problems liegt jedoch nicht im »Gerede«, sondern in der gesellschaftlichen Grundeinstellung. Deshalb ist eine sinnvolle Fragestellung vielmehr: Was gibt das angesprochene Thema wirklich her?

Zuerst zum Universalverblödungsargument »Arbeitsplätze«. Politisch bedenklich an dem gesamten Gefasel über »Arbeitsplätze« ist die Idyllisierung von Arbeit (mittelhochdeutsch arebeit = Mühsal, Not). Keiner erwähnt, um was es sich dabei wirklich handelt. Lauscht man dem Geschwalle, scheint Arbeit eine schöne, erfüllende, ja glücklichmachende Veranstaltung zu sein. Keine Erwähnung von Akkord- oder Schichtarbeit bei Minimallöhnen und katastrophalen Bedingungen. Die Verinnerlichung der protestantischen Ethik hat anscheinend im öffentlichen Diskurs das menschliche Normalempfinden - daß Arbeit ein lästiger und soweit wie möglich zu vermeidender Teil des Lebens sei - transformiert in die Betrachtung der Arbeit als hochherziges Geschenk Gottes. Sie wird nicht mehr als notwendige Tätigkeit zur Unterhaltssicherung betrachtet, sondern als identitätsstiftende existenzielle Grundlage des Lebens an sich. Der »Verlust des Arbeitsplatzes« erhält durch diese ideologische Betrachtungsweise eine Wertung, die schlimmer kaum sein könnte. Der »Arbeitsplatz« mutiert zum »Lebensraum«. Eine über die Sozialarbeiterebene etablierte »ganzheitliche« Sicht der Gesellschaft. Dabei wird eine beeindruckende Wirklichkeitsferne demonstriert. Mit der Ansicht, in einer vorindustriellen ständischen Gesellschaft zu leben, wird ignoriert, daß eine lebenslängliche Festlegung bei entwickelter Industrialisierung weder im Arbeitsleben noch in der sozialen Hierarchie existiert (und auch aus progressiver Sicht nicht existieren sollte).

Durch die Überbewertung der Arbeit als »Identität« wird einerseits der Grundstein zur Rechtfertigung der inzwischen fast grenzenlosen Härte im »Kampf um die Arbeitsplätze« gelegt - von der Rüstungsproduktion bis zur Gewalt gegen nichtdeutsche »Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt« wird alles gerechtfertigt. Andererseits kennt diese Identität von Arbeit und Leben nicht mehr die Freiheit des Lebens von Arbeit, letztendlich beherbergt sie das Verständnis erst »Arbeit macht frei«. Diese Ideologisierung der Arbeit subsumiert die berechtigte Angst vor Armut und Elend unter die Angst vor dem »Arbeitsplatzverlust«. Sie produziert eine Synthese, die real nicht existiert - nicht zu vergessen die Kleinigkeit, daß »Arbeit« auch keinerlei Gewähr gegen Verarmung und Verelendung bietet.

Daß politische Rhetorik und politisches Handeln in der Politik, eine oft schwindelerregende Diskrepanz aufweisen, ist nicht gerade eine aufregende Entdeckung - neu ist sie keinesfalls. Sie wird von den Repräsentanten offiziell vertreten (z.B. Adenauer: Was geht mich heute mein Geschwätz von gestern an?).[2] Über den Gedächtnis- und sonstigen Zustand der entsprechenden Anhängerschaft zu sinnieren, ist ein anderes Kapitel. Zur Korrelation von Gruppenzugehörigkeit und Ideologie, sowie der damit verbundenen Anfälligkeit für eine entsprechende Propaganda, gibt es die einschlägige, sehr aufschlußreiche Literatur.[3]

Für die politische Praxis wichtig, da permanent im Hintergrund wirksam, ist der Kampf um die »Begriffsbesetzung« in der politischen Sprache. Relevant ist die Veränderung des Bedeutungsprofils eines Wortes, denn: »Die Bedeutung eines Wortes ist sein Gebrauch in der Sprache«[4]. Diese Beschäftigung ist deshalb schon notwendig, um die eigene Sprache vor Mißverständnissen zu schützen. Beispiel? »Wer in unserer Zeit statt Volk Bevölkerung und statt Boden Landbesitz sagt, unterstützt schon viele Lügen nicht. Er nimmt den Wörtern ihre faule Mystik.« (B. Brecht)[5]. Nur: lamentieren über den Bedeutungswandel des öffentlichen Gebrauchs, vor allem politisch kontrollierbarer oder dekretierbarer Wörter, ist keine Beschäftigung mit größerem Erkenntnis- oder Einflußzuwachs. Eindeutig besetzte Wörter sind nicht wieder normalisierbar (z.B. »Neger« oder »Asylant« haben eine zweifellos pejorative Bedeutung), man/frau kann sie lediglich meiden. Bei Symbolen ist dies der gleiche Fall - das »Sonnenrad« ist als Hakenkreuz ein eindeutig belegtes Symbol und für Andersdenkende unbenutzbar geworden.

Wichtig in diesem Diskurs ist die Erinnerung an die »sprachpolitische Gegenoffensive« der CDU in den 70er Jahren, die unter Biedenkopf »Begriffsbesetzung« als ideologischen Kampf ausrief, mit dem Ziel der Sprachbeherrschung, also den politischen Gegner »sprachlos« zu machen. Durch die Okkupation der Sprache soll dem politischen Gegner die Möglichkeit des »Andersredens« genommen werden (»ein stummer Gedanke ist ein toter Gedanke«). Die Sprachpolitik der CDU verankerte jedoch nur programmatisch den prinzipiellen »ideologischen Empirismus« der »oppositives Denken« tendenziell »sprachlos« macht. »Das etablierte Vokabular diskriminiert die Opposition von vornherein.«[6]

So läßt sich an der feministischen Sprachkritik (wie an jeder anderen politisch motivierten Sprachkritik, die aktuellste ist die um »political correctness«), leicht nachvollziehen, daß sie nicht in der Lage ist, die gesellschaftlichen Hintergründe verändern zu können, höchstens bewußtzumachen. Sprache ist der Spiegel einer Gesellschaft - nicht mehr. »Begriffsbesetzung« ist nur dann erfolgreich, wenn auch die gesellschaftliche Position und Herrschaftsstruktur vorhanden ist, diese verankern zu können. Endziel von »Sprachherrschaft« ist es, die Diskrepanz zwischen Realität und Sprache nicht mehr einer falschen Sprache, sondern einer falschen Realität anzulasten. Nur hier zeigt sich auch die Grenze: Begriffe lassen sich nicht dauerhaft gegen die Realitätserfahrung unangreifbar machen.[7] Ihre Plausibilität beziehen Sachverhaltsdefinitionen aus Diskussionszusammenhängen. Die asymmetrische Machtverteilung beim Definitionsstreit darf dabei zwar nicht ignoriert werden, ein sprachpolitischer Ansatz für oppositionelle Strömungen ist jedoch, die Diskrepanz zwischen Realität und ideologischem Begriff zu benennen, die Mystifizierungen offenzulegen und dadurch dem Versuch, archaische Wünsche und Sehnsüchte reaktionär zu funktionalisieren, entgegenzuwirken.

Anzumerken bleibt, daß der politische Wortstreit merklich an Bedeutung verloren hat, die politisch eindeutige Besetzung der Begriffe ist im Schwinden. Begriffe wie »Freiheit oder/statt Sozialismus« (CDU-Slogan '72) sind ideologisch nicht mehr so einfach im Schwarz-Weiß-Verfahren gegeneinander abzugrenzen. Das Wort »Solidarität« wird, mit unterschiedlichem Gesellschaftsverständnis, von allen politischen Richtungen benutzt.

Es bleibt das Problem der öffentlichen Angstrhetorik. Das ist jedoch keinesfalls ein Problem der Begriffe, sondern der Denkweise. Begriffe wie »Asylantenschwemme« sind Schlagwörter einer Weltuntergangs-Naturkatastrophen-Metaphorik, die in gleicher Weise von rechts wie links gepflegt wird. Man denke dabei nur an die sehr beliebten Horrorszenarios der Ökobewegung der ersten Stunde oder die Friedensbewegung der 80er Jahre. Die hier geschürten diffusen Weltuntergangsängste unterscheiden sich in nichts von den »emotionalen« Bedrohungsszenarios der Rechten. Das Problem ist, daß beide Seiten über eine atavistische Ebene, die Ratio zu unterlaufen versuchen, um sich den »abstrakten« Weg der argumentativen Überzeugung zu ersparen. Was hier als Ergebnis entsteht ist jedoch auf jeden Fall reaktionär, da auf keinen Fall ein durch Erkenntnis entstandener gesellschaftlicher Prozeß. Denn es ist keineswegs das wichtigste »das Richtige« zu tun, egal aus welchen Gründen.

Tobias Faßmeyer

1 *hierzu aufschlußreich: Bittermann, K./ Droste, W./ Henschel, G. (Hg.), Das Wörterbuch des Gutmenschen, 2 Bäönde Bln. '94/'95*

2 *dazu auch z.B.: Machiavelli, N., Il Principe, Florenz 1513*

3 *z.B.: Adorno, T. W., Studien zum autoritären Charakter, New York 1950/ Frankfurt 1973*

4 *Wittgenstein, L., Philosophische Untersuchungen. Frankfurt 1971, S.35*

5 *B. Brecht 1934, »Fünf Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit« in: Brecht, B., Versuche 20/21, Berlin 1956, S.94*

6 *H. Marcuse, Versuch über die Befreiung, Ffm '69, S.115*

7 *s. Habermas, J., Stichworte zur »Geistigen Situation der Zeit«, Bd.1, Ffm '79, 7ff.*



»Arbeit, Arbeit, Arbeit – Sicherheit statt Angst« [1]



»So scheint es gerade die Einsicht in den tatsächlichen Gang der Dinge zu sein, die in die bedingungslose Apologie der Verhältnisse umschlägt. Objektive Vernunft, die die Abschaffung des Kapitals gebietet, nimmt die Gestalt individuellen Bescheidwissens an. Die Pathologie dieser Gesellschaft macht es, daß alle zusammen nichts gieriger zu glauben wünschen als die öffentliche Lüge, die doch jeder durchschaut. Darin liegt die fundamentale Disposition der kapitalisierten Gesellschaft zum autoritären Staat, gar zum Faschismus, der ›nur noch‹ die Krise des Kapitals hinzutreten muß, um sie Realität werden zu lassen.« (isp) [2]

In der eigentümlich erhitzten Debatte um die Veröffentlichung »Das Gerede von den Arbeitsplätzen«, ein vom Gestus her sich selbst genügender, aber stringenter und anregender Gedankengang zur Psychologie diskursiver Herrschaft von Stefan Schmitt in ZAG 19 fiel der kuriose Ausspruch: »Da ist nichts!«. Er bezog sich auf die Frage nach dem inhaltlichen Dissenz und worin denn nun eigentlich dessen Substanz liege. Kurios war er insofern, als zu diesem Zeitpunkt bereits ein dutzend Seiten schriftlicher Repliken ausgetauscht worden waren, bevor die HauptkontrahentInnen auch nur einen mündlichen Wortwechsel miteinander gehabt hätten. Erstes Teil des Versuchs, dieses Nichts zu fassen zu kriegen, dem eine gewisse Gravitationskraft eigen zu sein scheint.

Vor uns das Nichts?

Stefan zeigt in seinem Beitrag überzeugend auf, daß der rassistische Diskurs von der »Asylantenschwemme«, dem »Einwanderungsdruck« (oder auch das präfaschistische Wort von der »Überbevölkerung«) sein unmittelbares Komplementär findet in der sorgsamen ideologischen Umhüllung des ökonomischen Grundverhältnisses kapitalistischer Arbeit durch Sprachregelungen wie diese: »Arbeitsbeschaffungsmaßnahme«, »Arbeitsplätze finanzieren«, »Kostensenkung« und »Standortsicherung«: »Arbeitsplätze« erscheinen als immer rarere, immer begehrtere »Ressource«, die uns »Die Wirtschaft« zur Verfügung stellt, soweit sie das unter der »Last von Steuern«, »alten Besitzständen«, »überzogenen Lohnforderungen« und »überhöhten Lohnnebenkosten« eben kann. »Die Wirtschaft« als Versorgerin, die nur in begrenztem Umfang diejenigen »mit durchziehen« kann, die »nichts leisten«. Und als solche werden nicht nur Flüchtende und Einwandernde, sondern auch Behinderte, Obdachlose, SozialhifebezieherInnen und Erwerbslose angesehen. Die naheliegende, eisige Konsequenz dieses Primats wirtschaftlicher Eigengesetzlichkeit, die Unterscheidung der Menschen in »Arbeitsplatzbesitzer« und »unnötige Esser«, erspart der Autor seinen LeserInnen, aber er stellt sie auch einigermaßen unerbittlich vor die Alternative: Wer über den Kapitalismus schweigen will, sollte nicht versuchen, von offenen Grenzen reden.

Seine andere These, nämlich daß der Schlußstein und Schwachpunkt derzeitiger ideologischer Herrschaft möglicherweise darin liegt, daß viele den ganzen Plötsinn schon lange nicht mehr selbst glauben, aber, allein mit ihrer Zeitung, Glotze und Radio, zunehmend angstvoll annehmen, alle anderen täten es noch, spräche für eine Umorientierung linker, antirassistischer Praxis hin zu unmittelbarer (nicht medial vermittelter) Kommunikation. Radikal in der Sache, einfühlsam im Ton und gewärtig, daß du plötzlich trotzdem in die Fresse kriegst: Zum Glück nur am Antirassistischen Telefon, nicht im Büro, war Anfang September eine Christin, die vor einigen Jahren aus der AL ausgetreten war, als diese die Entkriminalisierung von Ladendiebstählen und ÖPNV-Benutzung ohne Fahrschein forderte. Auf Nachfrage der Anruferin stellte sich der Telefondienst durchaus vorsichtig hinter diese Forderung, und versuchte zu begründen warum. Nach einem sehr schrillen »Nein, Nein, Nein, der Kommunismus kommt nicht wieder!« knallte der Hörer in die Gabel.

Im Westen also nichts Neues?

Gegen Stefans Text ist eingewandt worden, das alles sei doch nicht neu, das Totschlag-Argument »Arbeitsplätze« sei mindestens so alt wie die Bonner Republik, und überhaupt, von welchem Baum der Erkenntnis er denn gegessen zu haben glaube. Nun, abgesehen davon, daß in einer dialektisch aufgefaßten Welt kaum etwas im landläufigen Sinne »neu« ist: Nein, der von Stefan angegriffene Herrschaftsdiskurs, den er allerdings für meinen Geschmack allzu sehr auf die eine Lüge »Arbeitsplätze« zuspitzt, ist tatsächlich alles andere als neu. »Arbeit macht frei« stand über dem Eingangstor von Auschwitz I und als Kampfbegriff für militärische Produktion (mit Null Gebrauchswert) und die ungebrochene Fortsetzung fordistischer Produktionsweise gegen offenbare ökologische Grenzen, ist das ideologische Gerede von den »Arbeitsplätzen« tatsächlich ein alter Bekannter aus den frühen Siebzigern. Aber selbst wenn sich die Ahnung bewahrheiten sollte, daß sie schon so alt ist, die Lüge, daß ihr historisches Verfallsdatum dieser Tage überschritten wird: was um alles in der Welt spricht dagegen, ab und zu mal wieder darauf hinzuweisen, daß ihre Beine zunehmend kürzer werden? Ein Schelm, der dem Schreiber unterstellt, er halte das für eine individuelle Neuentdeckung, zumal seine Betrachtungen, wie gesagt, ausgerechnet an der These ansetzen, daß so richtig ohnehin kaum jemand an die hohlen Phrasen von der »Arbeitsplatzbeschaffung« glaubt.

Zu kurz gesprungen

So traumwandlerisch sicher Stefan Schmitt den – inzwischen allem Anschein nach ziemlich blankliegenden – ideologischen Nerv getroffen hat, so blind er-

scheint er allerdings nicht nur gegenüber der »Realebene« seines Themas, der strukturellen ökonomischen Malaise, die ja im Moment auch gerade wieder recht akut ist. Auch auf der begrifflichen Ebene, an der sich doch so viel verdeutlichen läßt und von deren nicht zu unterschätzender Rolle als Kampfterrain feministische und antirassistische Aktivistinnen und Aktivisten doch wissen, kommt er über die Negation nicht hinaus.

So scheint er »Arbeitslosigkeit«, unbeschadet vom trommelfeuermäßigen Einsatz des Begriffs durch die Gegenseite, weiterhin für einen operablen Begriff für eigene Analysen zu halten, wenn er schreibt: »Es wäre ... durch eine andere »Verteilung« von Arbeit die Arbeitslosigkeit enorm zu verringern und sogar abzuschaffen.« Daß er »Verteilung« in Häkchen setzt, signalisiert zwar deutlich Unwohlsein mit diesem Satz, aber weder entrinnt er begrifflich - also sehr in der Nähe seiner diskurs-psychologischen Fragestellung - der herrschenden Sprachregelung, noch scheint er die realen Risse im politökonomischen Bezugsrahmen zu sehen, die »Arbeitsverteilung« und »Arbeitsbeschaffung« zu einer puren Illusion machen. Dabei ist es - zumindest begrifflich - doch so einfach: »Schichte die Erwerbsarbeit um und alle haben einen Gelderwerb«. Zur Frage, ob damit das reale Problem der gesellschaftlichen Arbeit auch nur zu Hälfte erfaßt ist, bei Gelegenheit mehr, zunächst das diskursive Drama zu Ende: Der Begriff des Erwerbs wird in der wirtschaftswissenschaftlichen Sphäre selbst von hartgesottenen Kapitalschreiberlingen ständig benutzt (sonst könnten sie sich kaum vernünftig unterhalten), während er aus dem vulgär-ökonomischen öffentlichen Diskurs der Tagesnachrichten fast völlig verschwunden ist. Wissenschaftlich korrekt von »Erwerbsarbeit«, »Erwerbslosigkeit« und »Erwerbsmöglichkeiten« zu sprechen, beinhaltet wesentlich mehr als die implizite (zumindest formale) Anerkennung aller anderen, nicht unmittelbar in Wert gesetzten Formen gesellschaftlicher Arbeit (Hausarbeit, »ehrenamtliche« Arbeit, politische Arbeit etc.) als Arbeit. Ein solcher Sprachgebrauch benennt auch korrekt die andere Seite des kapitistischen Arbeitsverhältnisses, die für diejenigen, die dem »Arbeitgeber« ihre Arbeit geben, die entscheidende ist: Den (unvollständigen) Lohn, den sie dafür bekommen. »Sei doch froh, daß du überhaupt noch einen Arbeitsplatz hast!« Was für ein stinkender alter Hut, daß mit dieser verkehrten Benutzung der Begriffe »Arbeitsplätze« / »Arbeitslosigkeit« nicht nur die Frage nach dem gesamtgesellschaftlichen Nutzen der jeweiligen Arbeit weggedrückt wird, sondern auch der für die Arbeitenden zentrale Aspekt des Arbeitsverhältnisses (der Schotter, das Moos) diskursiv vergessen gemacht wird, um ihm besser auch in der Sache, dem ausgezahlten Geld, beikommen zu können. »Daß der Arbeiter für seine Arbeit auch einen Lohn haben muß, ist eine Theorie, die heute allgemein fallengelassen worden ist« wußte 1931 schon Kurt Tucholsky[3]. Daß etwas alt ist, heißt also offenbar nicht, daß es nicht gleichzeitig brandaktuell sein kann.

Micha Wilde

Im nächsten Heft: »Arbeitsplätze«, »Lohnnebenkostensenkung« und Ausgrenzung als neues Paradigma antirassistischer Politik.

1 *Sozialdemokratischer Wahlslogan 1994*
2 *initiative sozialistisches forum: Bündnis gegen Arbeit. Zitiert nach: blätter des iz3w Nr. 213. S.46. Freiburg Mai 1996.*
3 *Tucholsky. Kurt: Kurzer Abriss der Nationalökonomie: Berlin 1931: zitiert nach: Gesammelte Werke. Bd 6. S.412.*

An
ZAG
Yorkstr. 59 HH
10965 Berlin

Betr.: Das Gerede von den Arbeitsplätzen. Zag Nr.19,S.29

Köln, den 22.07.96

Hallo Stefan,
Hat Monika endlich eine Arbeit gefunden?
Ist Ismail Wbs-berechtigt?
Und was ist mit der Verkehrsberuhigung in Euerm Kiez?
Die wirklich interessanten und neuen Fragen läßt Du in Deinem Artikel einfach offen. Das finde ich nicht gut.
Ich nämlich wohne im Rheinland und da kriege ich sinnlich gesehen total wenig mit.
Also, Stefan: Mehr von Monika und Ismail; über den Rest können ja die anderen schreiben,

Viele Grüße,

Markus Mischkowski

P.S. Anfrage an die Redaktion:
Wer lädt mich zu einem sinnlichen Erfahrungswochenende in die Skalitzer Str. ein? Ich will mich jetzt wieder mehr gegen stinkende Autos wehren.
(Schlafsack bringe ich mit!)

Markus



Über den Unterschied zwischen »inter und bi«

Seit '68 nichts dazugelernt?

Internationalismus statt »Krisenbewältigung« – eine Erwiderung zu »Leiden als Rohstoff geraubt?«, ZAG 19

»Warum schweigen die 68'er zur Situation der VietnamesInnen in der BRD?« – wer sich beim Lesen von Micha Wildes Debattenbeitrag fragte, wieso er den Essay von Heinz Kotte zu diesem interessanten Thema in unserer Vietnamnummer übersehen konnte, sei beruhigt. Es handelt sich um eine knappe Spalte am Ende des von mir geführten Interviews mit Heinz Kotte anläßlich seiner aktuellen Reise nach Vietnam.
Abgesehen davon, daß Micha Wilde Heinz Kotte an vielen Stellen in freier Assoziation wiedergibt, ist dieser Interviewteil das Resümee eines Gesprächs zwischen Heinz Kotte und mir über Parallelen zwischen der Nicaragua-Solidaritätsbewegung und der Anti-Vietnamkriegsbewegung. Ich möchte ihn deshalb in den Kontext stellen, in dem er entstand.
Gleichzeitig dokumentiert Micha Wilde in seinem Debattenbeitrag unfreiwillig, wie beschränkt die unter vielen Linken immer noch verbreitete Definition von Internationalismus ist. Ein guter Anlaß für eine neue ZAG-Debatte.

Es muß 1984 oder 1985 gewesen sein, als der Asta der TU-Berlin eines der damals noch hin und wieder stattfindenden Solidaritätskonzerte für Nicaragua veranstaltete. Zwischen zwei Gigs war die Rede und Grußadresse eines sandinistischen Genossen plaziert. Der kleine Mann, Leiter eines Elektrizitätswerkes, war kein charismatischer Redner. Er mühte sich sichtlich, den richtigen Tonfall für die Veranstaltung zu treffen. Die langsame und unsichere Übersetzung eines Studenten machte die Sache nicht einfacher.
Aber auch beides zusammengenommen war sicher nicht Grund der Ungeduld und immer weiter wachsenden Unruhe des Publikums. Die Besucher dieses »Solidaritätskonzerts« warteten auf die Musik. Sie hatten keine Lust, auch nur fünf Minuten mit trockenen Zahlen und der aktuellen Lage in Nicaragua konfrontiert zu werden. Was für ein Unterschied zur Situation nur wenige Jahre zuvor, als alles aus Nicaragua frenetisch bejubelt und jede noch so dürre Grußadresse enthusiastisch beklatscht wurde. Die Revolution in Nicaragua hatte als Projektionsfläche ausgedient.
Die gesellschaftlichen Situationen in Vietnam und in Nicaragua, durch die die hiesigen Solidaritätsbewegungen entstanden, zeichneten sich durch ganz klare Grundkonstellationen aus: auf der einen Seite ein Agressor, die USA und das von ihr gestützte Regime, auf der anderen Seite eine hinreichend sozialistische Befreiungsbewegung. Ohne das klare Freund-Feind-Schema und die Idealisierung der Befreiungsorganisationen hätten beide Solidaritätsbewegungen keine vergleichbare politische Bedeutung gewonnen.
Auch die Ernüchterung vieler Beteiligter während der »Mühen der Ebene« und die anschließende Aufkündigung der Solidarität – oder unspektakulärer die Konzentration auf andere Themen – haben beide Bewegungen gemeinsam. Eine wirklich differenzierte Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Veränderungen und den Organisationen und Menschen, die sie in Gang setzten, fand auf breiterer Ebene nicht oder erst sehr viel später statt.
Wie analysierte die letzte ordentliche Delegiertenkonferenz des SDS am 23. September 1968 so schön: das Nachlassen der Aktivitäten gegen den Vietnamkrieg müsse *»neben einer gewissen Stagnation internationalistischen Bewußtseins, parallel zu gewisser Stagnation der Befreiungsbewegungen, erklärt werden als Folge einer falschen Einschätzung der Pariser Vietnamgespräche. (...) Was in Aktionen immer weiter bis zum Sturm auf Konsulate und Amerika-Häuser sich radikalisierte bis zu einem Grad, der nicht ohne immense politische und organisatorische Schwierigkeit weiter zu steigern war, erwies sich nicht gleichzeitig als theoretisch vertieft und stabilisiert in seinem Engagement.«*(1) Die, wie Micha Wilde schreibt, »einfache Grundannahme vorweg, daß sie auch nur Menschen sind, also Fehler machen werden«, war weder innerhalb der Solibewegung für Nicaragua noch bei der Anti-Vietnamkriegsbewegung eine einfache Grundannahme vorweg, sondern das Ergebnis langer Diskussionen, die mit der Revolutionsromantik aufräumten und gleichzeitig der Solidaritätsbewegung die Breite nahmen.
Vielleicht ist durch die Erfahrung mit Nicaragua die Internationalismus-Diskussion tatsächlich einen Schritt weitergekommen. In der wachsenden Bewegung (?), die sich auf die EZLN/Chiapas bezieht, halten sich (so scheint's) bisher realistische und idealisierende Positionen noch die Waage. (2)
In anderer Hinsicht ist die Diskussion um »internationale Solidarität« allerdings keinen Schritt weitergekommen, wenn ich Micha Wildes Text kritisch lese. Bezieht er sich doch ausschließlich auf binationale Konflikte und die Frage *»ob ich mich nicht zum stillhaltenden Mitwisser mache, wenn ich nicht Stellung beziehe.«* Nicht zufällig wählt er das Beispiel eines Überfalls einer Horde Kahlgeschorener auf eine Immigrantin – nur leider ist die Situation zwischen Staaten oder Bewohnern derselben Region nur selten so scheinbar eindeutig wie bei einem Überfall. (3)
Mit dieser beschränkten Definition von Internationalismus als öffentliche Parteinahme für die angegriffene, schwächere, die ungerecht behandelte Seite zeigt Micha Wilde ungewollt, warum sich die Linke zu einem Konflikt wie dem in Jugoslawien schlichtweg nicht oder kaum verhält: die Suche nach der Partei »der Guten« verläuft ergebnislos...
Sie klärt auch die Frage, warum es keine breite Solidaritätsbewegung für ein »befreites Kurdistan« gab und erst in letzter Zeit die Menschenrechtsverletzungen der türkischen Regierung stärker in die Öffentlichkeit getragen werden. Die Voraussetzungen für eine Solidaritätsbewegung waren ja durchaus gegeben: ein autoritäres, re-

pressives Regime unterstützt von Waffenlieferungen aus Deutschland im Krieg gegen die Zivilbevölkerung. Allein, Wilde deutet es selbst an, die dortigen Befreiungsorganisationen eignen sich nicht zur Idealisierung...

Internationalismus bedeutet für mich den von gemeinsamen Interessen getragenen Kontakt, Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Menschen, Organisationen und Institutionen über nationale Grenzen hinweg, in Friedens- wie in Kriegszeiten.

Das beinhaltet den Austausch von streikenden Studenten auf europäischer Ebene ebenso wie die Zusammenarbeit zwischen dem Betriebsrat von Bayer-Leverkusen und dem von Bayer-Peru, den Aufbau eines Therapiezentrums für Frauen und Kinder in Tuzla durch deutsche Feministinnen oder jahrelange qualifizierte Berichterstattung durch die Zusammenarbeit mit unabhängigen lateinamerikanischen Nachrichtenagenturen.

Aus diesem Grund halte ich die Funktionalisierung und Idealisierung einer politischen Bewegung von wem auch immer in der Tat für unfair und inhuman. Solche Strategien verhindern einen gleichberechtigten Austausch, sie verhindern, daß andere als Menschen und besonders als Menschen, die Fehler machen, wahrgenommen werden (dürfen).

Welche fatalen Konsequenzen dies im Fall der 68er-Bewegung hatte, ist eigentlich lang und breit analysiert worden. Schon auf bereits genannten SDS-Konferenz 1968 heißt es fast verzweifelt: *»Die Demobilisierung ergab sich auch aus einem Bewußtsein der Studenten heraus, die sich fast emphatisch internen Problemen der Metropolen zugewandt hatten und eine fast moralische Hinwendung zum Proletariat vollzogen.« Ich denke, die Problematik der in den darauffolgenden Jahren immerwiederkehrenden Suche nach einem stellvertretenden revolutionären Subjekt ist allgemein bekannt. Die dahinter stehende Haltung zu »dem anderen«* hat sich seit der Anti-Vietnamkriegsbewegung lange nicht verändert...

Öffentliche Parteinahme im Fall von Krieg oder Repression ist ein unverzichtbarer Teil internationalistischer Arbeit, wie ich sie verstehe. Die Erfahrung zeigt aber, daß gerade in Krisensituationen vor allem die Büros und Organisationen immense politische Bedeutung erhalten, die jahrelang kontinuierlich, hartnäckig und meist unspektakulär mit Menschen und Organisationen bestimmter Länder oder Regionen Kontakte knüpfen und Informationen sammeln - und nicht eine sich irgendwie als solche definierende »internationalistische Bewegung«.

Anders als Micha Wilde bin ich deshalb ganz und gar nicht der Ansicht, daß der Kontakt mit Menschen, die in anderen Staaten leben, maximal zu *»ein paar netten Fernreisen und Bekanntschaften, aber zu keinerlei politischem Kriterium führen kann.«*

»Und Tuchfühlung mit ihnen bedarf es dazu auch nicht - etwas so altmodisches wie ein Gefühl für Ungerechtigkeit reicht völlig. (...) Internationalistische Bewegungen basieren mithin auf der politischen Beurteilung eines Konflikts, eines Unterdrückungsverhältnisses, einer Verfolgung, eines Krieges und der Frage, ob ich mich nicht zum stillhaltenden Mitwisser mache, wenn ich nicht Stellung beziehe.«

Ich möchte ja ungern das Totschlagargument »Eurozentrismus« in den Ring werfen, aber hört sich das nicht ein ganz klein wenig so an, als würde in Deutschland eine Reihe unabhängiger Gutachter die Sachlage prüfen, um dann zu beurteilen, welche Seite die Sache der »Gerechten« vertritt? Wo steckt hier zumindest die Idee oder die Möglichkeit »von einander zu lernen«? Keine/r der vielen, die anderswo soziale Auseinandersetzungen führen, kann mir etwas Neues erzählen? Mir etwas von der sozialen Realität vermitteln, in der er oder sie lebt? Auf welchen Informationen basiert dann die »politische Beurteilung eines Konflikts« durch die hiesige »internationalistische Bewegung«? Besonders dann, wenn es nicht um Angriffssituationen geht, sondern die Situation komplexer ist? Muß ich also angesichts des allgegenwärtigen konservativen »roll-backs« die Anti-Kriegsbewegung von 1968 als »genau die richtige politische (und menschliche) Antwort« idealisieren? Sie war ungemein wichtig, gut, daß es sie gegeben hat, unvorstellbar, wenn es sie nicht gegeben hätte, aber hier Ende der kritischen Auseinandersetzung? Da halte ich es doch ganz in politischer Kontinuität lieber mit einem der damaligen Genossen, dessen Analyse (siehe Chiapas) immer noch brandaktuell ist: *»Ich würde im nachhinein sagen, daß darin genau zum Ausdruck kommt, die kleinbürgerliche Betrachtungsweise eines revolutionären Prozesses, die entweder sofort alles haben will oder in Resignation versinkt; die es sehr schwer hat, kontinuierlich und zäh zu arbeiten und sich darüber im klaren zu sein, daß sowohl die Theorie wie die Praxis der Revolution eine unglaublich lange Zeit erfordert.«* [5]

Demagogie aus der Mottenkiste?

Zum Beitrag der FelS-Antifa-AG »Was tun wenn es (nicht) brennt?« in ZAG 18 schreibt die 17°C:

Die Zurückweisung der sg. Faschisierungsthese, die in ihrem Ursprung fälschlicherweise dem autonomen statt dem KB-Spektrum zugerechnet wird, ist plump und von keinem neuen Diskussionsgedanken getragen. Jene autonomen Kräfte, die die hauptsächlich im AK geführte Diskussion über die Faschisierung von Staat und Gesellschaft aufgriffen (von der der KB schließlich wieder abrückte), hatten sicherlich alles andere im Sinn, als »erbost autoritäre, repressive Entwicklungen als faschistisch [zu] diffamieren und somit außerhalb der Herrschaftsform des bürgerlichen Staates [zu] verorten.« Nicht jedem, der den Begriff »Faschismus« in Zusammenhang mit den europäischen Demokratien stellt, fehlen die Möglich- oder Fähigkeiten, den bürgerlichen Staat zu analysieren. Das alte und immer noch falsche Argument, wer von Faschismus rede, suggeriere eine Neuauflage des Faschismus und ließe die bürgerliche Gesellschaft als harmlos erscheinen, ist Demagogie aus der Mottenkiste der 80er Jahre. Ohne einen entwickelten, zumindest aber die Diskussionen der letzten 15 Jahre berücksichtigenden Faschismusbegriff, der den Nationalsozialismus weder als hermetische Epoche ad acta legt, noch ihn - ob gewollt oder ungewollt - als Schreckenszeit und Herrschaft unter vielen relativiert, sollte man die Finger von der Faschisierungsthese lassen.

17°C Nummer 12 (siehe Vorstellung auf S.40),
in ihrer Vorstellung der ZAG 18, S.87.

Wer hat Angst vorm Kindergarten?

Rechtzeitig zum Oktoberfest erscheint in München noch eine neue Zeitschrift »mit politischen Themen«: *ERSTE HILFE - das hysterieblatt für die absteigenden mittelschichten*. Bis dato kann das neue Gewächs nur durch coole Austauschanzeigen, einen zeitgemäßen Titel und ein vielversprechendes Inhaltsverzeichnis überzeugen, das aber durchaus nachhaltig. Ich lese zuerst ›Get out of the social‹, Oliver Marcharts Thesen gegen die Infantilisierung der Mikropolitik oder ›Politik als Privatsache - Unglück im Spätkapitalismus‹ von Reinhard Jellen. Dann ›Pay now, hate later‹, zum ›Boom im vierten Quadranten - Dienstleistung, Kapitalspekulation, Wertabstraktion‹, dann ›City-Marketing - die postfordistische Stadt am Beispiel Wien‹ von Vanessa Redak und als Dessert: ›Zum Schießen komisch - Das Bild des »neuen Mannes« von Men's Health bis Männer Vogue‹. Joachim Hirsch und die Sachen zur Abschiebepraxis kennt ma ja ... *(mw)*

ERSTE HILFE - hysterieblatt für die absteigenden mittelschichten. Ab Oktober 1996 quartalsweise aus München, ca. DM 5.-; Kontakt: Daiserstr. 34, 81371 München, fon: 089/74791278, fax: 089/74791277

PartisanInnen in Piemont

Das Buch entstand im Rahmen eines Dokumentarfilms von *querblick*. Acht Zeitzeugen kommen zu Wort. Hintergrund ist die historische Situation zwischen 1943 und 1945 in Piemont: Nach der Absetzung Mussolinis unterzeichneten die italienischen Faschisten mit den Alliierten die Kapitulation Italiens. Die Alliierten blieben jedoch im Süden Italiens, so daß die deutsche Wehrmacht weiterhin Nord- und Mittelitalien beherrschte, wo sie die italienische Armee entwaffnete und gefangennahm. Die besetzten Gebiete wurden zum Kriegsgebiet. Eine italienische Armeeeinheit wurde 1943 auf dem Rückzug aus Frankreich von der Kapitulation überrascht und löste sich im Piemont auf. Viele schlossen sich den PartisanInnen an, zu denen auch ehemalige Soldaten aus anderen Gebieten gehörten, die den Deutschen weggelaufen waren. Ohne Waffen und ohne Unterstützung der Alliierten kämpften im Piemont von 1943 bis 1945 bis zu 40.000 PartisanInnen gegen die Wehrmacht, SS und die italienischen Faschisten. Aus dieser Zeit berichten die ZeitzeugInnen: der Archivar Luciano Boccalatte, der Partisanenkommandant Mario Castagno, die Nachrichtenüberbringerin Anna Maria Follo, der Streikorganisator Giuseppe Longo, der politische Kommissar und Kommandant Enrico Fogliazza, die Partisanen Ernesto Giorda und Cesare Mondon und der Antifaschist Giuseppe Berruto. Ihre Erzählungen und Berichte wirken informativ und lebendig. *(hb)*

PartisanInnen im Piemont - Antifaschistischer Widerstand in Nordwestitalien, querblick - medien- und verlagswerkstatt, Gottlieb-Daimler-Str.3, 78467 Konstanz, fon: 07531/65002 fax: 07531/54929, 141 Seiten, 24,-DM

Aus den Tiefen des Ostens

Wer sich für die reale Situation von Nichtdeutschen im Osten der BRD interessiert und eine genau recherchierte Grundlage jenseits der Konjunktive und des Glaubens-, Meinens- und Findensdiskurses anstrebt, muß die Untersuchung von Britta Müller über Rostock lesen. Im ersten Teil wird ein quantitativer und qualitativer Überblick des ausländischen Bevölkerungsanteils skizziert. Daran schließt eine Retrospektive über die Situation in der DDR. Abschließend wird der aktuelle Zustand durchleuchtet. Die Untersuchung greift dabei vor allem auf Interviews und Dokumente zurück, die teilweise von den Behörden direkt für die Untersuchung angefertigt wurden. Durch die zahlreichen Interviews mit sehr unterschiedlichen Probanden wird eine lebendige, realistische Beschreibung der Lebenssituation von Nichtdeutschen auf unterschiedlichen sozialen Ebenen erreicht. Aber Achtung: Die Untersuchung ist eine wissenschaftliche, wer mit der Erwartung eines Unterhaltungsromans das Buch erwirbt, wird nicht bedient. *(tf)*

Britta Müller: Ausländer im Osten Deutschlands - Das Beispiel Rostock. ISP, Köln 1996, 130 S.

Materialien zu Lübeck

Wenigstens die Papierproduktion zum Fall Lübeck wird der Ungeheuerlichkeit des Vorgangs gerecht: Unzählige Dokumente, Presseartikel, Aufrufe und Hintergrundinformationen hat die Projektgruppe Antinazismus der IG Medien zu einer schwergewichtigen Dokumentation zusammengestellt, die trotz ihrer 1,3 kg noch keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann. Dennoch ist die akribische Sammlung, die auch Kopiervorlagen für eine gut gemachte kleine Ausstellung mit 24 Tafeln ent-

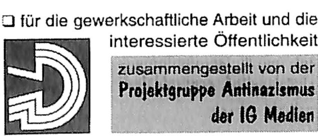
hält, für Archive und Gruppen dringend zu empfehlen. Letztere bekommen die Broschüre in stabiler Klebebindung auch zum Solipreis von 32.-DM. *(mw)*

Projektgruppe Antinazismus der IG Medien: Materialen zum rassistischen Brandanschlag in Lübeck - wie Opfer zu Tätern gemacht werden. Stuttgart 1996, 492 S., 45.-DM, Bestelladresse: IG Medien, Hauptvorstand Abtl. Jugend, Postfach 10 24 51, 70020 Stuttgart.

Materialien zum
RASSISTISCHEN BRANDANSCHLAG IN LÜBECK
- wie Opfer zu Tätern gemacht werden -



❑ für die gewerkschaftliche Arbeit und die interessierte Öffentlichkeit



Folteropfer: Asylverfahrensopfer

Das Berliner Behandlungszentrum für Folteropfer erregte im Juni öffentliche Aufmerksamkeit mit einer unscheinbaren wissenschaftlichen Studie über den Umgang mit Folteropfern im bundesdeutschen Asylverfahren. Flüchtende, die traumatisiert in die BRD kommen, werden bei der routinemäßig schlecht übersetzten, auf Ablehnung programmierten Asylanhörung vielfach nicht angemessen angehört...

Sepp Graessner, Ralf Weber: Umgang mit Folteropfern im Asylverfahren - Qualitative und quantitative Auswertung von 40 Asylanhörungsprotokollen und Asylentscheidungen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge. 33 S., Berlin März 1996. Zu beziehen über den republikanischen Anwaltinnen- und Anwälteverein, RAV, Ellernstr. 13, 30175 Hannover.

Über die Rechtsstaatlichkeit von Rassismus

Der Elwe-Reader Teil II dokumentiert das langwierige juristische Nachspiel des Aufstands der Abschiebehäftlinge in Kassel vor zwei Jahren. Von November 1994 bis Oktober 1995 wurden 11 revoltierende Abschiebehäftlinge zu insgesamt 38,5 Jahren Haft verurteilt. Die Schläger von GSG 9 und von der JVA blieben nahezu unbelangt. Mit dem Reader will die Prozeß-Beobachtergruppe ihre Kenntnisse über Polizeistrategien etc. weitergeben, da absehbar ist, daß es auch zukünftig Revolten geben wird. *(hb)*

Elwe-Reader, Teil II - Über die Rechtsstaatlichkeit von Rassismus. Einzelpreis 5.-DM ab 20 Ex. je 4.-DM, ab 50 Ex. je 3.-DM. ›Elwe‹-Prozeßbeobachtungsgruppe, c/o AStA der GhK, Nora-Platiel-Str. 2, 31427 Kassel. Lieferung gegen Vorkasse, Konto Stadtsparkasse KS, BLZ 520 501 51, KTNr.: 392 4834 Empf: M. F., Verwendungszweck: Reader. Der Erlös wird zum Verschicken von Paketen an Abschiebehäftlinge verwendet.

radikal 154

... »ist auch radikal« - in ganz klitzekleinen Lettern bedankt sich die große schlampige alte Dame des linken Blätterwaldes bei den vielen zu Papier verarbeiteten Bäumen, die - gerechtfertigt oder nicht - vorgaben, »radikal« zu sein, um ihre Häscher von der Karlsruher Zensurbehörde abzulenken. Nun aber eilen letzteren die bundesdeutschen Internet-Provider zu Hilfe, versuchen, den Nachrichtenfluß des Amsterdamer Feindsenders, sorry: Servers *xs4all* (sprich: Access for all) zu sperren, um uns am digitalen Bezug der *radikal* zu hindern und treten damit eine Lawine der Solidarisierung in den Netzen los, die völlig neue (hypertextuelle) Perspektiven des vernetzten Zeitungsmachens eröffnen könnte, aber in keinem Verhältnis mehr zur Qualität des inkriminierten Produkts steht. Viele Nachdrucke und auch sonst nur mäßig erhellend, gesondert zu erwähnen jedoch ein ausführlicher Text von ›FrauenLesben für eine kritische Aneignung der Geschichte‹ zu linkem Antisemitismus. Gehört weiterhin auf jeden linken Nachttisch... *(mw)*

radikal Nr. 154, 100 Seiten, wie immer fast ohne Rand. Einzelheft: 6.-DM, Abo: Fünf Hefte 50 DM - nur in Scheinen an: Ravage, Van Ostadestraat 233n, NL-1073 TN Amsterdam, äußerer Umschlag, innerer Umschlag wie immer: Z.K. Im Web zu lesen unter: http://www.xs4all.nl/~tank/radikal/154/02.html (Von Toitschland aus bei Erscheinen dieses Hefts eventuell schon nicht mehr!) Welche Hefte (aus Papier!) bei uns im Archiv zu lesen sind, ist http:// www.berlinet.de./ari/archiv/index/radikal.htm zu entnehmen.

»we are not p.c. enough«

Die Rote Luzi (»die Kinderkrankheit des Kommunismus«) begründet mit ihrem Jubiläums-Heft, dem 25., Glückwunsch, einmal mehr ihre Anwartschaft auf den Titel »meistunterschätzte linke Berliner Zeitschrift«. Liegt's am antiquierten Label? Am PDS-Ruch? An der für manche anstrengenden Ausdauer des Blatts in der Erörterung theoretischer und historischer Fragen? Am zu weiten Horizont? Das vorliegende Heft weist die Redaktion jedenfalls als Wandernde zwischen den Welten aus: Sie positioniert sich in der Auseinandersetzung um die Sex-Zeitschrift *Arranca!* im Autonomen Sektor, singt schrill die falsche (also richtige) Stimme im PDS-Corps auf dem Wege zur regionalsozialistischen Nationalpartei, analysiert luzid die Lage des CIA (Der Autor war von 1957 bis 1990 Mitarbeiter des MfS und leitete zum Schluß den Bereich Auswertung Analyse der Abteilung »Gegenspionage«, ist also wirklich kompetent) und schreckt auch vor der Reflexion des Phänomens ›Cyberspace‹ nicht zurück, wie es die meisten anderen immer noch tun. Und Willi Gettels »Dem Ethos geht die Arbeit aus« haben wir in unsere interne Lesemappe zum Thema »Arbeitsplätze« aufgenommen, nicht nur weil er den Zusammenhang von kapitalistischer Hochtechnologie und ideologischem Terrorismus erläutert, sondern weil er diese Betrachtung auch noch schlüssig mit der rassistischen Justizfarce von Lübeck einleitet. *(mw)*

Rote Luzi (Neue Folge) Nr.25. 39 Seiten, 4.-DM, quartalsweise, zu abonnieren unter 030-341 54 13 oder über luzi@glasnost.de.

Folgende Veröffentlichungen der letzten drei Monate fanden unser bescheidenes Blatt erwähnenswert und wir finden sie auch des Erwähnens wert:

SPEZIAL 103

... bescheinigt uns (und F.e.l.S.), mit der Nr.18 ein *»gutes Heft zu einem Thema«* gemacht zu haben, *»das für Restlinke, die noch etwas gegen Deutschland unternehmen wollen, derzeit zu den wichtigsten gehören sollte«*. Unerhörtes Kompliment! Der unerhörte Preis für die nächste - nach der BEUTE - unerhört dicke und unerhört fein gemachte linke Zeitschrift wird im Impressum (!) gesondert begründet: »Aber 5.33 DM im Monat sind in der BRD ja kein Geld.« Die BEUTE, mit der sich das bisher eher unspektakuläre Theorieblatt aus dem Hannoverschen jetzt im selben Marktsegment ästhetisierter linker Inhalte tummelt, wird (»Ein Lied kann eine Brücke sein«) süffisant niedergemacht und auch sonst gibt's noch ein paar wunderhübsch reflexive Beiträge zur Situation linksradikaler Medien bis hin zu Oliver Marchard zur Subkultur-Industrie, der sogar ein paar interessante theoretische Erklärungsansätze zum derzeitigen Mikroklima in unseren Redaktionsräumen bietet. Nur leider scheißteuer. *(mw)*

SPEZIAL - Zeitschrift gegen Kultur und Politik, herausgegeben vom ›Verein zur Förderung der politischen Kultur e.V.‹ diesmal 126 Seiten und ab jetzt im Beute-Format, richtet sich zukünftig im üblichen Quartals-Rythmus mit einem Preis von stolzen 16.- DM gegen den Neoliberalismus-geprüften Geldbeutel.



17°C

Die *Zeitschrift für den Rest* versucht den ethnologischen Blick auf Deutschland und lobt ebenfalls den Themenschwerpunkt der ZAG 18 (Zu VietnamesInnen in Berlin) als *»durchaus gelungen«* und befleißigt sich sogar noch der Kritik: Sie bezichtigt die F.e.l.S-Antifa-AG eines demagogischen »Griff(s) in die Mottenkiste der 80er Jahre« (siehe Seite 37) Ansonsten: Laut Titelbild Standard-Themenschwerpunkt dieses Sommers, im Heft siehts das dann aber etwas anders aus. Spannende Mogelpackung. Viele Bilder. *(mw)*

17° - Die Zeitschrift für den Rest, herausgegeben vom Verein zur Förderung gesellschaftkritischer Publikationen, 90 Seiten, 7.50 DM vierteljährlich, ist zu erreichen über die Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, 20357 Hamburg

neue medien: cd's, filme, webseiten



Es geht nicht um Jamal

... sagt Mumia Abu Jamal in seinem langen Interview, das dem neuen Videofilm *Hinter diesen Mauern* zu Grunde liegt. Er verweist auf die expandierende Knastindustrie, ihre Funktion für die amerikanische Gesellschaft - auch als »Arbeitsplatz«-Beschaffungskampagne auf dem flachen Land - und gibt damit der internationalen Solidaritätsbewegung einen Fingerzeig, ihre politische Arbeit nicht zu sehr auf seine Person auszurichten. Daß es bei seiner Verurteilung auch nicht um Polizistenmord ging, sondern um die Vernichtung eines politischen Zeugen, der die blutige Verfolgung der ›Move‹-Gruppe öffentlich anprangerte, legen Dokumentarmaterial und weitere Interviews, auch mit einigen offiziellen Stellen, eindringlich nahe. *(mw)*

Hinter diesen Mauern - Mumia Abu-Jamal und der lange Kampf um Freiheit, Video von Jule Buerjes und Heike Kleffner, 70 Minuten, Produktion KAOS-Team, Köln 1996, im Verleih bei querblick, Gottlieb-Daimler-Str. 3, 78467 Konstanz, Fon: 07531-65002, Fax: 54929

Juristische Körper – corporate identity projects

Der Paß markiert den Schnittpunkt zwischen physischem und juristischem Körper. Als Grenzfläche, auf der sich die Begriffe »Identität« und »Identifikation« überschneiden, übernimmt er die Rolle einer sozialen Haut. Das Verhältnis zwischen Paßaussteller (Behörde) und Paßinhaber (Individuum) ist klar definiert: »Dieser Reisepaß ist Eigentum der Bundesrepublik Deutschland«. Der Paß ist Ausdruck einer Definitionsmacht, die darüber entscheidet, wer »deutsch« und wer »nicht-deutsch«, wer »legal« und »illegal« ist. Er ist Teil einer »Identifikationsmaschine«, die sich der jeweils neuesten Technik bedient, um ihrem Auftrag der Klassifizierung, Selektion und Verwaltung von Körpern gerecht zu werden. Testpersonen dafür sind vor allem Flüchtlinge, die über keinerlei gesellschaftliche Lobby verfügen.

Juristische Körper - corporate identity projects, 49 Minuten dog!film, Verleih: querblick und autofocus, als Kaufcasette im Buchhandel: ISBN 3-931731-21-9

Neuer Videoverleihkatalog bei autofocus

Ab sofort ist bei der Berliner Videowerkstatt *autofocus* deren aktueller Videoverleihkatalog erhältlich. Das Verzeichnis umfaßt über 160 Filmbeschreibungen, darunter viele Neuerscheinungen zu den Themen Faschismus/Antifaschismus, Migration/Exil, Arbeit und Betriebe, Internationalismus, usw.

Bei *autofocus* entstanden seit 1988 Videodokumente zum IWF, zu Mietenpolitik und Hausbesetzungen und zur industriellen Kahlschlagsanierung in der ehemaligen DDR. Weitere Videofilme wurden zu den Themenbereichen Migration und Rassismus, Faschismus/Antifaschismus und zum Thema Unterdrückung und Widerstand in Lateinamerika produziert. Diese Dokumentationen und Videos anderer Mediengruppen und unabhängiger FilmautorInnen vertreibt autofocus über einen eigenen Verleih. Das Verleihangebot richtet sich an Bürgerinitiativen, Jugendclubs, Basisgruppen, Videokinos und andere Träger fortschrittlicher politischer Bildungsarbeit.

autofocus Verleihkatalog, Schutzgebühr 10,00 DM, erhältlich bei: autofocus videowerkstatt e.V. Eisenbahnstraße 4, 10997 Berlin, fon.: 030 - 618 80 02 Fax: 611 15 83 e-mail: autofocus@ipn-b.comlink. apc.org

http://www.is-bremen.de/arab

Ganz entgegen seinen gelegentlich etwas lokalistischen Gebaren machte das *Anti-Rassismus-Büro Bremen* als wohl die erste radikale antirassistische Gruppe seine mitunter sehr beachtliche Öffentlichkeitsarbeit auch im WorldWideWeb. Zwar geht das Angebot noch nicht weit über die (wohl unvermeidlich) grafisch überladene, aber gut aufgesetzte Eingangsseite hinaus und die direkte Anbindung an die muntere Produktion der Gruppe läßt auch noch etwas zu wünschen übrig, aber immerhin lassen sich einige Veröffentlichungen dort nicht nur bestellen, sondern auch direkt lesen. *(mw)*

Antirassismus-Büro Bremen, Sielwall 38, 28203 Bremen, fon: 0421 - 70 64 44, fax: 70 64 45.

kurz angesagt

Berlin, 15. November: Prozeß gegen Marcos C. wegen Körperverletzung, Widerstand und Beleidigung

Vorgeschichte: Unter dem Vorwand, zu laute Musik gehört zu haben, wird der Mosambikaner Marcos C. am 29. Oktober 1995 von Polizeibeamten, die sich Zutritt zu seiner Wohnung verschafft haben, schikaniert und mißhandelt. Marcos C. wird stundenlang auf der Wache festgehalten und ist weiterhin den Übergriffen der Polizeibeamten ausgesetzt. Wir rufen Euch auf, diesen Prozeß genau zu beobachten und Marcos C. nicht mit einer großen Anzahl von PolizeibeamtInnen im Gerichtssaal allein zu lassen.

Verhandlungstermin: 15.11.1996, 9.00 Uhr, Amtsgericht Tiergarten, Zimmer 101. Für nähere Informationen: Antirassistisches Telefon 7857281

Hannover, 22.-24.11.1996: BUKO-Seminar zu Sozialabbau und Illegalisierung

Um Auswirkungen der europäischen Flüchtlingspolitik im Verhältnis zur internationalen Deregulierungspolitik der Nationalökonomien geht es bei diesem BUKO-Wochenende. Das Seminar befaßt sich u.a. mit den ökonomischen und sozialpolitischen Folgen der Tatsache, daß immer mehr Flüchtlinge und MigrantInnen als Illegalisierte in den EU-Ländern im allgemeinen und in der BRD im speziellen leben und Arbeit suchen. Thema ist in diesem Zusammenhang das widersprüchliche Feld staatliche Abschottung gegen Migration auf der einen Seite und Interesse an einem großen Angebot an billigen, möglichst rechtlosen ArbeiterInnen auf der anderen Seite. Der Arbeitstitel für das Eingangsreferat lautet: Gesellschaftliche Differenzierung als Konsequenz gegenwärtiger Deregulierungspolitik. Nicht zuletzt soll die Diskussion über Perspektive und Praxis von Solidarität auf der Tagesordnung stehen. Dabei stehen Überlegungen im Zentrum, wie ein besserer Informations- und Erfahrungsaustausch organisiert werden kann.

Ort: Tagungsstätte Munzel bei Hannover
Veranstalter: BUKO - Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik, c/o Informationsbüro Nicaragua, Friedrich-Ebert-Str. 141b, Postfach 101320, 42013 Wuppertal, fon 0202-300030, fax 0202-314346

http://www.berlinet.de/zag/welcome.html

Seit Anfang Juni sind ausgewählte Veröffentlichungen der Antirassistischen Initiative und der ZAG auch über das World Wide Web (WWW) einzusehen. Unsere Seiten sind über den WWW-Server des Mailboxvereins Berlinet e.V. abrufbar, der neben unseren Texten auch dem *Kurdistan-Rundbrief* und dem unabhängigen Gewerkschaftsmagazin *trend* zu großzügigen Konditionen seine Leitungen und Festplatten zur Verfügung gestellt hat.

Die Web-Version der ZAG soll die gedruckte Fassung nicht ersetzen, sondern mit den spezifischen Möglichkeiten ergänzen, die das Internet eröffnet. Für eine vierteljährlich erscheinende Zeitschrift wie die ZAG bietet sich zum Beispiel die Möglichkeit, aktuelle Meldungen ohne Distributionsaufwand sofort zu veröffentlichen. Solche kurzen Berichte aus dem Bereich antirassistischer Politik findet ihr zukünftig unregelmäßig, aber tagesaktuell unter http://www.berlinet.de/zag/meldet.htm#aktuell. In der Rubrik KURZ GEMELDET der Druckausgabe erscheint daraus nur eine zur Drucklegung noch aktuelle, kleine Auswahl.

Soweit uns weiterführende Texte oder Quellen zu Artikeln in der ZAG als Textdatei vorliegen, archivieren wir diese im digitalen Archiv der Antirassistischen Initiative und nehmen entsprechende Hyperlinks in die Web-Fassung unserer Artikel auf. Im Heft werden unter den Quellennachweisen in Zukunft dementsprechend auch URL's genannt.

Allerdings wird es vorläufig keine vollständige Internet-ZAG geben. Vorrangig werden wir die Inhaltsverzeichnisse, dann die vergriffenen Hefte Nr. 5,7,8 und 9 sowie wissenschaftlich und theoretisch relevante Texte auf unseren Server legen und damit archivieren. Außerdem werden wir Artikel, die sich kontrovers aufeinander beziehen, entsprechend miteinander verknüpfen, also Debattenverläufe virtuell nachzeichnen. Wenn sich allerdings jemand hypertextuell auf einen Artikel in der ZAG beziehen will, der noch nicht 'online' lesbar ist, so möge er oder sie uns dies mitteilen, wir ziehen den gewünschten Artikel dann vor, gern auch mit Lesezeichen an der gewünschten Textstelle. Inhaltlich nachgebessert wird selbstredend nicht mehr, aber Eigennamen von Organisationen, Gruppen und erwähnten Personen unterlegen auch nachträglich gerne mit dem entsprechenden Link. Soweit es sich dabei um kommerzielle Sites handelt, wird dabei allerdings eine kleine Sponsoring-Vereinbarung zu treffen sein. Auch wer nicht erwähnt wird, aber bereits über eine eigene Homepage verfügt, kann unsere politische Arbeit mit einer Spende der besonderen Art unterstützen: Auf einer Seite seiner Wahl bringen wir in der Fußzeile eine Referenz auf die Leitseite der Spenderin an, versehen mit dem Vermerk: *»mit freundlicher Unterstützung durch...«*.

Abgesehen von Geldnöten geraten auch wir gelegentlich in Platznöte und müssen auf den Abdruck zugesandter Artikel verzichten. In Zukunft findet ihr daher unter dem Inhaltverzeichnis gelegentlich Artikel, die exklusiv im WWW zu lesen sein werden, soweit sie nicht noch in der Folgenummer Platz finden. Über die Einrichtung eines transparenten virtuellen Papierkorbs, dem ihr entnehmen könnt, was wir nicht abdrucken wollten, wird zur Stunde noch diskutiert, denn es steht ja durchaus zu befürchten, daß den dort abgelegten Zusendungen größere Popularität zuwächst als den abgedruckten Artikeln. Aber wie dem auch sein wird: Wer seine Zuschrift dort (in /zag/abfall.htm obenauf) wiederfinden möchte, muß sie uns natürlich in digitaler Form zuschicken, sonst landet sie auch weiterhin im tangentiblen Altpapier.

Ansonsten wünscht die Redaktion gut »WeltWeitWarten« und empfiehlt für zwischendurch: einen hübschen Bildschirmschoner und eine gute linke Zeitschrift. Aus Papier natürlich.

Die wichtigsten URL's:

Leitseite der ANTIRASSISTISCHEN INITIATIVE:
http://www.berlinet.de/ari
Aktueller Terminkalender:
/ari/jahrbe96.htm#vorschau
Leitseite der ZAG:
http://www.berlinet.de/zag
Aktuelle Kurzmeldungen der ZAG:
/zag/meldet.htm#aktuell
ZAG-Backlist:
/zag/themen.htm
ZAG-Bestellformular:
/zag/bestelle.htm
Verkaufsstellen:
/zag/verkauf.htm
Inhaltverzeichnisse:
/zag/ausgabe/??/index.htm
(Anstelle der beiden Fragezeichen setze die Heft-Nummer)
Register der Themenschwerpunkte
von ZAG und OFF LIMITS:
/zag/ol/register.html

Anmerkungen:
Hyperlink: Per Mausklick nachverfolgbare Verbindung zwischen Web-Seiten
URL: Verweis auf ein digitales Dokument im Internet. Alle oben genannten »HTTP-Adressen« sind solche URL's.



Wenn Ihr die ZAG regelmäßig in Eurem Briefkasten haben wollt

Ich möchte die ZAG regelmäßig in meinem Briefkasten haben

Ich abonniere die Zeitschrift Antirassistischer Gruppen ab der Ausgabe Nr __ __ und erhalte ein ZAG-Jahresabo, bestehend aus vier Ausgaben zum Preis von 20.- DM

- ☐ zugesandt ins Ausland, leider zusätzliche Versandkosten von 10.- DM
- ☐ und möchte die ZAG durch ein Förderabo (zusätzlich ____.- DM) unterstützen.
- ☐ Bitte schickt mir als Willkommen und zur Vervollständigung meines Archivs kostenlos den Jahrgang 1994 (Ausgaben 10-13)

Das Geld überweise ich auf das Konto der

Antirassistische Initiative e.V.
Bank für Sozialwirtschaft BLZ 100 205 00
Konto: 303 96 01 Stichwort ZAG

- ☐ ich benötige eine Rechnung

Meine Anschrift:

Name:

Straße:

Ort:

Datum: Unterschrift:

ZAG / Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59
D-10965 Berlin